STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel:

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19030224

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

PUBLIC DOMAIN

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats-und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
https://www.sub.uni-hamburg.de

Nr. 46.

17. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo" erſcheint täglich, außer Montags.
Der Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt") beträgt: durch die Poſt bezogen (Nr. des Poſtkatalogs 3412) ohne Bringegeld viertelj. M. 3,60; durch die Kolportöre wöchentl. 30 ₰ frei in's Haus.
Einzelne Nummer 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illuſtr. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt" 10 ₰.
Verantwortlicher Redaktör: Guſtav Waberſky in Hamburg.

Dienstag, den 24. Februar 1903.

Anzeigen werden die ſechsgeſpaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰,
für den Arbeitsmarkt, Vermiethungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abends),
in den Filialen (bis 4 Uhr Nachmittags), ſowie in ſämmtlichen Annoncen-Büreaus.
Redaktion und Expedition: Fehlandſtraße 11 in Hamburg 1.

Filialen: **Süd-St. Pauli** bei Carl Lementzow, Wilhelminenſtr. 11, pt. **Nord-St. Pauli, Eimsbüttel, Langenfelde,** bei Carl Dreyer, Margarethenſtr. 48, Eimsbüttel. **Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borſtel** und **Winterhude** bei Ernſt Großkopf, Lehmweg 51, Eppendorf. **Barmbek, Uhlenhorſt** bei Theodor Petereit, Bachſtr. 12, Barmbek. **St. Georg, Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn** und **Schiffbek** bei Carl Ortel, Bauſtr. 26, Borgfelde. **Hammerbrook, Rothenburgsort, Billwärder** und **Veddel** bei Rud. Fuhrmann, Schwabenſtr. 33, Hammerbrook. **Eilbek, Wandsbek** und **Hinſchenfelde** bei Franz Krüger, Sternſtr. 36, Wandsbek. **Altona** bei Friedrich Ludwig, Bürgerſtr. 118, Altona. **Ottenſen, Bahrenfeld** bei Johannes Heine, Erdmannſtr. 14, Ottenſen.

Hierzu eine Beilage.

Der Paradegaul des Zentrums.

II.

Wir haben im vorigen Artikel nachgewieſen, wie das Zentrum ſeine Verſprechungen gebrochen hat und ſelbſt immer bemüht war, ſeinen Antrag zu verſchlechtern, bis von dem Antrag eigentlich nur noch das beſtand, was dem Fiskus die ſteigenden Einnahmen aus den Lebensmittelzöllen garantirt, auch wenn durch reiche Ernten ein erheblicher Rückgang in der Einfuhr ſtattfindet. Aber halten wir uns einmal an die Rechnungen der Zentrumsleute. In Nr. 250 der „Germania" hatte ein Zentrumsfinanzmann auf Grundlage der Einfuhrziffern der Jahre 1897 bis 1901 ausgerechnet, daß wenn in dieſen Jahren die Zollſätze der Kommiſſionsbeſchlüſſe gegolten hätten, jährlich M. 72 799 649 abzüglich 4 pZt. Erhebungskoſten für die Wittwen erzielt worden wären. Er hatte den Antrag Trimborn inſoweit berückſichtigt, als er die Zölle für Gerſte, Hafer, Butter, Eier und Käſe geſtrichen hatte, aber die vorgeſchlagene Finanzregulirung der Reichskaſſe hatte er außer Betracht gelaſſen. In Folge der Annahme des Antrages Kardorff, wonach die Roggen- und Weizenzölle um 50 ₰ herabgeſetzt wurden, ſind M. 10 119 367 in Abzug zu bringen, ſo daß nach dieſer Zentrumsrechnung noch M. 62 680 282 Minus 4 pZt. Erhebungskoſten, alſo noch M. 60 173 074 übrig bleiben würden.

Wenn wir mit dieſer Summe die in der Kommiſſion von Trimborn aufgeſtellte Rechnung machen, würden wir nach Ablauf von fünf Jahren ſtatt des Fonds von 487 Millionen, einen ſolchen von 321 Millionen haben. Er kann alſo nur noch mit einer Zinseinnahme von 11¼ Millionen, ſtatt mit 17 Millionen rechnen. Der durchſchnittliche Jahresüberſchuß iſt durch die Zentrumsanträge auf 60 Mill. herabgebracht, ſo daß höchſtens noch mit 71¼ Mill. gerechnet werden kann, wovon ein erheblicher Theil abgeſetzt werden mußte als Deckung für die Schwankungen, die durch Fixirung der Reichseinnahmen entſtehen. Aber hiervon ganz abgeſehen, bleibt immer eine Verringerung der Summe, mit der Trimborn in der Kommiſſion rechnete, von 36¾ Millionen Mark. Dieſe hatte das Zentrum durch ſeine Anträge den Wittwen und Waiſen entzogen. Da Trimborn nach ſeiner urſprünglichen Rechnung neben den 108 Mill. Mark aus Zollüberſchüſſen und Zinſen mit 108 Millionen Mark Beiträgen rechnete, ſo hätte man erwarten müſſen, daß er nun die Beiträge um 36¼ Millionen erhöhen wolle. Aber die Sache kam anders. Inzwiſchen hatte man ſich erinnert, welchen Lärm die baieriſchen Bauern gegen die Beiträge zur Invalidenverſicherung gemacht haben, und wenn nun das Zentrum dieſen Bauern noch höhere Beiträge auferlegte, dann könnten in Baiern mehr Bauernſtimmen verloren gehen, als durch die Wittwen- und Waiſenverſicherung an Arbeiterſtimmen eingefangen werden. Trimborn ſelbſt wurde verurtheilt, die wild werdenden Bauern wieder einzufangen. Er entledigte ſich ſeiner Aufgabe, indem er am 21. November 1902 bei Berathung des § 11 a folgende Ausführungen machte:

„Meine damaligen Betrachtungen (in der Zolltarifkommiſſion) waren ſelbſtverſtändlich ganz unverbindliche Erwägungen eines einzelnen Abgeordneten; ich habe mir und auch der Kommiſſion einmal ein konkretes Bild der künftigen Ausgeſtaltung vorführen wollen. Ich habe damit ſelbſtverſtändlich in keiner Weiſe erklären wollen, daß in dem künftigen Geſetze, welches bis zum 1. Januar 1910 in Kraft treten ſoll, nun auch unter allen Umſtänden Beiträge für die Wittwen- und Waiſenverſorgung ſeitens der Arbeitgeber oder Arbeiter vorzuſehen ſeien. Das habe ich in keiner Weiſe zum Ausdruck bringen wollen und auch thatſächlich in keiner Weiſe zum Ausdruck gebracht. Ich muß im Gegentheil ſagen und hier erklären, daß im Kreiſe meiner Freunde lebhafte Bedenken obwalten, die Landwirthſchaft und das Handwerk mit neuen Beiträgen für Wittwen- und Waiſenverſorgung zu belaſten."

Mit ſeinem Antrage ſtrich Trimborn ſchon 36¼ Millionen von dem Betrage für die Wittwenverſorgung und mit ſeiner Rede noch 108 Millionen Mark. Und auf den verbleibenden Reſt wurden noch die Riſiken des Reichsfinanzetats aus den ſchwankenden Ernten abgewälzt. Trotzdem ſchreien die Zentrumsleute laut in's Land hinaus, daß ſie eine Wittwen- und Waiſenverſorgung geſchaffen haben. Was kann man denn noch aus den im glücklichen Falle verbleibenden 71¼ Millionen Mark den Wittwen bieten? Unterſuchen wir zunächſt die Zahl der zu unterſtützenden Wittwen. 1890 wurden reichlich 2 200 000 Wittwen im Deutſchen Reiche gezählt. Deren Zahl wird entſprechend dem Zuwachs der Bevölkerung 1910 auf über 2 530 000 angewachſen ſein. Von 100 Wittwen werden rund 52 Arbeiterwittwen ſein. Demnach werden 1 315 000 Wittwen zu unterſtützen ſein. Zu je 10 Wittwen werden noch 17 Waiſen im Alter von unter fünfzehn Jahren vorhanden ſein; es kommen alſo noch 2 235 500 Waiſen hinzu. Das ergiebt alſo 3 550 500 unterſtützungsbedürftige Perſonen. Vertheilt man unter dieſen die im glücklichen Fall zur Verfügung ſtehenden 71¼ Millionen Mark, dann kann jede Perſon rund 20 Mark pro Jahr erhalten, wobei noch kein Pfennig für Verwaltungskoſten gerechnet iſt. Nach Trimborns Angabe iſt ein Sechstel aller Wittwen auf Armenunterſtützung angewieſen. Nehmen wir an, das Zentrum wolle nur dieſe berückſichtigen. Dann kämen 422 000 Wittwen mit mindeſtens 817 000 Waiſen in Betracht, von dieſen könnte jede Perſon M. 57,50 erhalten. Von M. 172,50 jährlich oder M. 3,32 wöchentlich wird eine Wittwe mit zwei Kindern nicht leben können. Auch keine Armenkaſſe wird eine ſo geringe Summe einer hülfloſen Wittwe bieten. Da das Armengeld höher iſt, wird die Armenkaſſe auch ferner unterſtützen müſſen, ſie wird aber die Beträge aus der Wittwen- und Waiſenverſorgung anrechnen. Die Wittwe kommt alſo nicht von der Armenkaſſe los. Sie hat nur nicht mehr, wie bisher, ihr Geld nur vom Armenpfleger abzuholen, ſondern zwei Wege zu machen. Einmal nach der Poſt, um die Reichsunterſtützung zu holen, und dann nach dem Armenpfleger, um Armenunterſtützung in Empfang zu nehmen. Sie hat aber keinen Pfennig mehr und iſt auch von dem Odium der Armenpflege nicht befreit. Den einzigen Nutzen haben die Gemeinden, deren Armenlaſten etwas erleichtert werden. Um die Armenlaſten der Gemeinden um 70 Millionen Mark zu erleichtern, ſoll aber das Volk ſeine Lebensmittel um 600 Millionen Mark theurer bezahlen. Dieſe Vertheuerung der Lebensmittel wird auch die Gemeinden direkt treffen und indirekt dadurch, daß viele Leute, die ſich jetzt eben ohne Armengeld durchhungern, dann gezwungen ſein werden, ihre Zuflucht bei der Armenkaſſe zu ſuchen. Der Zugang zur Armenkaſſe wird darum wohl erheblich größer werden als die Erleichterung durch den Reichszuſchuß zur Wittwen- und Waiſenunterſtützung.

Was aber werden ſoll, wenn der Getreidebau nur um wenige Prozent ſteigt und dadurch der ganze Fonds für Wittwen- und Waiſenverſorgung verloren geht, ſagen die frommen Zentrumsleute nicht. In vollem Bruſtton wird dieſes wunderbare Stück katholiſcher Finanzpolitik als eine ſoziale Großthat geprieſen. Man hält die Arbeiter für dumm genug, daß ſie die infame Gaukelei nicht durchſchauen. Die folgende Probe mag als Beweis dienen. Am 12. Januar d. J. ſprach der ultramontane Reichstagsabgeordnete de Witt in Krefeld in einer Volksverſammlung und ſagte nach einem in der „Niederrheiniſchen Volksztg." veröffentlichten ſtenographiſchen Bericht wörtlich Folgendes:

„Um ſo verwerflicher war aber die Haltung der Obſtruktionsparteien, wenn es ihnen um das Intereſſe der Arbeiter zu thun iſt, als es dank dem energiſchen Eintreten des Zentrums gelungen iſt, bei Gelegenheit der Verabſchiedung des Zolltarifs unſerer Arbeiterwohlfahrtsgeſetzgebung die längſterſehnte Krönung in der Wittwen- und Waiſenverſorgung zu verſchaffen, welche aus den Mehrerträgen der Getreidezölle bewirkt werden ſoll. Bis zum Inkrafttreten eines Geſetzes über die Wittwen- und Waiſenverſorgung werden dieſe Mehrerträge für Rechnung des Reiches angeſammelt und verzinslich angelegt! Tritt dieſes Geſetz bis zum 1. Januar 1910 nicht in Kraft, ſo ſind von da ab die Zinſen und eingehenden Mehrerträge den Invalidenverſicherungsanſtalten zum Zweck der Wittwen- und Waiſenverſorgung zu überweiſen! Zunächſt alſo wird ein Reſervefonds gebildet werden, deſſen Zinſen nebſt den Eingängen aus den Getreidezöllen den Wittwen und Waiſen zugewendet werden. Es werden jährlich etwa 55—75 Millionen Mark nöthig ſein, wenn die Wittwen etwa M. 80, die Kinder M. 50, eine Familie durchſchnittlich M. 280 erhalten ſoll! Was warmherzigen Philanthropen und Sozialpolitikern als unerreichbares Ideal einer ſozialpolitiſchen Geſetzgebung vorgeſchwebt hat, hat mit dem § 15 des Zolltarifgeſetzes Leben und Wirklichkeit gewonnen!"

Erſtens iſt es unwahr, daß das Geſetz ſchon beſteht, denn es ſoll erſt zum 1. Januar 1910 geſchaffen werden, was wohl nur geſchieht, wenn wirklich Gelder übrig bleiben. Zweitens iſt es unwahr, daß eine Unterſtützung von M. 80 an Wittwen und M. 50 an Waiſen mit 55 bis 75 Millionen Mark geleiſtet werden kann; hierzu wären ohne Verwaltungskoſten mindeſtens 217 Millionen Mark erforderlich. Und Drittens dichtet der Zentrumsmann durchſchnittlich jeder Wittwe vier Kinder an, um die Summe nicht gar zu kläglich erſcheinen zu laſſen.

Dieſe wenigen Streiflichter werden genügen, um zu erkennen, daß der Paradegaul des Zentrums eine Muſterſammlung von Fehlern und Krankheiten iſt. Da aber das Zentrum dieſes Stück für ſeine beſte Leiſtung auf dem Gebiete der Sozialreform hält, kann man hieran ermeſſen, was das Andere werth iſt.

Von der Weltbühne.

Aus dem Reichstage. Berlin, 21. Februar. Heute hatte der Reichstag das Vergnügen, den mecklenburgiſchen Bundesrathsbevollmächtigten reden zu hören. Er hatte ſich zum Wort gemeldet, um zu erklären, daß er auf die Anklagen, die unſer Genoſſe Herzfeld und Dr. Pachnicke gegen die mecklenburgiſchen Zuſtände erhoben haben, nicht antworten wolle, weil die Fragen nicht zur Kompetenz des Reichstages gehören. Das hatte Rettich auch ſchon geſagt. Rettich brachte blos als Entſchuldigung vor, daß er voriges Jahr ſchon über denſelben Gegenſtand geſprochen habe, und doch nicht in der Lage ſei, nun ſchon wieder zu reden. Was er wußte, hat er damals ſchon geſagt, und Neues hat er in dem verfloſſenen Jahre nicht gelernt.

Eine merkwürdige Debatte entwickelte ſich beim Etat des Statiſtiſchen Amtes. Graf Kanitz ſcheint mit einem neuen Projekt ſchwanger zu gehen. Vorläufig beklagte er ſich über die Handelsſtatiſtik, in der die Ausfuhrwerthe für Eiſen, Kokes u. ſ. w. höher angegeben ſeien als die Preiſe, für welche die Syndikate dieſe Waaren im Auslande verkaufen. Dieſen Theil ſeiner Rede will er wohl bei der am Donnerstag beginnenden Kartellunterſuchung verwenden. Sein neues Projekt wird ſelbſtverſtändlich agrariſcher Natur ſein. Er ſpielte die Kaſſandra und fragte, was aus der Getreideverſorgung Deutſchlands werden ſolle, wenn Deutſchland in einen Krieg verwickelt und die Zufuhren abgeſchnitten werden. Hätte irgend ein Gubernementaler dieſe Frage aufgeworfen, dann könnte man ſie als erſte Ankündigung einer neuen Flottenvorlage auffaſſen; das iſt aber bei Kanitz ausgeſchloſſen. Recht hat er, daß Deutſchland in die größte Verlegenheit kommen könnte, wenn die geſchilderte Gefahr einträte. Aber die Möglichkeit wäre nur denkbar, wenn wir Krieg gleichzeitig mit Rußland, Frankreich und Großbritanien führten. Was an ſchlimmen Zuſtänden denkbar iſt, haben aber grade die Agrarier geſchaffen. Ihre ganze Politik war immer darauf gerichtet, die Getreidevorräthe in Deutſchland auf das denkbar kleinſte Minimum herabzudrücken. Die Verbote des Terminhandels in Getreide, der Kampf gegen die gemiſchten Tranſitläger, die Beſeitigung der Zollkredite ꝛc. hatten doch nur den Zweck, die Getreidevorräthe aus Deutſchland fernzuhalten. Hat der Getreidehändler Zollkredit, dann wird er auch dann Getreide nach Deutſchland bringen, wenn die augenblicklichen Preiſe in Deutſchland wenig Nutzen verſprechen. Sind die Frachtſätze billig, dann nutzt er die günſtige Konjunktur des Frachtenmarktes aus in der Hoffnung, daß die Preiſe ſich in Deutſchland ſo geſtalten, daß er ſchließlich den Profit, den die Ausnutzung der Frachtenkonjunkturen ihm bringt, ausnutzen kann. Muß er aber das Getreide gleich verzollen, dann freſſen die Zinſen für ausgelegten Zoll die an den Frachten gemachten Vortheile weg.

Iſt Graf Kanitz ernſthaft um die Zukunft Deutſchlands beſorgt, dann möge er nur das Verbot des Terminhandels mit Getreide aus dem Börſengeſetz, die Beſchränkung der privaten gemiſchten Tranſitläger und die Aufhebung der Zollkredite aus dem Zolltarifgeſetz ſtreichen, und er wird es bald erleben, daß ſich bei günſtiger Lage des Frachtenmarktes hinreichend Getreidevorräthe anſammeln. Dieſer Ausweg wäre aber die Zerſtörung der ganzen Erfolge der Herren Grafen Kanitz und Schwerin. Wir vermuthen daher ein ganz anderes Projekt. Wenn Kanitz Projekte macht, dann ſind es ſolche, die eine Steigerung der Getreidepreiſe bringen ſollen. Der Kaſſandraruf wegen einer drohenden Gefahr hat wohl den Zweck, das Reich zu veranlaſſen, alle erreichbaren Vorräthe aufzukaufen und ſie dem freien Verkehr zu entziehen. Auf ein Jahr müßte das Reich ſich doch rüſten und acht Millionen Tonnen Roggen, fünf Millionen Tonnen Weizen und ſieben Millionen Tonnen Hafer aufkaufen und auf Lager nehmen. Schon die Aufkaufperiode würde Kanitzpreiſe bringen. Solche Quantitäten dem freien Verkehr entzogen, würden eine Jahre lange Nachfrage und hohe Preiſe halten. Die Steuerzahler hätten nicht blos die Gelder für den Aufkauf aufzubringen, ſondern ſie hätten Jahrzehnte lang theures Brot, und alles Geld würde nur hergegeben, um ein Verhältniß zu ſchaffen, welches das Reich umſonſt haben könnte, wenn es die oben genannten agrariſchen Geſetzbeſtimmungen aufheben würde. Es wäre gut, wenn Graf Kanitz angeben würde, wie viel nach ſeiner Meinung die Grundbeſitzer dabei profitiren. Vielleicht wäre es billiger, wenn den Junkern die Summe direkt gegeben würde. Ein Gutes hat die Kanitz'ſche Rede. In derſelben wird offen zugegeben, daß die Junkerpolitik gradezu gemeingefährlich iſt und Wirkungen haben kann, die, wenn ſie bewußt herbeigeführt werden, verzweifelte Aehnlichkeit mit Hoch- und Landesverrath haben.

Genoſſe Südekum regte an, ob es nicht angebracht ſei, im Jahre 1905 die Berufs- und Gewerbezählung zu wiederholen. Will die Geſetzgebung nicht im Dunkeln tappen, dann müſſen ſolche Darſtellungen, wie ſie dieſe Zählungen ergeben, in beſtimmten Perioden wiederholt werden; erſt dann kann man die Richtung und die Schnelligkeit unſerer wirthſchaftlichen Entwicklung erkennen.

Graf Poſadowsky erkannte die Nützlichkeit an, meinte aber, man müßte Rückſicht auf die Finanzlage des Reiches nehmen. Die Zählung des Jahres 1895 habe M. 3 120 000 gekoſtet; wenn man dieſe Summe auf den zehnjährigen Zeitraum vertheilt, dann kommt auf jedes Jahr M. 312 000. Nun möge ſich Graf Poſadowsky einmal bei dem preußiſchen Miniſter des Innern, dem Kriegsminiſter u. ſ. w. erkundigen, welche Summen in dieſen Reſſorts für Spionage und Spitzeldienſte ausgegeben werden, und dann den Werth der erlangten Reſultate vergleichen mit dem Werth der Reſultate der Berufszählung. Wenn man die Reſultate der Spitzelforſchung ſchwarz auf weiß hat, dann ſind ſie höchſtens geeignet, die Regierung lächerlich zu machen, wie die Denkſchrift zum Zuchthausgeſetz bewies. Will man Rückſicht auf die Finanzlage nehmen, dann nehme man die Gelder aus dem Spionen- und Spitzelfonds und veranſtalte dafür die Zählung. Wenn einige Hunderte von den aus dieſem Fonds unterhaltenen Lumpen aus Noth zu ehrlicher Arbeit gezwungen würden, dann kann die Geſellſchaft dabei nur gewinnen.

Aber auch bei dem Staatsſekretär des Auswärtigen Amtes könnte Graf Poſadowsky einmal nachfragen, ob er von den im Kapitel 6 Titel 3 verzeichneten M. 500 000 zu geheimen Ausgaben nicht etwas entbehren kann. Muß das Reich ſparen, dann mag es einige Lumpe weniger unterſtützen. Daß M. 312 000 für Kulturaufgaben nicht zu erſchwingen ſind bei einem Etat von mehr als zwei Milliarden Mark, wird kein Menſch ernſtlich glauben.

Es folgte dann noch eine Auseinanderſetzung über das von Jaſtrow begründete Organ der „Arbeitsmarkt" und ein Scharmützel zwiſchen unſerem Genoſſen Hoch und Freiherrn Heyl zu Herrnsheim über die Frage, ob Heyl ſeinen Arbeitern das Koalitionsrecht gewährt. Als dieſe Titel erledigt waren, trat Vertagung ein.

Als Termin für die Reichstagswahlen werden jetzt in verſchiedenen Blättern der 4. und der 6. Juni genannt. Das wäre der Donnerstag oder der Sonnabend der Pfingſtwoche. Wir haben ſchon auseinandergeſetzt, warum wir die Wahl dieſes Termins für unwahrſcheinlich halten.

Ein Kleinkrieg gegen den Bund der Landwirthe ſcheint in den Kreisblättern eröffnet zu ſein. Wenigſtens klagt die „Korreſpondenz des Bundes der Landwirthe":

„In gubernementalen Blättern, welche durch einzelne Mitarbeiter etwas Fühlung mit der Stimmung unter den Landleuten haben, wurde ernſtlich vor einem offenen Angriff der Regierung gegen den Bund gewarnt, der dieſem viel mehr nützen als ſchaden würde. Der Kampf müſſe indirekt durch die von der Regierung abhängige kleine Preſſe geführt und durch dieſe den Landwirthen klar gemacht werden, daß die Regierung die Intereſſen der Landwirthſchaft viel beſſer und richtiger verſtehe und verfechte als die Bundesleitung. Dieſer Weg, der zur Zertrümmerung des unbequemen Landwirthbundes führen ſoll, iſt denn auch ſofort ſehr eifrig beſchritten worden. Die geſammte, unter dem Einfluß der Regierung ſtehende Kreisblattpreſſe bis zu den kleinſten Oktav-Käſeblättchen hinab wird durch Eingabe von Waſchzetteln zu Artikeln befähigt, in welchen die Landwirthe immer wieder auf die ſchönen, vielverheißenden „Reden" des Herrn Reichskanzlers und auf die großen Vortheile hingewieſen werden, die ihnen der neue Zolltarif biete."

Die agrariſche „Deutſche Tagesztg." beſtätigt die Thatſache und hält es für „beachtenswerth", daß die Kreisblätter ſich für verpflichtet halten, durchaus unberechtigte, ſcharfe Angriffe gegen den Bund der Landwirthe zu richten. Dem folgt die bei den Bündlern übliche Drohung auf dem Fuße nach: „Aus dieſer Thatſache muß der Bund der Landwirthe Angeſichts der bevorſtehenden Wahlen ſeine Konſequenzen ziehen. Er darf nicht dulden, daß in den Kreisblättern gegen den Bund und damit gegen die ſtärkſte ſtaatserhaltende Macht gehetzt wird. Welcher Art dieſe Konſequenzen ſein müſſen, wird weiterer Erwägung vorbehalten bleiben. Sicher werden ſie für die Kreisblätter nicht angenehm ſein, das möchten wir den Herren zur freundlichen Beachtung anheimgeben."

Im Uebrigen verwahrt ſich das Bündlerorgan dagegen, daß der konſervative Mann unbedingt und unter allen Umſtänden Vertrauen zu den Miniſtern haben müſſe. Dieſer Standpunkt ſei ſo thöricht, daß kein Wort darüber zu verlieren ſei. „Wenn das unbedingte Vertrauen zu den jeweiligen Miniſtern das Kennzeichen des Konſervatismus wäre, dann wäre wohl außer den Geheimräthen und einigen offiziöſen Journaliſten kein Menſch konſervativ."

Wir haben nicht die Möglichkeit, die Kreisblattpreſſe auf ihren Inhalt zu kontroliren, und können daher nicht feſtſtellen, wie weit die agrariſche Entrüſtung berechtigt iſt. Aber dem Bülowkurs würde es ſchon zuzutrauen ſein, daß er, der den Agrariern weiter entgegengekommen iſt, als er verantworten kann, ihnen von hinten herum durch die Kreisblattpreſſe ein Bein zu ſtellen ſucht. Das könnte übrigens ein luſtiger Froſchmäuſekrieg werden, zumal die Herren Landräthe, die ihr Szepter auch in den Kreisblättern ſuchen, zum größten Theil Bundesfreunde ſind.

Eine unterhaltende Katzbalgerei iſt zwiſchen den „Staatserhaltenden" vom mobilen und vom immobilen Kapital ausgebrochen. Bekanntlich hat der preußiſche Handelsminiſter Möller die Mahnung an den Handelsſtand gerichtet, mehr Kaufleute in den Reichstag zu ſchicken. Das hat nun dem „Berliner Tageblatt" Anlaß zu der Bemerkung gegeben: „Zentrum und konſervative Agrarier wettern über dieſe Mahnung aus Leibeskräften, ſie ſehen in ihr einen Alarmruf vor den Wahlen" u. ſ. w.

Nun kommt wieder die „Kreuz-Ztg.", immer noch das tonangebende Junkerorgan, und erklärt:

„Was aber können wir thun, um Männer wie Woermann wieder in den Reichstag zu bekommen? Unſeren Wählern können wir ſie doch nicht empfehlen, denn die „königlichen Kaufleute" haben faſt alle gegen unſere Partei eine unüberwindliche Abneigung; Geld für die Wahlagitation zu ihren Gunſten beizuſteuern, können wir uns auch nicht recht entſchließen, denn die Herren ſind ja ſo ſehr viel reicher als wir. Nur Eins bleibt uns zu thun übrig, und das thun wir auf Wunſch gern. Wenn die Liberalen ernſtlich daran gehen wollen, in Berlin, Hamburg, Breslau, Lübeck und anderen großen Städten den Sozialdemokraten die Reichstagsmandate ſtreitig zu machen, tüchtigen Kaufleuten ſtatt der windigen ſozialiſtiſchen Agitatoren und ihrem freiſinnigen Anhang zum Siege zu verhelfen, ſo werden wir ihnen jeden gewünſchten redneriſchen Sukkurs leiſten. Der Neid muß uns laſſen, daß wir in der politiſchen Redekunſt den Kaufleuten „über" ſind. Unſer Angebot iſt alſo nicht zu verachten. Weiſt man es ſtolz zurück, ſo ſoll man nachher wenigſtens nicht ſagen, daß wir an der unvollkommenen Zuſammenſetzung des Reichstages ſchuld ſeien oder gar unſere Freude daran hätten. Nur einen Vorbehalt müſſen wir machen: das Judenthum im Kaufmannsſtande halten wir durch den Abg. Singer ausreichend vertreten; wir können uns alſo nur für

---

[43] (Nachdruck verboten.)

Hans im Glück.

Humoriſtiſcher Roman von Rudolf Hirſchberg-Jura (Straßburg)

In einer benachbarten Straße hatte er Frau Freudenbergs Stimme vernommen. Zum erſten Mal hatte er in dieſer Gegend Dienſt. Von keinem ſeiner älteren Kameraden war ſeine Unerfahrenheit gewarnt oder darüber aufgeklärt worden, daß Frau Freudenberg faſt immer ſchrie, und daß es zu den gefährlichſten Thorheiten gehörte, ſich in ihre kriegeriſche Nähe zu begeben. So war er bei ihren Hülferufen aus allgemeinem, menſchlichen Mitgefühl und beſonders aus Pflichtbewußtſein in aller Harmloſigkeit herbeigeeilt und brannte nun vor heißer Begierde, irgend ein Verbrechen zu verhindern oder ſonſt irgendwie das Anſehen des Geſetzes auf recht wirkungsvolle Weiſe zu wahren.

„Was vergreifen Sie ſich an dieſer Frau?" herrſchte er den Kandidaten in ſchneidigem, noch vom Kaſernenhofe her gewöhnten Amtston an. „Laſſen Sie die Frau los! Was haben Sie überhaupt hier zu ſuchen?"

Johannes war über dieſes unerwartete Mißverſtändniß der von Gott eingeſetzten Obrigkeit zunächſt ſprachlos. Bei Frau Freudenberg war dieſe Wirkung nicht eingetreten. Sie fuhr fort: „Hülfe, Räuber, Mörder" zu ſchreien, obwohl ſie der Anblick des ſtrengen Schutzmannes einigermaßen ernüchtert hatte.

„Mein Geld iſt weg," klagte ſie, und als der Schutzmann fragte, wie viel es geweſen ſei, und wo ſie es aufbewahrt habe, wies ſie weinend nach dem aufgeriſſenen und durchwühlten Schrank.

Mit ſcharfem Kriminalblick erkannte der junge Beamte nicht nur, daß der Schrank in Unordnung gebracht war, er bemerkte auch das Goldröllchen in den Händen des Kandidaten, und raſch entſchloſſen ſtellte er ſich ſo in die Thür, daß er den Ausgang mit ſeinem Leibe ſperrte. Nicht anders, als über ſeine Leiche weg ſollte der Verbrecher entfliehen können. Als guter Schutzmann war er gewillt, nöthigen Falles ſein Leben für die Erfüllung des Geſetzes zu laſſen.

Mit unliebenswürdiger, barſcher Kürze fragte er den Verdächtigen nach Namen, Stand und Wohnung. Aber eben, als Johannes gehorſam antwortete:

„Kandidat der Theologie und Knabenlehrer," tauchte Dr. Kettelers höhniſches Antlitz hinter dem Schutzmann auf.

Er war grade vom Amt nach Hauſe gekommen und durch den neuartigen Lärm in das Hinterzimmer gelockt worden, wo er nun beim Anblick des ihm zufällig bekannten Schutzmannes ſogleich thatkräftig in die Verhandlung eingriff.

„Eine kleine Ungenauigkeit liegt Herrn Noahs Angabe zu Grunde," ſagte er. „Er iſt nicht mehr Knabenlehrer, ſondern war es nur bis vor Kurzem, iſt aber jetzt aus ſeiner Stellung entlaſſen, alſo ſtellenlos."

Der Schutzmann zeigte vor dem gutgekleideten Diener der Gerechtigkeit weit mehr Ehrfurcht, als er dem uneleganten, verregneten Diener der Frömmigkeit entgegen gebracht hatte. Unterthänig fragte er:

„Herr Doktor kennen den Herrn?"

„Jawohl! Ich wohne hier im Hauſe."

„Die Frau hier behauptet beraubt zu ſein. Iſt Ihnen zufällig bekannt, ob ſie in dieſem Schranke Geld aufbewahrt hat?"

„Sie hat es von jeher ziemlich offenherzig erzählt, ſo daß wohl Jedermann im Hauſe den Aufbewahrungsort ihres Vermögens genau kannte."

Das genügte dem freudig bewegten Schutzmann. In der ſicheren Hoffnung, einen vorzüglichen Fang zu machen und damit den erſten Schritt auf der Leiter zum Polizeipräſidenten zu thun, legte er dem noch ganz faſſungsloſen Kandidaten die Hand auf die Schulter und rief:

„Im Namen des Geſetzes! Sie ſind verhaftet! Geben Sie das Geld her, das Sie in der Hand haben!"

Vergeblich betheuerte Johannes, dies Geld als Vorausbezahlung für vierteljährlichen Unterricht erhalten zu haben. Dem Stellungsloſen wurde der rechtmäßige Beſitz einer ſolchen Summe nicht geglaubt. Vergeblich erklärte er, daß er der armen Frau auf ihre Hülferufe habe beiſpringen und ihr das Geld als Darlehen habe bringen wollen. Der Schutzmann lachte höhniſch und ſchnitt ihm das Wort ab.

„Ihre Vertheidigung können Sie bei dem Herrn Unterſuchungsrichter vorbringen," verſetzte er ſpöttiſch. „Mich geht das nichts an. Ich habe mit meiner genauen, vorſichtigen Vernehmung ſchon mehr als meine Pflicht gethan, nachdem ich Sie vorhin auf friſcher That ertappte, wie Sie die alte Frau zu Boden drückten. Kommen Sie mit!"

Johannes erzählte, daß er jetzt eine Stunde zu ertheilen habe und dann ſeine Verlobung feiern müſſe. Der Schutzmann fand das Beides völlig belanglos und ſchleppte ihn mit ſich.

Frau Freudenberg war nüchtern genug geworden, um die Tragweite des ſchlimmen Verdachts zu ermeſſen, der auf Johannes gefallen war. Aber ſie that nichts, das Mißverſtändniß aufzuklären. Sie ſchwieg in der dunklen Hoffnung, auf dieſe Weiſe vielleicht zu einer kleinen Entſchädigung für all' das Geld zu gelangen, das ſie an dem Bettelpack, und beſonders an dem hungerleideriſchen Theologen zugeſetzt hatte.

Herr Dr. Ketteler ſchwieg ebenfalls, als Noah abgeführt wurde. Er zuckte mit keiner Miene und hatte zu viel Erziehung, um ſeine heimliche, triumphirende Freude irgendwie an den Tag zu legen.

Doch fühlte er ſich auch nicht berufen, dem Walten des Schickſals in den Weg zu treten, das den ehrvergeſſenen Menſchen jetzt für ſein pöbelhaftes Betragen beſtrafen zu wollen ſchien. Faſt war er jetzt erfreut, mit einem Manne, der an dem Wege zum Zuchthaus ſtand, nicht ſeine Klinge gekreuzt oder die Kugel gewechſelt zu haben.

In heiterer Selbſtzufriedenheit wandte er ſich, um die ausnahmsweiſe ſchweigſame Frau Freudenberg mit den Reſten ihrer Trunkenheit allein zu laſſen. Da hüpfte in ganz ungewöhnlicher Munterkeit Herr Freudenberg herein, flatterte erregt mit den Armen und war der Taube zu vergleichen, die nach der Sintfluth das Oelblatt im Schnabel trug. Denn ſeine freudigen Mittheilungen riefen, nachdem ſie erſt in ihrer ganzen Bedeutung begriffen worden waren, einen fröhlichen Umſchwung bei den beiden Zuhörern hervor und gaben ihnen neuen Lebensmuth.

Seiner Gattin geduldiges Schweigen bot ihm die ſeltene Möglichkeit, ſeine Freudenbotſchaft in ausführlicher und ununterbrochener Rede zu verkünden.

Er ſchilderte zunächſt noch einmal kurz die Betrübniß finanzieller Noth und wies darauf hin, daß der Bankier nur deshalb ſo hartherzig auf der ſofortigen Begleichung ſeiner Miethforderung beſtanden habe, weil auch er der bisher verbreiteten irrigen Meinung geweſen ſei, daß ſich im Freudenberg'ſchen Schrank Kapitalien von mehreren hundert Mark aufgeſpeichert befänden.

„Er hielt uns alſo für böswillig und wollte uns natürlich dafür ſtrafen. Da habe ich aber dem lieben, alten Herrn ſchlicht und ehrlich erzählt, daß unſer Schrank völlig leer iſt und Du Deine Mitgift längſt vertrunken haſt. Er hat es mir ſofort geglaubt!"

An Herrn Schölermanns Bankerott oder auch nur Zahlungsſchwierigkeiten hatte Herr Freudenberg ſelbſtverſtändlich von Anfang an ſtark gezweifelt! Er war zu aufgeklärt, um dieſen luſtigen Schwindel nicht ſofort durchſchaut zu haben! Daß er dieſe Aufklärung einer Mittheilung Noahs verdankte, erwähnte er nicht. Seine Erzählung wäre ſonſt zu weitſchweifig geworden und ſo ſchloß er mit den Worten:

„Ich ſtellte ihm alſo unſere Armuth recht rührend vor und ſagte dem alten Schwerenöther auf den Kopf zu, daß er noch immer unverſchämt viel Geld beſitze und wahrſcheinlich reicher ſei, als jemals zuvor. Da konnte er meinem Scharfblick gegenüber ſeine Lüge nicht länger aufrecht erhalten. Um ſich nicht ſchämen zu müſſen, lachte er und gab zu, daß er ſich mit den angeblichen Zahlungsſchwierigkeiten nur einen Witz haben machen wollen, um die Leute auf die Probe zu ſtellen. Die Miethe aber hat er uns einſtweilen noch geſtundet!"

Der jubelnde Erfolg, den ſich Herr Freudenberg von ſeinem Bericht erhofft hatte, blieb aus. Seine Gattin blickte, wahrſcheinlich in Folge ihrer akuten und chroniſchen Alkoholvergiftung, recht gleichgültig drein und übte ſich auch nach Schluß der ehemännlichen Rede noch in der Kunſt des Schweigens, welche Beſchäftigung für ſie den Reiz der Neuheit beſaß.

Auch als Herr Freudenberg ihr noch einmal deutlich wiederholte: „Herr Schölermann will warten! Wir brauchen erſt ſpäter zu bezahlen!" ſagte ſie nur achſelzuckend:

„Später haben wir auch kein Geld. Ich habe an dem Bettelvolk Alles zugeſetzt."

Dann ſtarrte ſie wieder theilnahmslos vor ſich hin, ſo daß Herr Freudenberg um ihr verwandeltes Gemüth in Sorge gerieth.

Lebhafter hatten den Referendar ſeine Mittheilungen berührt. Zwar hatte auch er ſchweigend zugehört; aber als er von dem unveränderten und unverminderten Reichthum Schölermanns erfuhr, hatte er mehrmals ſtill zu ſich ſelbſt geſagt:

„Du Ochſe, was haſt Du für eine Dummheit gemacht!"

Da dieſe Selbſtbeleidigungen äußerlich nicht bemerkbar waren, machte ſich natürlich auch keine Genugthuung nöthig, und ohne ſich unnöthig über ſich ſelbſt zu kränken, gelangte Dr. Ketteler alsbald zu der Betrachtung, daß ſeinem erneuten Verkehr im Hauſe des reichen Bankiers eigentlich nichts im Wege ſtände, da ſich ja der anſtößige Kandidat, den er vorgeſchützt, jetzt im Unterſuchungsgefängniß befand. Es war alſo keineswegs eine Karakterloſigkeit, wenn er ſich einer ehrbaren, begüterten Familie wieder näherte, in der ihm die Gefahr einer unwürdigen Begegnung nicht mehr drohte.

Freilich durfte er die Schwierigkeit nicht verkennen, dieſen Frontwechſel elegant, glaubwürdig und unauffällig zu geſtalten. Da öffnete ſich ſeinem praktiſchen Blick gleich ein Ausweg, der es ihm geſtattete, klug und zugleich ritterlich zu ſein und unter dem Schild des Edelmuths die aufgegebene, günſtige Stellung zurückzuerobern.

(Fortſetzung folgt.)

germaniſche Kandidaten dieſes Berufsſtandes erwärmen.“

Der Hohn der Junker gegen die „Pfefferſäcke“ iſt beißend. Aber ſchließlich ſind die „königlichen Kaufleute“ im Stande und nehmen den angebotenen redneriſchen Sukkurs doch an! Haben doch in Hamburg Iſaakſohn und Raab auch ſchon an einem Strang gezogen, und ſo kommt vielleicht Diederich Hahn dem Reichstagswahlverein zu Hülfe. Schön wäre das gewiß!

Die Polen in Rheinland-Weſtfalen ſehen ſich nach Hülfe um, damit der beabſichtigte Angriff auf das Zentrum mehr Ausſicht auf Erfolg gewinne. Der „Dziennik Berlinski“ theilt mit, daß ein Abgeſandter der Polen im Ruhrkohlenrevier vor einigen Tagen in geheimer Miſſion in Berlin eingetroffen ſei. Er habe den Wunſch ausgeſprochen, daß der eine oder andere der polniſchen Abgeordneten die „polniſchen Kolonien im Weſten“ beſuche und den dortigen Polen mit Rath diene, wie ſie ſich bei den bevorſtehenden Wahlen gegenüber dem Zentrum verhalten ſollten. Die polniſche Fraktion im Reichstage, die den Abgeſandten eingehend gehört, ſei dem Wunſche geneigt, auch bereit, noch weiter zu gehen und wolle die ganze Wahlangelegenheit deshalb „amtlich“ behandeln. Dem Abgeſandten ſei eröffnet worden, daß die ganze Fraktion als ſolche zu der Frage ihres Verhaltens in der weſtfäliſch-rheiniſchen Angelegenheit Stellung nehmen werde. Der „Dziennik“ bemerkt hierzu: Dieſe Frage iſt ein Problem von höchſter Bedeutung. Handelt es ſich doch gewiſſermaßen um eine neue Wendung in der Thätigkeit der Fraktion, um das Verhältniß der Fraktion zu den Kolonien in Weſtfalen, um die nationale Entwicklung dieſer Kolonien, ſchließlich auch um das Verhältniß der polniſchen Fraktion zur Zentrumspartei.

Der Wahlkreis Calbe-Aſchersleben wird bei den kommenden Neuwahlen zum Reichstag heiß umſtritten werden. Der Wahlkreis wurde 1890 zum erſten Male von der Sozialdemokratie erobert. 1893 ging er, wie das mit von uns erſtmalig eroberten Wahlkreiſen oft ſo geht, wieder verloren, wurde aber 1898 von unſerem Genoſſen Albert Schmidt abermals gewonnen. Als dann Schmidt wegen angeblicher Majeſtätsbeleidigung zu drei Jahren Gefängniß verurtheilt wurde, ward ihm auch das Reichstagsmandat durch das Gerichtsurtheil aberkannt. In der Nachwahl ſetzten dann die Gegner Himmel und Hölle in Bewegung, um den Sieg zu erringen, und es gelang ihnen, ihren Kandidaten Placke durchzubringen. Freiſinnige und Antiſemiten hatten ſich gleich von vornherein auf die Seite der Nationalliberalen geſchlagen und ſo wurde Placke mit 19 224 Stimmen gegen 17 929 für Schmidt gewählt, während Schmidt bei der 1898er Hauptwahl 17 090, der Nationalliberale Placke 13 894 erhalten hatte; daneben waren 2232 freiſinnige und 1237 antiſemitiſche Stimmen abgegeben. In der Stichwahl hatte Schmidt mit 18 300 gegen 18 100 Stimmen geſiegt.

Die Nationalliberalen haben für die kommende Wahl Placke auf's Neue aufgeſtellt. Es iſt das der intereſſante Herr, der im Reichstage einem gegneriſchen Redner gegenüber die Frage aufwarf, ob man „dem Kerl Eine herunterhauen“ ſolle. Für die Sozialdemokratie kandidirt wieder Albert Schmidt. Hoffentlich glückt es ihm zum zweiten Male, den Wahlkreis zurückzuerobern.

Die baieriſchen Bauernbündler machen dem Zentrum wieder die Hölle heiß. In einer Verſammlung derſelben in Oberbaiern griff nach einem Bericht der „Münchener N. Nachr.“ der Bauer Eiſenberger das Zentrum ſcharf an und ließ an ihm kein gutes Haar. Den großen Zentrumstag in München bezeichnete er kurzweg als großen Bauerneinſeifungstag Angeſichts der bevorſtehenden Reichstagswahlen. Bezüglich der Aeußerung des Abg. Dr. Schädler, daß wir ſo ein großes Reichsdefizit haben, meinte Redner, daß daran eben das Zentrum die Schuld trage, weil es für Alles ſtimmte. Das Zentrum mache es jedes Mal ſo vor den Wahlen: es mache eine große Katzenmuſik, daß die Bauern wieder auf den Bauch niederfielen vor dem Götzen Zentrum, wie es die alten Babylonier machten, um nicht in den Feuerofen geworfen zu werden. Zum Schluſſe ermahnte er die Bauern, nicht mehr Zentrum zu wählen. Einem Zentrumsredner erwiderte der Bauer Eiſenberger, der Abg. Dr. Heim habe für den 6 Mark-Zoll nur „das Maul aufgeriſſen“, mehr aber habe er nicht gethan.

Die Novelle zum Krankenverſicherungsgeſetz, die jetzt dem Reichstage zugegangen iſt, hat im Bundesrath noch einige Aenderungen erfahren: Die wichtigſte davon iſt, daß die nach dem Entwurf des Reichsamts des Innern mögliche Ausſchließung der Frauen und Ausländer von Vorſtandsämtern wieder beſeitigt iſt, was dadurch erreicht wird, daß in dem beantragten Zuſatze zu § 34a nur noch der § 32 des Gerichtsverfaſſungs-Geſetzes genannt iſt, nicht aber der § 31. Die Begründung ſagt dazu auch, daß der § 31 weggelaſſen worden iſt, weil weder Frauen noch Ausländer von den Vorſtandsämtern ausgeſchloſſen werden ſollen. Man ſcheint im Reichsamt des Innern entweder die Bedeutung des § 31 des Gerichtsverfaſſungs-Geſetzes nicht vollſtändig erkannt oder nicht gewußt zu haben, daß jetzt die Frauen an der Kaſſenverwaltung theilnehmen dürfen und vielfach auch theilnehmen. Dann iſt die Höchſtgrenze der zuläſſigen Beiträge für die Gemeinde-Krankenverſicherung noch weiter erhöht worden bis auf 3 pZt. gegen 2,4 pZt. des erſten Entwurfs und 2 pZt. des beſtehenden Geſetzes und ebenſo für die organiſirten Zwangskaſſen die Höchſtgrenze der Beiträge, ſoweit ſie den Mitgliedern zur Laſt fallen, auf 3 pZt. gegen 2,4 pZt. des erſten Entwurfes und 2 pZt. des beſtehenden Geſetzes bei der Errichtung der Kaſſen und auf 4 pZt. gegen 3,6 pZt. des erſten Entwurfes und 3 pZt. des beſtehenden Geſetzes bei ſpäteren Aenderungen der Beitragshöhe.

Die nach § 3 des Geſetzes für Perſonen des Soldatenſtandes ꝛc. vorgeſchriebene Befreiung von der Verſicherungspflicht ſoll im Gegenſatz zu dem erſten Entwurf in einer für dieſe Perſonen ungünſtigeren Weiſe geregelt werden. Jetzt ſind ſie von der Verſicherungspflicht befreit, wenn ſie für 13 Wochen Anſpruch auf eine der geſetzlichen Mindeſtleiſtung entſprechende Unterſtützung oder Fortzahlung ihres Lohnes haben. Da jetzt die Mindeſtdauer der geſetzlichen Krankenunterſtützung auf 26 Wochen verlängert werden ſoll, änderte der erſte Entwurf folgerichtig im § 3 nur die Worte 13 Wochen in 26 Wochen um, im Uebrigen blieben die Bedingungen für die Befreiung von der Verſicherungspflicht die bisherigen. Nach der dem Reichstage gemachten Vorlage ſoll jedoch die Befreiung eintreten, wenn für die erſten 13 Wochen die bisher vorgeſchriebenen Anſprüche beſtehen, für weitere 13 Wochen aber Anſprüche auf Penſion oder Wartegeld im anderthalbfachen Betrage des Krankengeldes. Da das halbe Krankengeld nicht immer die Koſten für Arzt und Arznei ſowie ſonſtige Heilmittel decken wird, ſind dieſe Perſonen gegenüber anderen Verſicherungspflichtigen benachtheiligt, indem für ſie nicht für volle 26 Wochen ebenſo hohe Anſprüche feſtgeſetzt werden, wie für andere Verſicherte. Den Vortheil davon hat der fiskaliſche Arbeitgeber. Die Begründung führt gegen die Vorſchläge des erſten Entwurfs „ſchwerwiegende dienſtliche Gründe“ in's Feld; es ſoll dadurch die „Penſionirung“ eines Beamten, der von Anfang der Erkrankung an für dauernd dienſtunfähig zu erachten war, vor Ablauf eines halben Jahres, unter Umſtänden noch länger und die Wiederbeſetzung der Stelle unmöglich gemacht werden. Dann mag man doch dieſe Perſonen für verſicherungspflichtig erklären.

Das beſtehende Geſetz enthält ſeit 1892 die Beſtimmung, daß Perſonen, die ununterbrochen oder im Laufe von 12 Monaten für 13 Wochen Krankenunterſtützung bezogen haben, bei Eintritt eines neuen Unterſtützungsfalles, der durch die gleiche nicht gehobene Krankheitsurſache veranlaßt iſt, im Laufe der nächſten 12 Monate nur für eine Geſammtdauer von 13 Wochen Unterſtützung beziehen dürfen. Die Beſtimmung iſt geſchaffen nach den Motiven „zum Schutze der Kaſſen gegen eine ungerechtfertigte Ausbeutung durch Perſonen, die mehr invalid als krank ſind“. Der erſte Entwurf hatte auch die wiederholte Unterſtützung „im Laufe der nächſten 12 Monate“ auf 26 Wochen bemeſſen; jetzt iſt dieſe nur auf 13 Wochen bemeſſen. Die Begründung führt dafür kein Wort mehr an, wie die Begründung für die Novelle von 1902 ſagte, obwohl man doch erwarten durfte, daß weitere Schutzmaßregeln nicht vorgeſchlagen werden würden, wenn nicht beſondere Gründe dafür vorliegen.

Die in dem erſten Entwurfe vorgeſchlagenen Uebertragungs- und Aufrechnungsmöglichkeiten der Unterſtützungsanſprüche ſind jetzt etwas eingeſchränkt worden und dann iſt noch eine Aenderung vorgenommen in der Vorſchrift über die Feſtſetzung des ortsüblichen Tagelohnes. In dem erſten Entwurfe hieß es, daß den betheiligten Arbeitgebern und Verſicherten Gelegenheit zu einer Aeußerung gegeben werden müſſe vor Feſtſetzung des ortsüblichen Tagelohnes. Jetzt ſind aus Verſicherten „Verſicherungspflichtige“ geworden. Warum dieſe Aenderung, erfährt man leider nicht.

Als Tag des Inkrafttretens beſtimmt der Entwurf den 1. Januar 1904, woraus hervorzugehen ſcheint, daß die Regierung auf die Erledigung der Novelle durch den jetzigen Reichstag endgültig verzichtet hat. Sie wird deshalb die Forderungen der Vertreter der Arbeiterklaſſe auf eine gründliche Verbeſſerung des Krankenverſicherungsweſens, die weit über den gegenwärtigen Entwurf hinausgehen, noch ausreichend prüfen können, um den dem neuen Reichstage vorzulegenden Entwurf danach einzurichten.

Die Neubewaffnung der Artillerie mit umgeänderten Geſchützen, über deren bereits im Gang befindliche Durchführung in letzter Zeit Nachrichten in die Preſſe kamen, wird zweifellos wieder eine runde Zahl von Millionen verſchlingen. Wie es nun den Anſchein hat, waltete auch hier wieder der Plötzlichkeitskurs in ſeiner bekannten Art; die „Umänderung“ ſoll abermals umgeändert werden! Eine Depeſche aus Eſſen lautet:

„Die Umänderung der deutſchen Feldgeſchütze in Rohrrücklaufgeſchütze wird nach der „Rhein.-Weſtf. Ztg.“ durch Gegenſtrömung verzögert. Manche Kreiſe bezweifeln die unbedingte Kriegsbrauchbarkeit. Das Endergebniß der ſchweizeriſchen Verſuche mit Krupp'ſchem Rohrrücklaufgeſchütz und Krupp'ſchem Feldgeſchütz ohne Rohrrücklauf ſoll abgewartet werden.“

Sehr ſchön! Nun iſt bereits mit beträchtlichem Koſtenaufwand eine Anzahl der Geſchütze, die vor wenigen Jahren neu eingeführt wurden, „verbeſſert“ worden, und abermals kommt Jemand auf die Idee, es müßte getrachtet werden, das „Verbeſſerte“ abermals zu „verbeſſern“. Nachgrade würde die Sache lächerlich, wenn ſie nur nicht ſo ſehr koſtſpielig wäre!

Der Rücktritt des baieriſchen Miniſterpräſidenten ſoll nach der in der Sonntagsnummer mitgetheilten offiziöſen Auslaſſung der Korreſpondenz Hoffmann mit grundſätzlichen Meinungsverſchiedenheiten im Miniſterium nichts zu thun haben, vielmehr auf Differenzen über die Behandlung einzelner Angelegenheiten durch den Vorſitzenden des Miniſterraths zurückzuführen ſein, bei welchen nach entgegenſtehendem Dafürhalten die vorherige Einvernahme des Miniſterraths angezeigt geweſen wäre.

Damit wird, wenn auch etwas verſchleiert, zugegeben, daß die auf Veranlaſſung des Miniſterpräſidenten Grafen Crailsheim zurückgeführte Veröffentlichung des Danktelegramms an den Reichskanzler wegen deſſen Aeußerungen über das Swinemünder Kaiſertelegramm eine erhebliche Rolle bei der Miniſterkriſis geſpielt hat, was auch dadurch beſtätigt wird, daß Graf Crailsheim einem Interviewer gegenüber Auskunft über den Zuſammenhang ſeiner Entlaſſung mit der Dankſagung an den Reichskanzler abgelehnt hat.

Die ruſſiſche Regierung und die Arbeiter. Die ruſſiſchen Blätter enthalten eine zweifellos offiziöſe Mittheilung, wonach am Sonntag, den 2./15. Februar, eine Anzahl von Arbeitern induſtrieller Werke in Petersburg vom Finanzminiſter empfangen worden iſt. Die Arbeiter hatten gebeten, ihnen die Möglichkeit zu geben, perſönlich dem Finanzminiſter über diejenigen Fragen zu berichten, welche ſie zur Zeit beſonders beſchäftigen, und bezeichneten als ſolche: die Zulaſſung von Arbeiterdelegirten, die von den Arbeitern aus ihrer Mitte gewählt werden behufs Verhandlungen mit den Arbeitgebern, die Einrichtung von Kranken- und Sparkaſſen u. ſ. w. Nach Anhörung der Arbeiter eröffnete ihnen der Finanzminiſter, daß ſie in aller Ruhe und vertrauensvoll die Beendigung der vom Finanzminiſterium, im Einvernehmen mit dem Miniſterium des Innern in dieſer Richtung unternommenen Arbeiten abwarten und eingedenk ſein müßten, daß die Regierung ſtets den wahren Bedürfniſſen ſowohl der Arbeiter als auch aller anderen Klaſſen die ſchuldige Beachtung zu Theil werden läßt. Die jetzt von den Arbeitern aufgeworfenen Fragen ſeien ſo verwickelt, daß zu ihrer Löſung längere Zeit erforderlich ſein werde.

Zur Zeit tagt in Petersburg die Arbeiterſchutzkonferenz und es iſt wohl möglich, daß ſich der Miniſter die Deputation beſtellt hat, um der Oeffentlichkeit gegenüber das „Wohlwollen“ der Regierung für die Arbeiter bekunden zu können. Außerdem mag auch bei dieſem neuen Schachzug das Bemühen der Regierung mitſpielen, die Arbeiterbewegung in die Hand zu bekommen und durch allerlei Scheinmaßregeln die kurzſichtigen Elemente für ſich zu gewinnen. Im Ganzen ſtanden bisher die ruſſiſchen Arbeiter, ſoweit ſie zum politiſchen Bewußtſein erwacht ſind, durchaus im Lager der entſchiedenen Revolutionäre. Hier Zwietracht, Mißtrauen und damit Lähmung hervorzurufen, liegt natürlich im Intereſſe der Regierung.

v. **In den Niederlanden** iſt die Situation gegenwärtig ſehr ernſt. Man erwartet ſo etwas wie eine Revolution von oben. Unſer holländiſcher Korreſpondent ſchreibt uns am Sonntag Abend: Nachdem die geſammte bürgerliche Preſſe und andere reaktionäre Elemente in Verſammlungen und anderswo die öffentliche Meinung während drei Wochen gegen die Arbeiter, vornehmlich gegen die Eiſenbahner, aufgehetzt haben, ſchicken die Regierung und die Eiſenbahngeſellſchaften ſich an, zuzugreifen. Das Militär wird bereit gehalten; in den Kaſernen ſind zwei Jahrgänge mehr als gewöhnlich; ungefähr 30 000 Mann hat man unter den Waffen. Die Soldaten haben „Streikfartuſchen“ erhalten und werden ſeit zwei Wochen im Salveſchießen geübt, was außerhalb des Rahmens der militäriſchen „Erziehung“ liegt.

Jetzt, wo Alles „fertig“ iſt, wird bekannt, daß am morgigen Montag der Belagerungszuſtand proklamirt werden ſoll. Daneben haben die Eiſenbahngeſellſchaften eine vollſtändige Organiſation des Dienſtes für den Streikfall geſchaffen. Für die Chefs der Bahnhöfe iſt eine geheime Inſtruktion erlaſſen und Alles in einer Weiſe angefaßt, als ob der Ausſtand ganz ſicher morgen ausbrechen wird. Davon iſt aber bei den Eiſenbahnern keine Rede. Sie haben beſchloſſen, den Streik nur für den Fall zu proklamiren, daß das Ausſtandsrecht geſetzlich in Frage geſtellt wird. Dieſer Angriff kann aber nicht plötzlich geſchehen, da die ſozialdemokratiſche Fraktion die Möglichkeit hat, einer Ueberrumpelung vorzubeugen.

Aus Allem iſt aber wohl das Eine zu ſchließen, daß die Eiſenbahngeſellſchaften angreifen werden, wahrſcheinlich mit Entlaſſung einiger Vormänner der Organiſation oder vielleicht mit einer Ausſperrung aller Organiſirten. Jedenfalls herrſcht hier allgemein die Meinung: Morgen geſchieht etwas.

Die Eiſenbahnerorganiſationen hielten heute in Amſterdam einen Kongreß der unlängſt gegründeten Föderation aller Eiſenbahnorganiſationen des Landes ab, die 10600 Mitglieder bei einem insgeſammt 17000 Mann ſtarken Perſonal der Bahnen zählen. Zu der Geſammtzahl gehören aber auch alle hohen Beamten und auch die Bahnwärterinnen. Der von der Geiſtlichkeit gemachte Verſuch, die Eiſenbahner ihrer Organiſation abtrünnig zu machen, hat nur den Erfolg gehabt, daß im Ganzen etwa 1200 Mann wahrſcheinlich bei der Arbeit bleiben werden, wenn es zum Streik kommt. Davon ſind aber nicht ein Dutzend Maſchiniſten oder Heizer. Das geſchulte Perſonal iſt faſt ohne Ausnahme organiſirt.

Das „Abwehrkomite“, das zu dem Zwecke gegründet iſt, einer Einſchränkung des Streikrechts mit allen Mitteln entgegenzuwirken, beſteht aus nachfolgenden Perſonen: Oudegeſt und Petter vom Eiſenbahnperſonal; Meyer und Weſſel von den Hafenarbeitern; van Erkel vom Nationalen Arbeiterſekretariat, Vliegen von der ſozialdemokratiſchen Arbeiterpartei und Alkema von den Freien Sozialiſten oder Anarchiſten. Alle Arbeiterverſammlungen ſind überfüllt und es herrſcht im Allgemeinen große Unruhe.

Bei den Führern der Eiſenbahner herrſcht die Meinung vor, mit der Niederlegung der Arbeit warten zu müſſen bis zur Behandlung des Antiſtreikgeſetzes in der Kammer, und daß man ſich nicht provoziren laſſen dürfe durch irgend welche Maßregeln der Geſellſchaften. Es iſt aber die Frage, ob nicht die Geſellſchaften mit der Ausſperrung vorgehen werden. Bei uns in Holland giebt es Staatseiſenbahnen und Privatbahnen; aber auch die Staatsbahnen werden durch Privatgeſellſchaften ausgebeutet. Es giebt zwei große Geſellſchaften: 1) die Holländiſche Eiſenbahngeſellſchaft, die auch Eigenthümerin ihrer Linien iſt; 2) die Geſellſchaft zur Exploitation von Staatseiſenbahnen. Der Name ſagt ſchon, was dieſe thut. Die letztere Geſellſchaft iſt die größte; von den 2900 Kilometern Eiſenbahn hat ſie 1600 im Betrieb. Die Holländiſche Eiſenbahngeſellſchaft hat 1200. Dann giebt es noch die Niederländiſche Zentralbahn mit 112 und die Linie Boxtel-Weſel (Rheinland) mit 100 Kilometern im Betriebe.

In Frankreich haben am Sonntag mehrere Senatswahlen ſtattgefunden. Im Departement Baſſes Alpes wurden Gaſſier und Defarge (beide radikal) zu Senatoren gewählt, während der frühere Polizeipräfekt Andrieux unterlag. Der Deputirte und frühere Miniſter Poincarré wurde zum Senator des Departements Meuſe gewählt. Ein Gegenkandidat war nicht aufgeſtellt.

Von einem neuen Skandal wird der „Voſſ. Ztg.“ aus Paris gemeldet: Der ſiameſiſche Geſandte Phra Sri Ahadha, der im vergangenen Jahre nach Paris gekommen war, um den Siamvertrag mit Frankreich zu ſchließen, hat bei ſeiner Rückkehr nach Bangkog eine Koſtenrechnung liquidirt in der u. A. dieſe beiden Poſten vorkommen: Für verſchiedene zur Erfüllung meiner diplomatiſchen Sendung nothwendige Hülfen 125 000 Frks., für die Preſſe 50 000 Frks. „Matin“ verlangt, daß man den ſiameſiſchen Diplomaten anhalte, Namen zu nennen; entweder ſei er ein Lügner und Schwindler, und dann müſſe dies amtlich feſtgeſtellt werden, oder es haben ſich wirklich Beamte des Auswärtigen Amtes und Pariſer Zeitungen gefunden, die in einer der wichtigſten Lebensfragen der Kolonialpolitik Frankreichs mit ihrem Einfluß Schacher trieben und ſich beſtechen ließen, dann müſſe man die Namen kennen.

In Macedonien haben ſich nach Nachrichten aus Belgrad in den letzten Tagen auf Anregung Sarafows insgeſammt ſieben bulgariſche Banden zu je 200 bis 300 Mann organiſirt, welche vollſtändig ausgerüſtet ſind. Die Belgrader Blätter bedauern, daß aus der Reformaktion Oeſterreich-Ungarns und Rußlands die Frage der Entwaffnung der Albaneſen ausgeſchieden ſei, die für das ſerbiſche Element von ernſter Wichtigkei ſei.

In Marokko ſoll es mit der Macht des Prätendenten einmal wieder zu Ende ſein. Dem Reuter'ſchen Büreau wird aus Fez vom 16. d. M. gemeldet: Die Lage iſt hier zur Zeit ſehr zufriedenſtellend. Der Prätendent, welcher in dem letzten Gefecht verwundet ſein ſoll, befindet ſich zur Zeit in Riatta, in der Nähe von Tazza, während der Kriegsminiſter El-Menebhi an der Spitze einer ſtarken Truppenmacht vorgeht, um die Stämme zum Gehorſam zu zwingen. Der Haina-Stamm hat die vollſtändige Unterwerfung durch Stellung von Geiſeln als Sicherheit für zukünftiges ruhiges Verhalten und für die Zahlung einer Entſchädigung angeboten. Der britiſche Inſtruktör, Sir Harry Maclean, der die Lage ſehr optimiſtiſch betrachtet, hält die Macht des Prätendenten für vollſtändig gebrochen.

Die Arbeiternoth in Südafrika, die nicht zum unweſentlichſten Theile darauf beruht, daß die Minengeſellſchaften, die die ihnen infolge des Krieges auferlegten Laſten möglichſt aus den Arbeitern wieder herausſchlagen möchten, nicht ausreichende Löhne bezahlen wollen, ſoll nun durch Heranziehung von Chineſen abgeholfen werden. Zunächſt „ſtudirt“ man die Frage. Aus Johannesburg, 22. Februar, wird telegraphirt: Ein Kommiſſar, der von der Minenkammer und der „Native Labour Aſſociation“ beauftragt iſt, die Arbeiterverhältniſſe in China zu unterſuchen und darüber Bericht zu erſtatten, iſt geſtern abgereiſt. Nach einem Beſuch in London beabſichtigt er, ſich nach Californien zu begeben und dort eingehend zu prüfen, in welcher Weiſe in dieſem Staate die Chineſen beſchäftigt werden. Von dort wird der Kommiſſar die Reiſe nach China fortſetzen. — Die Beamten der „Native Labour Aſſociation“ theilen mit, daß ſich die Ausſichten auf Ergänzung der Arbeiterkräfte beſſern. Ein Beweis dafür ſei, daß aus dem Norden Transvals und der Kapkolonie eine vermehrte Anzahl heimiſcher Arbeiter eintreffe; möglicher Weiſe ſei dies darauf zurückzuführen, daß die Erhöhung der Lohnſätze unter den Kraals beſſer bekannt werde.

Wenn man ſich nur entſchließen wollte, Löhne zu zahlen, die nicht nur eben für Farbige, ſondern auch für Weiße zum Lebensunterhalt ausreichten, dann würde man ſchon Arbeiter genug bekommen.

Der Ausſchuß des kubaniſchen Senats, der den mit den Vereinigten Staaten abgeſchloſſenen Gegenſeitigkeitsvertrag vorberathen, hat die Ratifizirung deſſelben ohne irgend welche Abänderungen anempfohlen. Der Ausſchuß ſagt in ſeinem Bericht, er glaube nicht, daß der Vertrag den Vereinigten Staaten eine unmittelbare Beherrſchung des kubaniſchen Marktes einräume, weil die amerikaniſchen Kaufleute ſich nicht den kubaniſchen Wünſchen anpaſſen könnten, er ſei vielmehr der Anſicht, daß der leichtere Kredit, welchen die europäiſchen Kaufleute genießen, ihnen noch immer Chancen im Handel mit Kuba an die Hand gebe. Der Ausſchuß betrachtet die Ermäßigung des Zolles auf kubaniſchen Zucker von 20 pZt. für weſentlich; dieſe Ermäßigung werde die kubaniſche Induſtrie in den Stand ſetzen, ſich trotz des furchtbaren Wettbewerbs des europäiſchen Rübenzuckers zu halten.

Zur Venezuela-Angelegenheit meldet Reuter: Es iſt das Verſprechen gegeben worden, daß der deutſche Kommodore die weggenommenen venezolaniſchen Schiffe in Port of Spain am Montag zurückgeben wird. Als die Protokolle unterzeichnet wurden, war es die Abſicht der Vertreter der verbündeten Mächte, daß die Uebergabe in den venezolaniſchen Gewäſſern erfolgen ſolle. Das Kanonenboot der Vereinigten Staaten, „Marietta“, wird die venezolaniſchen Offiziere und Mannſchaften zur Bemannung der Schiffe nach Port of Spain bringen. Inzwiſchen, ſo heißt es, würden von den Aufſtändiſchen Waffen und Schießvorräthe in großem Umfange an den unbewachten Häfen eingeführt. Präſident Caſtro habe keine Flotte, dies zu verhindern, und werde dadurch ſtörriſch in ſeinem Verhalten.

Der deutſche Kommodore theilte den Behörden in Puerto Cabello mit, daß der „Reſtaurador“ am kommenden Montag zurückgegeben werde.

Der venezolaniſche Kongreß iſt am Freitag zuſammengetreten.

Partei-Nachrichten.

Reichstagskandidaturen im Königreich Sachſen: 1. Kreis Zittau-Oſtritz: Edmund Fiſcher, Redaktör Brießnitz. 2. Löbau-Ebersbach: Karl Sindermann, Buchhalter, Dresden. 3. Bautzen-Kamenz: Wilhelm Höppner, Lagerhalter, Cotta. 4. Dresden-Neuſtadt: Auguſt Kaden, Zigarrenfabrikant, Gohlis. 5. Dresden-Altſtadt: Dr. Gradnauer, Schriftſteller, Berlin. 6. Dresden-Land: Georg Horn, Hausbeſitzer, Lindenau. 7. Meißen-Großenhain: H. Goldſtein, Redaktör, Zwickau. 8. Pirna-Sebnitz: Jul. Fräßdorf, Töpfer, Dresden. 9. Freiberg-Oederan: E. Schulze, Tiſchlermeiſter, Coſſebaude. 10. Döbeln-Roßwein: Karl Grünberg, Fabrikant, Hartha. 11. Wurzen-Oſchatz: Rich. Lipinski, Buchhändler, Leipzig. 12. Leipzig-Stadt: Jul. Motteler, Kaufmann, Leipzig. 13. Leipzig-Land: Fritz Geyer, Zigarrenfabrikant, Leipzig. 14. Borna-Pegau: Georg Schöpflin, Redaktör, Leipzig. 15. Mittweida-Limbach: P. Göhre, Pfarrer a. D., Zehlendorf. 16. Chemnitz: Max Schippel, Schriftſteller, Berlin. 17. Glauchau-Meerane: Ignaz Auer, Sekretär, Berlin. 18. Zwickau-Werdau: Wilh. Stolle, Gaſtwirth, Geſau. 19. Stollberg-Schneeberg: J. Seifert, Schuhmacher, Zwickau. 20. Zſchopau-Marienberg: E. Roſenow, Schriftſteller, Berlin. 21. Annaberg-Eibenſtock: Ernſt Greuz, Former, Leipzig. 22. Reichenbach-Kirchberg: F. Hofmann, Zigarrenfabrikant, Chemnitz. 23. Plauen-Oelsnitz: Albin Geriſch, Maſchinenbauer, Berlin.

Tages-Bericht.

Montag, den 23. Februar.

Hamburg.

Wer hat die Mehrheit bei den Reichstagswahlen in Hamburg? „Es iſt eine Schande, daß 60 pZt. der Wähler Hamburgs ſich von etwa 40 pZt. ſozialiſtiſcher Wähler die Wahlkreiſe entreißen laſſen, nur weil nicht Alle ihre Pflicht thun“, ſchimpft Jemand, der auch mit dem Reichstagswahlverein unzufrieden iſt, im „Hamb. Correſp.“ Und das antiſemitiſche „Deutſche Blatt“ bemerkt dazu: „Es iſt unbegreiflich, daß man bei dieſer Sachlage immer noch nicht die deutſchſoziale Forderung der Wahlpflicht unterſtützt. Man beſtrafe Diejenigen, welche vor der kleinen Mühe des Wählens eine für Vaterſtadt und Vaterland ſo folgenſchwere Scheu haben, ebenſo wie man Diejenigen beſtraft, die ſich weigern, gewiſſe gemeinnützige Ehrenämter zu übernehmen, alſo mit Steuererhöhung. Und man wird ſehen, daß die Genoſſen nur ſo hinausfliegen.“

Iſt es ſchon unverfroren, einfach alle die Wahlberechtigten, welche nicht gewählt haben, ohne Weiteres als „Wähler der Ordnungsparteien“ zu eskamotiren, wie es die ordnungsparteilichen und antiſemitiſchen Rechenmeiſter thun, ſo iſt es noch unverfrorener, Angeſichts der Wahlſtatiſtik davon zu reden daß den 60 pZt. ordnungsparteilichen Wählern Hamburgs nur 40 pZt. ſozialdemokratiſche Wähler gegenüberſtehen. Bei der Wahl im Jahre 1898 haben von 129 620 Wählern in Hamburg 81 735, alſo über 63 Prozent, für die Sozialdemokratie geſtimmt und nur 47 885, alſo nicht ganz 37 pZt., für die „Ordnungsparteien“ inkl. Antiſemiten. Da die Zahl der in den Liſten eingetragenen Wahlberechtigten 185 133 betrug, entfielen auf die Sozialdemokratie 44 Prozent der Wahlberechtigten, auf die „Ordnungsparteien“ 25 Prozent, während 31 pZt. ſich an der Wahl nicht betheiligten.

Nun hat aber der bürgerſchaftliche Ausſchuß, der ſich mit der Frage einer Verbeſſerung der Reichstagswählerliſten beſchäftigte, nachgewieſen, daß die Zahl von 185 133 Wahlberechtigten nicht ſtimmt, daß vielmehr eine große Anzahl längſt Verſtorbener und von Hamburg Verzogener noch in den Liſten eingetragen war. An 10 000 ſolcher Fälle hat der Ausſchuß nachgewieſen, man kann aber getroſt die doppelte Zahl annehmen. Die Zahl der Wahlberechtigten ſchrumpft dadurch auf etwa 165 000 zuſammen. Unter Zugrundelegung dieſer Ziffer beträgt die Ziffer der ſozialdemokratiſchen Wähler aber rund 50 Prozent der Wahlberechtigten, die der ordnungsparteilichen Wähler 29 Prozent, die derjenigen Wahlberechtigten, die nicht gewählt haben, 21 Prozent. Dieſe 21 Prozent können die „Ordnungsparteien“ aber keineswegs ohne Weiteres alle für ſich in Anſpruch nehmen, und ſo ergiebt ſich denn, daß die Sozialdemokratie in Hamburg bei den Reichtagswahlen unter allen Umſtänden die Mehrheit hat!

Mit dem „Hinausfliegen der Genoſſen“ iſt es alſo nichts, auch nicht bei der „Wahlpflicht“.

Der Büdgetausſchuß der Bürgerſchaft für 1903 hat ſeinen Bericht fertiggeſtellt. Er beantragt die Genehmigung der Erhebung von ſieben Einkommenſteuer-Einheiten und die Hinausſchiebung der Beſchlüſſe über die Deckung des Defizits. Bevor der Bericht jedoch die Beſchlüſſe zu den einzelnen Poſten des Büdgets für 1903 erörtert, macht er einige allgemeine Bemerkungen, unter denen die folgenden hervorzuheben ſind. Zunächſt bedauert der Ausſchuß, daß das Büdget in der Regel ſo ſehr ſpät zum Abſchluß kommt, und ſchlägt deshalb vor, daß anſtatt des im Finanzplan vorgeſehenen Zeitraumes vom 1. Juli bis 30. Juni, nach welchem das Büdget für das nächſte Jahr gegenwärtig aufgeſtellt wird, in Zukunft die Zeit vom 1. April bis 31. März genommen und ihre Reſultate dem Büdgetentwurf zu Grunde gelegt werden. Sodann hebt der Ausſchuß mit Nachdruck hervor, daß es als nothwendig anzuſehen ſei, daß nach der nunmehr erfolgten pekuniären Beſſerſtellung der Beamten dieſe auch die achtſtündige Büreauzeit genau innehalten; er überläßt es jedoch dem Senat, die erforderlichen Kontrolmaßnahmen zu verfügen. Sodann ſtellt ſich der Ausſchuß auf den Standpunkt des Senats, daß die nach geſetzlicher Vorſchrift oder auf Grund beſtehender Verordnungen an die Hamburgiſche Staatskaſſe zu zahlenden Steuern, Abgaben und Gebühren, einſchließlich der Gerichtsgebühren, zukünftig vom Staate bezw. von den denſelben vertretenden Behörden im Allgemeinen nicht bezahlt werden ſollen; er iſt aber gleichzeitig der Anſicht, daß dieſer Erlaß, der das Schreibwerk der Behörden unter einander vermindern ſoll, auch konſequent durchgeführt werden müſſe, und Ausnahmen bei einzelnen Behörden ſollen in Zukunft nicht mehr geſtattet werden. Es wird des Ferneren als ſehr wünſchenswerth im fiskaliſchen wie im Verkehrsintereſſe bezeichnet, wenn bei den Arbeiten auf den Straßendämmen die einzelnen Behörden ſich und auch mit der Reichspoſtverwaltung verſtändigten, damit die fortwährende Straßenbuddelei aufhöre. Es iſt dies zugeſagt worden. Der Ausſchuß befürwortet ſodann die inzwiſchen bereits angenommene Einführung von Betriebsbüdgets der Staatsverwaltungen.

Aus der Theaterwelt. Im Schauſpielhauſe gelangt Dienstag Shakeſpeares „König Lear“ mit Schildkraut in der Titelrolle und im Uebrigen mit den Damen Doré, Marie Elſinger, Hruby und den Herren Forſt, Matthaes, Wagner, Burg, Biensfeldt ꝛc. zur Darſtellung. Für Mittwoch, Sonnabend und Sonntag Abend iſt „Der blinde Paſſagier“ angeſetzt. Donnerstag werden „Elektra“ und „Salome“, Freitag „Monna Vanna“ wiederholt. Sonntag Nachmittag geht bei ermäßigten Preiſen „Alt-Heidelberg“ zum 73. Male in Szene. — Im Stadt-Theater wird Dienstag „Der fliegende Holländer“, Mittwoch „Die Fledermaus“ gegeben, und zwar Beides zu großen Preiſen. — Im Thalia-Theater hat Herr Stockhauſen am Donnerstag Benefiz. Es wird „Raskolnikow“ aufgeführt, das Zabel-Koppel'ſche Schauſpiel nach Doſtojewskis Erzählung. Herr Stockhauſen führt die Regie und giebt die Titelrolle. — Im Carl Schultze-Theater geht am Mittwoch zum Benefiz der trefflichen Soubrette Jella Schreiter Carl Zellers „Vogelhändler“ zum erſten Male in dieſer Säſon als Abend-Vorſtellung in Szene. Beſonderes Intereſſe wird dieſe Aufführung durch die Mitwirkung von Marie Ottmann als „Kurfürſtin“ und Direktor Monti als „Adam“ erwecken. Die Benefiziantin ſingt die „Briefchriſtel“. Hermann Zumpes „Farinelli“ wird am Donnerstag zum 2. Mal wiederholt. Für Sonntag Nachmittag iſt ebenfalls Zumpes „Farinelli“ angeſetzt.

Der Buchdruckerverein in Hamburg-Altona (Gauverein des Buchdruckerverbandes) zählte nach dem ſoeben ausgegebenen Jahresbericht von 1902 am Jahresſchluß 1543 Mitglieder. An Werthpapieren hatte der Verein im Beſitz ℳ. 98 196,64. Die Einnahme der Allgemeinen Kaſſe belief ſich auf ℳ. 80 871,62 (wovon ℳ. 41 076,40 an Beiträgen, ℳ. 34 463,09 Uebertrag aus dem Vorjahr), die Ausgabe auf ℳ. 49 955,93, ſo daß ein Uebertrag von ℳ. 30 915,69 für 1903 herauskommt. Der Hauptpoſten der Ausgaben iſt der für Unterſtützung und Zuſchuß an Arbeitsloſe ꝛc., nämlich ℳ. 19 062,50. Die Verbandskaſſe (d. h. derjenige Zweig der Verwaltung, der die der Zentralorganiſation obliegenden Geſchäfte beſorgt) hatte ℳ. 90 665,10 Einnahme, darunter ℳ. 75 488,80 an Beiträgen, dagegen eine Ausgabe von ℳ. 33 289,25 für Arbeitsloſenunterſtützung, ℳ. 8443 für Reiſeunterſtützung, ℳ. 29 561,40 an Unterſtützung für vorübergehend und ℳ. 9866,50 für dauernd Erwerbsunfähige. Der Verein hat außerdem noch eine Wittwenkaſſe mit einer Einnahme von ℳ. 80 168,92, wovon ℳ. 66 025,92 auf das Jahr 1903 übertragen werden konnten. — Im Berichtsjahr zeigte die wirthſchaftliche Kriſe ihre Wirkung in der Zahl der Arbeitsloſen. Im Jahresdurchſchnitt ſind 96 Arbeitsloſe verzeichnet gegen 62 in 1899, 54 in 1900 und 84 in 1901; reiſende Verbandsmitglieder kamen durch Hamburg 1358 gegen 718 in 1899. 1902 wurde an Arbeitsloſenunterſtützung für am Orte Weilende ℳ. 52 351,75, für Reiſende ℳ. 10 387,25 gezahlt gegen ℳ. 19 193 und ℳ. 4403,70 in 1899!

Sturmwarnung. Die Seewarte veröffentlichte heute 4½ Uhr Nachmittags folgende Sturmwarnung für die ganze Küſte: Gefahr noch nicht vorüber. Signal hängen laſſen.

w. **Vom Hafen und von der Schifffahrt.** Der Schiffsverkehr in der vergangenen Woche ſtellte ſich wie folgt: Es paſſirten Cuxhaven ankommend 140 Dampfer und 7 Segelſchiffe, abgehend 167 Dampfer und 3 Segelſchiffe. Im Hamburger Hafen lagen heute Mittag 144 Dampfer und 40 Segelſchiffe, im Altonaer Hafen 6 Schiffe, im Harburger Hafen 22, im Glückſtädter Hafen 7, bei Brunshauſen 2 Schiffe und im Hafen von Cuxhaven 1 Schiff. Den Nordoſtſeekanal paſſirten 37 Seedampfer. — Der aufkommende Hamburger Dampfer „Paul Woermann“, welcher, von Weſtafrika kommend, am Sonnabend Abend in den Baakenhafen einlief, rannte beim Baakenhöft, unweit des großen Krahns 29 gegen die dortige Kaimauer. Dem Dampfer wurde das Heck beſchädigt, mehrere Platten wurden eingedrückt und das Ruder gebrochen. Die Mauer iſt beſchädigt worden. — Eine Kolliſion fand auf der Unterelbe beim erſten Feuerſchiff ſtatt. Dort begegneten ſich die von Penſacola kommende Bremer Bark „Willkommen“ und der von hier abgegangene Hamburger Dampfer „Licata“ der Rhederei Rob. M. Sloman, welcher nach dem Mittelmeer abging. Die beiden Schiffe paſſirten ſich mit voller Fahrt und berührten ſich mit ihren Steuerbordſeiten derartig, daß das Feuer davon flog. Von dem Schiffe „Willkommen“ ſind an der Steuerbordſeite die Wanten abgeriſſen worden. Welchen Schaden der Dampfer „Licata“ erhalten hat, iſt noch nicht bekannt, da derſelbe weiter gegangen iſt. Als die Bark dann nach Brunsbüttel kam, gerieth ſie mit dem däniſchen Dampfer „Omsk“ in Kolliſion. Hierbei hat das Schiff wiederum erheblichen Schaden erlitten und zwar hat es an der Backbordſeite und am Bug Platten eingedrückt, den Stampfſtock und die Gallion gebrochen und noch ſonſtigen Schaden am Vorderſchiff erlitten. Die Bark iſt einſtweilen bei Altona feſtgelegt worden, woſelbſt ſo viel von der Ladung gelöſcht wird, daß ſie durch den Köhlbrand nach Harburg geſchleppt werden kann. Welchen Schaden der däniſche Dampfer erlitten hat, iſt noch nicht bekannt, da dieſer die Reiſe fortſetzte. — Der Kieler Dampfer „Auguſt“, welcher am geſtrigen Tage von hier nach Harburg abging, gerieth im Köhlbrand auf Grund feſt. Dem Schleppdampfer „Fairplay II“ gelang es, den Dampfer abzubekommen, worauf er nach Harburg weiter ging, wo er bereits eingetroffen iſt. — Bei Finkenwärder gerieth der von hier abgegangene Dampfer „James Cameran“ feſt, indem er aus dem Steuer lief und auf ein Stack gerieth. Mit Hochwaſſer kam der Dampfer ohne fremde Hülfe ab und ſetzte ſeine Reiſe fort. Ob er Schaden im Boden erlitten, muß erſt feſtgeſtellt werden. — Der Hamburger Leichter „Neumünſter“, der ſich im Tau des Schleppdampfers „Goliath“ befand, rannte im Schiffbauerhafen gegen ein Bund Duc d'Alben und beſchädigte dieſe. Als das Schiff von den Pfählen frei war, rannte es gegen den Dampfer „Sardinia“ und brachte dieſem leichten Schaden bei. Der Leichter hat jedoch auf beiden Seiten Schaden an ſeinen Platten erhalten. — Der Dampfer „Adria“, welcher bei Papa an der griechiſchen Küſte geſtrandet iſt, konnte wieder abgebracht werden und hat die Reiſe fortgeſetzt. Ob der Dampfer Schaden im Boden erlitten hat, muß erſt die Beſichtigung ergeben.

w. **Der Weſtſüdweſtſturm auf der Nordſee** hat ſich noch nicht gelegt. Von der Seewarte iſt das Sturmſignal erneuert worden. Heute Morgen hatte ſich der Sturm gelegt und ſind viele Schiffe, die bei Cuxhaven vor Anker lagen, in See gegangen. Einige blieben jedoch liegen, die dem Frieden noch nicht trauten; dieſe behielten auch Recht, denn bald ſetzte der Sturm derartig wieder ein, daß viele von den ausgegangenen Schiffen zurückkamen. Hier hat ſich der Wind in letzter Nacht ziemlich gelegt, nachdem er recht viel Unheil angerichtet hatte. Im Hanſahafen hatte ſich die dort vertäut liegende Bark „Pomelia“ mit dem Hinterſchiff losgeriſſen und war abgetrieben. Hierbei ſind mehrere Oberländer Kähne, die dort lagen, ziemlich erheblich beſchädigt worden. Dem einen dieſer Fahrzeuge iſt durch eine Abbäumſpiere das Heck eingeſchlagen worden. Eine Hafenpolizeipatrouille, die mit ihrer Barkaſſe durch den Hafen fuhr, hat ſich an Bord begeben und die Schleppdampfer „Louiſe“ und „Humor“ herbeigerufen, welche das Schiff wieder an die Pfähle brachten, worauf es feſtgelegt wurde. — Im Köhlbrand iſt der mit Kohlen beladene Ewer „Maneling“, Schiffer Martens aus Ueterſen, durch Sturm zum Sinken gebracht worden. Der Schiffer befand ſich auf einem anderen Ewer zum Beſuch und konnte nicht auf ſeinen Ewer zurück kommen, als dieſer beim Verſinken nahe war. Der Beſtmann, welcher am Bord des Schiffes war, hat ſich muthmaßlich in das Beiboot an Land gerettet. — Am Afrikahöft iſt eine mit Ballaſt beladene Schute der Firma J. A. Reinecke auf Grund geſunken. — Ein bei H. C. Stülckens Dock liegender Donkey von C. Witt iſt voll Waſſer geſchlagen und geſunken. — Auf mehreren Stellen im Hafen ſind mit Kohlen beladene Schuten auf Grund geſunken. Die Taucher haben reichlich Beſchäftigung. — Bei dem Sturm hatten wir geſtern einen Waſſerſtand von 11 Fuß und in letzter Nacht, nachdem der Wind hier bedeutend abgeflaut war, einen Waſſerſtand von 8 Fuß 6 Zoll über Null.

w. **Nach ihrer Heimath abgefahren** iſt die Beſatzung des engliſchen Dampfers „Anglia“, der auf der Nordſee durch Kolliſion mit dem Dampfer „Olga“ zu Grunde gegangen iſt. Die Schiffbrüchigen ſind auf dem engliſchen Dampfer „Breslau“ von hier nach Leith abgegangen.

w. **Feuer im Hafen.** Auf einer im Grenzkanal liegenden Schute, die mit Unrath aus dem Dampfer „Lili Woermann“ beladen iſt, brach geſtern Morgen Feuer aus. Eine Patrouille der Hafenpolizei, die ſich in der Nähe des Fahrzeuges befand, konnte das Feuer löſchen und benachrichtigte dann die Feuerwehr.

w. **Dem Hafenkrankenhauſe zugeführt** wurde der Schiffsreiniger R. Ohm. Derſelbe glitt auf Deck des Dampfers „Carl Woermann“ aus und ſtürzte in den Raum. Der Mann hat bedeutende Verletzungen am Kopfe erlitten.

w. **Taucherarbeiten.** Eine mit Kohlen beladene Schute, die bei Kuhwärder geſunken war, der Ewerführerfirma W. Eichholz gehörig, iſt von dem Taucher Ad. Wichmann gehoben worden. — Derſelbe Taucher hat noch folgende Fahrzeuge gehoben: Eine Kohlenſchute, die im Süderkanal geſunken war; im Durchſtich eine Schute mit Sand und bei Stülckens Dock eine mit Erde beladene Schute, die von dem Schleppdampfer „Pauls u. Blohm“ angerannt und zum Sinken gebracht worden war. — Jetzt iſt der genannte Taucher dabei, den Leichter „Emma“ der Firma Wönkhaus u. Peters zu heben, der bei der Billhorner Brücke geſunken iſt.

w. **Der Dampfer „Sonneberg“** der Deutſch-Auſtraliſchen Dampfſchifffahrts-Geſellſchaft, welcher am 15. Dezember v. J. von hier über Antwerpen nach Melbourne abging, hätte ſchon vor einiger Zeit dort eintreffen müſſen, und war das lange Ausbleiben bereits beſorgnißerregend. Heute traf hier nun die Meldung ein, daß der „Sonneberg“ am 19. d. in Melbourne eingetroffen ſei.

w. **Einen Schaden an ſeiner Maſchine** erlitt der Schleppdampfer „Glückſtadt“ der Firma Schrader u. Wrede, welcher von hier mit einem Leichter im Tau ſeewärts abging. Da auf der Unterelbe ziemlich ſcharfer Wind herrſcht und der Schleppdampfer quer in den Strom treibt, iſt von Seiten der Beſatzung des Zollkreuzers „Wels“ telephoniſch Hülfe herbeigerufen.

w. **Der Hamburger Dampfer „Liſſabon“,** worüber wir in der Sonntagsnummer berichteten, hat nach der Mittheilung einiger Leute der Beſatzung während der Reiſe vom Mittelmeer nach hier kein ſchlechtes Wetter gehabt. Der Matroſe Heinrich Martſchin iſt am 17. d. nicht durch eine Sturzſee, ſondern in Folge eines Unfalles über Bord gefallen und hat ſeinen Tod durch Ertrinken gefunden. Der Dampfer traf am Sonnabend Morgen 8 Uhr hier im Hafen ein, und am Sonntag ſoll die in der Blumenſtraße 44, Altona, wohnende Mutter noch keinen Beſcheid von der Rhederei gehabt haben. Vor etwa 1½ Jahren hat die Frau ebenfalls einen Sohn auf See verloren. Dieſer obengenannte 22jährige junge Mann war die letzte Stütze der bedauernswerthen Mutter.

Unglücksfälle. Beim Abſpringen von einem Straßenbahnwagen kam ein am Klingberg wohnender Nieter zu Fall und verletzte ſich am Hinterkopf. Er wurde im Hafenkrankenhauſe verbunden. — Durch einen Sturz von der Treppe in einem Hauſe in der Steinſtraße zog ſich am Sonntag Morgen die an der Drehbahn wohnende Arbeiterin Marie Lange ſchwere Verletzungen zu. Sie fand Aufnahme im Hafenkrankenhauſe.

Feuermeldungen. Am Sonnabend Abend 6½ Uhr Louiſenweg 149 Schornſteinbrand; desgleichen um 7½ Uhr Finkenau 8; um 7½ Uhr Lincolnſtraße 7; um 8½ Uhr Claus Grothſtraße 57; um 9 Uhr Mundsburgerdamm 37 und um 9½ Uhr Grabenſtraße 11.

In Haft kamen: am 20. d. M. ein Reiſender aus Niederöſterreich, der in verſchiedenen Geſchäften für 5 ₰ Waare kaufte, zehn Pfennige hinlegte und dann behauptete, ℳ. 1 in Zahlung gegeben zu haben; ein Kontorbote, der bei der Oeſterreichiſchen Nordweſt-Dampfſchifffahrtsgeſellſchaft ℳ. 215 unterſchlagen und ſich jetzt ſelbſt geſtellt hat; ein 19jähriger Kutſcher, der, als er zur Weihnachtszeit bei der Poſt Packete ausfuhr, fünf Packete unterſchlagen hat; ein Logisſchwindler, der am Herrengraben und auf der Caffamacherreihe Logis miethete, Schulden machte und dann verduftete; eine vorbeſtrafte obdachloſe Arbeiterin, die einem Schneidergeſellen ℳ. 20 aus der Hoſentaſche entwendet haben ſoll; ein Ewerführertagelöhner, der aus zwei Kaffeeſäcken in einer Schute ſechs Pfund Kaffee entwendet hat, wovon man drei Pfund in ſeiner Hoſe verſteckt vorfand; ein Schiffskoch, der im November v. J. für ein engliſches Schiff anmuſterte, die Heuernote mit der Unterſchrift des Kapitäns fälſchte und ſie dann für ℳ. 50 bei einem Wirth in der Markusſtraße in Zahlung gab; ein Kohlenvize, der mit einem 6jährigen Knaben unſittliche Handlungen begangen haben ſoll.

Diebſtähle. Geſtohlen wurden: in der Nacht zum Sonntag am Hofweg 48 mittels Einbruchs durch ein Kellerfenſter ℳ. 1 Kupfergeld, 20 bis 30 Ledertücher, Zigarren, Anſichtskarten und Chokolade im Geſammtwerthe von M. 150, während mehrere Doſen Bonbons und Sardinen, nachdem die Diebe den Inhalt gekoſtet, auf den Fußboden geworfen und zertreten worden ſind; Weidenſtieg 1 eine ſilberne Damenuhr; Streſowſtraße 86 vom Küchenbort eine ſilberne Damenuhr Nr. 9273; einem Leichtmatroſen auf dem Dampfer „Calabria" ein Jackeanzug im Werthe von M. 36 mit Legitimationspapieren, einem anderen Matroſen ein faſt neuer Anzug, muthmaßlich durch einen 19jährigen Menſchen; am 20. d. M. aus einem Schaukaſten Roſenſtraße 2 zehn Paar Fußzeug für Herren, Damen und Kinder; am 20. d. M. Paulſtraße 30 Einbruchsverſuch; am 19. d. M. Ferdinandſtraße 55 aus einem Kontor ein Damenportemonnaie mit M. 60 bis 70; Roſenſtraße 26 mittels Nachſchlüſſels zwei Schürzen, drei Blouſen, eine Damenhoſe, zehn Damenhemden und eine Häkelarbeit, Werth insgeſammt M. 40, muthmaßlich durch zwei 16—19jährige Arbeiter, die in einer Wirthſchaft in der Niedernſtraße verkehren, Neuer Steinweg 69, Haus 1, ein ſchwarzer Winterumhang im Werthe von M. 12.

Altona.

Rektor Schmarje als Anarchiſt. In einer Wählerverſammlung in Lokſtedt am Freitag voriger Woche entwickelte der nationalliberale Kandidat für den 6. Schlesw.-Holſt. Wahlkreis, Rektor Schmarje aus Altona, ſein Programm und wetterte dabei auch weidlich gegen die Sozialdemokratie. Unter Anderem ſagte er nach den Berichten der bürgerlichen Preſſe: „Das Ziel der internationalen und revolutionären Sozialdemokratie ſei — trotz aller bei den Wahlagitationen beliebten Verſchleierungen — der ſozialdemokratiſche Zukunftsſtaat mit ſeiner Organiſation der Arbeit. Das bedeute aber nicht Fortſchritt, ſondern kulturellen und wirthſchaftlichen Rückſchritt und was ſchlimmer ſei: eine unerträgliche Einſchränkung der perſönlichen Freiheit."

Rektor Schmarje ſcheint danach unter die Anarchiſten gegangen zu ſein, denn auch dieſe wollen bekanntlich von einer „Organiſation der Arbeit nichts wiſſen, weil ſie darin eine „unerträgliche Einſchränkung der perſönlichen Freiheit" erblicken. Wir wiſſen nicht, ob wir den Anarchiſten zu dieſer Akquiſition gratuliren oder kondoliren ſollen.

Betreffs Tanzabgaben macht der Magiſtrat Folgendes bekannt: „Gemäß Ziffer 3 und 5 der Steuerordnung, betreffend die Erhebung ſtädtiſcher Tanzabgaben in Altona, haben die Unternehmer (Wirthe, Vereinsvorſtände, Privatperſonen ꝛc.), ſowie diejenigen Perſonen, welche ihre Lokale zur Abhaltung der abgabepflichtigen Luſtbarkeiten einräumen, dieſelben ſpäteſtens Tags zuvor dem Magiſtrate bezw. dem von ihm beſtellten Kommiſſare unter Angabe der Dauer und des Lokals anzuzeigen. Mit Beziehung hierauf wird hiermit bekannt gemacht, daß als „Kommiſſar des Magiſtrats" der Herr Bürgermeiſter Geheime Regierungsrath Roſenhagen von uns beſtellt iſt."

Um die Karten zum Volkskonzert, das am Donnerstag Abend im „Kaiſerhof" ſtattfindet, haben ſich die Leute förmlich geriſſen. Dieſelben wurden nur in der Muſikalienhandlung von Herkules Hinz in der Königſtraße ausgegeben und ſind bereits geſtern vollſtändig vergriffen worden. Ob ſie wirklich in die Hände der Minderbemittelten gekommen ſind, wie die Veranſtalter das angeblich wünſchen, dürfte ſehr die Frage ſein.

Die Klage des Herrn Eſch gegen die Ungültigkeitserklärung ſeiner Wahl zum Stadtverordneten durch das hieſige Stadtverordnetenkollegium wurde heute vor dem Bezirksausſchuß in Schleswig verhandelt. Beſchloſſen wurde, Beweiserhebungen über die Unregelmäßigkeiten, die bei der Wahl ſtattgefunden und zur Ungültigkeitserklärung der Wahl des Herrn Eſch geführt haben, ſtattfinden zu laſſen.

Die Zwangsverſteigerung der „Flora" und des Geſellſchaftshauſes „Thalia" in Ottenſen fand heute vor dem Amtsgericht ſtatt. Für die „Flora" gab die Volksbank ein Gebot von M. 50 000 über die angeblich auf M. 1 300 000 ſich belaufende Hypothekenlaſt ab. Der Zuſchlag erfolgt am 21. März, Vormittags 11 Uhr. Iſt der Zuſchlag ertheilt, ſo kann die Volksbank ſagen, daß ihr das Etabliſſement ungefähr M. 1 400 000 koſtet. — Für das Geſellſchaftshaus „Thalia" hat der frühere Beſitzer deſſelben, der Privatier Ahrendt, das Höchſtgebot von M. 72 010 abgegeben. Der Zuſchlag erfolgt am 28. Februar, Vormittags 11 Uhr.

In einer Verſammlung des Altonaer Hafenvereins, in der man ſich mit kommunalen Angelegenheiten beſchäftigte, übte man theilweiſe recht ſcharfe Kritik an verſchiedenen Vorkommniſſen der letzten Zeit und auch an verſchiedenen Verhältniſſen. Die Verſammlung ſprach ihr Bedauern darüber aus, daß die kürzlich erfolgten Gehaltserhöhungen derartig beſchleunigt worden ſeien, daß es den Bürgern nicht möglich geweſen ſei, in den kommunalen Vereinen Stellung dazu zu nehmen und etwaige Wünſche zum Ausdruck zu bringen. Von Herrn Karl Harz wurde folgender Antrag geſtellt: „Der Altonaer Hafenverein erſucht Magiſtrat und Stadtverordnete, das Gehalt aller ſtädtiſchen Unterbeamten und Arbeiter pro Tag um 50 ₰ zu erhöhen und zur Deckung dieſer Mehrausgaben zu verwenden: 1) Das Mehreinkommen aus der Aenderung des Verhältniſſes zwiſchen der Stadt und dem Fiſchauktionator und 2) die Erſparungen, welche man zweifellos aus der Anwendung des Submiſſionsverfahrens beim Einkauf aller für ſtädtiſche Betriebe gebrauchten Steinkohlen erzielen wird." Dieſer Antrag ſoll in der nächſten Verſammlung zur Abſtimmung kommen. Jedoch wurde beſchloſſen, dahin zu wirken, daß die Steinkohlen für den Bedarf der Stadt, wie das überall der Fall ſei, im Submiſſionsverfahren eingekauft werden.

Wegen ſtrafbaren Eigennutzes hatte ſich heute vor dem Landgericht der Fuhrmann Johann Chriſtoph Friedrich Sch. aus Wandsbek zu verantworten. Er kaufte im Jahre 1900 von einer Wittwe ein Fuhrgeſchäft für M. 9500 und zahlte M. 5000 an. Der Reſt ſollte in jährlichen Raten von M. 500 getilgt werden. Bis zur völligen Tilgung der Kaufſumme wahrte ſich die Verkäuferin das Eigenthumsrecht an dem vorhandenen Inventar. Im Herbſt 1901 trat der bekannte Straßenbauunternehmer Frank in die Rechte der Frau ein und in dem geſchloſſenen Vertrage wurde beſonders ſtipulirt, daß Sch. von dem vorhandenen Inventar, beſtehend in 6 Pferden, 9 Blockwagen, verſchiedenen anderen Wagen und 8 Pferdegeſchirren, ohne den Willen des Eigenthümers nichts veräußern dürfe. Entgegen dieſer Vorſchrift ſoll der Angeklagte in der letzten Hälfte des vorigen Jahres 1 Rollwagen, 2 Blockwagen, 3 andere Wagen, 3 Pferde und 6 Pferdegeſchirre verkauft und den Erlös für ſich verbraucht haben. Hierdurch ſoll er ſich ſtrafbar gemacht haben. Der Angeklagte beſtritt, daß es drei Pferde geweſen ſeien, die er verkauft habe, war aber im Uebrigen geſtändig. Er will ſich in Noth befunden und auch Forderungen an F. gehabt haben, die er angeblich nicht bekommen konnte. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten 2 Wochen Gefängniß und das Gericht erkannte dieſem Antrage gemäß.

Meſſerſtechereien. Geſtern Abend gerieth ein Arbeiter in der Thalſtraße mit einem anderen Manne in Streit und brachte im Verlaufe deſſelben ſeinem Gegner mehrere Meſſerſtiche bei. Nach dieſer Heldenthat nahm er Reißaus, wurde aber verfolgt, in Altona ergriffen und zur Haft gebracht. Eine gleiche That wurde geſtern Abend in der Konradſtraße, ebenfalls von einem Arbeiter, ausgeführt. Derſelbe ſtach ſeinen Gegner mit einem Meſſer in den Kopf und verwundete ihn ſo ſchwer, daß ärztliche Hülfe herbeigeholt werden mußte. Der Thäter wurde verhaftet.

Theure Bekanntſchaft. Ein ſchwediſcher Seemann lernte am Sonnabend ein Mädchen kennen und unternahm mit demſelben eine Spritztour durch verſchiedene Wirthſchaften und Cafés. Bei dieſer Gelegenheit nahm die Dame es wahr, dem ſplendiden Jan Maat M. 200 aus der Taſche zu ſtehlen. Dann rückte ſie aus, wurde ſpäter aber ermittelt und verhaftet. Sie iſt ein unter ſittenpolizeilicher Kontrole ſtehendes Mädchen.

Verhaftet wurden von der Kriminalpolizei ein aus Chemnitz geflüchteter Schneider, der ſich dort der Unterſchlagung ſchuldig gemacht haben ſoll und deshalb ſteckbrieflich verfolgt wurde, und ein von Berlin aus wegen Diebſtahls verfolgter Kellner.

Fortgeſetzter Diebereien ſollen ſich die Weinküferlehrlinge Heinrich Matthias Adolf B. und Johann Heinrich Hermann Max He. zum Nachtheil ihres Lehrherrn, des Weinhändlers H., ſchuldig gemacht haben, weshalb ſie ſich vor dem Landgericht zu verantworten hatten. Mitangeklagt war der Bote Wilhelm Albert Eduard Ha. wegen Hehlerei. Den erſten beiden Angeklagten wurde vorgeworfen, daß ſie ihrem Lehrherrn nach und nach für etwa M. 300 Wein geſtohlen haben, während der dritte Angeklagte beſchuldigt wurde, von dem Wein verſchiedene Quantitäten, von welchen er wußte, daß ſie veruntreut waren, an ſich gebracht zu haben. Der Staatsanwalt hielt die Angeklagten im Sinne der Anklage überführt und beantragte gegen B. 9 Monate, gegen He. 6 Monate und gegen Ha. 4 Monate Gefängniß. Der Gerichtshof verurtheilte B. und He. wegen Untreue zu 3 bezw. 2 Monaten und Ha. wegen Hehlerei zu 2 Wochen Gefängniß.

Bedeutende Diebſtähle wurden in der letzten Zeit in Schuhfabriken in Ottenſen in der Papenſtraße, in Ueterſen und in Pinneberg ausgeführt. Unter dem Verdacht, an den Diebſtählen betheiligt geweſen zu ſein bezw. ſich der Hehlerei ſchuldig gemacht zu haben, wurden acht Männer und eine Frau von der hieſigen Kriminalpolizei in Haft genommen.

Wandsbek.

× **Die öffentliche Bauhandwerkerverſammlung,** welche zu Sonnabend Abend nach dem Behn'ſchen Lokale einberufen war und ſich mit dem Bauarbeiterſchutzkongreſſe beſchäftigen ſollte, war, wohl in Folge des überaus ungünſtigen Wetters, ſo ſchlecht beſucht, daß man Vertagung beſchloß.

× **Eine Sitzung der ſtädtiſchen Kollegien** findet bereits wieder am Freitag, 27. d. M., Abends 7 Uhr, ſtatt. Die reichhaltige Tagesordnung lautet: 1) Rechnung der Armenverwaltung für 1901. 2) Rechnung der Entwäſſerung für 1901. 3) Feſtſetzung des Hinſchenfelder Fonds. 4) Einfriedigung des Schulgrundſtücks an der Kurzen Reihe. 5) Jahresbericht des Krankenhauſes. 6) Nachbewilligungen. 7) Feſtſetzung eines Sielbeitrages nach § 24 der Satzungen. 8) Generalabrechnung der Entwäſſerung. 9) Eiſenbahnangelegenheiten. 10) Wahl eines Mitgliedes der Schulkommiſſion. 11) Geſchäftliche Mittheilungen.

× **Bevölkerungsſtatiſtik.** In der Zeit vom 1. bis 15. Februar gelangten beim Standesamte Wandsbek I zur Anzeige 22 Geburten, darunter eine uneheliche; und 12 Sterbefälle; Aufgebote wurden 5 erlaſſen; Eheſchließungen fanden 3 ſtatt.

× **Der Sturm,** welcher am Sonnabend Abend tobte, hat allerlei Verwüſtungen angerichtet, namentlich an den Dächern. In der Johannesſtraße wurde ein Schornſtein umgeworfen. Auf dem Kirchhofe ward eine ſtattliche Trauerweide entwurzelt.

× **Entbehrungslöhne.** Die Lederfabrik A.-G. erzielte im verfloſſenen Jahre einen Reingewinn von M. 110 992,93. Davon werden M. 100 000 als fünfprozentige Dividende den Aktionären ausgekehrt, M. 4828,52 erhalten Vorſtand und Aufſichtsrath als Tantième. Der Jahresbericht verweiſt auf die Gefahren, welche durch die von der Reichstagsmehrheit beſchloſſenen „ruinöſen" Gerbſtoffzölle der geſammten Lederinduſtrie drohen.

× **Feuer.** Im „Wandsbeker Hof" entſtand am Freitag ein Feuer, durch welches das Eßzimmer betroffen wurde. Daſſelbe brannte vollſtändig aus.

Harburg und Wilhelmsburg.

Eine große Volksverſammlung wird ſich am Dienstag, 24. Februar, bei Herrn H. Siebert am Reiherſtieg mit den „Beſtrebungen des Wirthſchaftlichen Schutzverbandes" beſchäftigen. Für die Wilhelmsburger Arbeiter iſt die Verſammlung von der größten Wichtigkeit, weil der W. Sch. nun offiziell ſeinen Einzug auf unſerer Inſel gehalten hat. Kein ehrlicher Arbeiter, dem es ernſt um die Verbeſſerung ſeiner Lage zu thun iſt, und der über die freiheitsfeindlichen Beſtrebungen dieſes Vereins und die von ihm geübten terroriſtiſchen Mittel zur Erreichung ſeines Zweckes Aufklärung erhalten will, darf daher in der präziſe 8½ Uhr beginnenden Verſammlung fehlen.

r **Diebſtahl.** Dem Schiffbauer S., wohnhaft in der Meyerſtraße in Wilhelmsburg, wurde aus ſeinem auf dem Vorplatz ſeiner Wohnung ſtehenden Kleiderſchrank ein Jacket geſtohlen. In demſelben befand ſich die Sammelliſte Nr. 62 zur Deckung der Unkoſten zur Reichstagswahl im 17. Hannover'ſchen Wahlkreiſe (Wilhelmsburg). Gezeichnet iſt auf der Liſte noch nichts. Es wird gebeten, auf die Sammelliſte Nr. 62 nicht zu zeichnen, ſondern den Inhaber derſelben anzuhalten.

r **Hühnerdiebſtahl.** Dem Bewohner B. am Vogelhüttendeich wurden drei Hühner und ein Hahn geſtohlen. Von dem Diebe fehlt jede Spur.

Schleswig-Holſtein.

y. **Stellingen-Langenfelde.** Die Aushebung der Militärpflichtigen hieſiger Gemeinde findet am Dienstag, 24. März d. J., Vormittags 7 Uhr, in der Gaſtwirthſchaft von Reiß in Eidelſtedt ſtatt. Reklamationen um Befreiung reſp. Zurückſtellung kommen für die hieſige Gemeinde erſt am 8. April d. J. in Pinneberg, Fiſchers Gaſthof, zur Verhandlung. Auch gilt dieſer Geſtellungstermin für die ortsanweſende ſeemänniſche Bevölkerung, ſofern ſie nicht ausdrücklich von demſelben entbunden iſt. — Der Omnibusverkehr zwiſchen Altona und Eidelſtedt, der vor Jahresfriſt nach kurzer Betriebsdauer als nicht rentabel wieder eingeſtellt wurde, ſoll nunmehr im April d. J. wieder eröffnet werden. Der Agent R. hierſelbſt hat ſämmtliche Wagen der früheren Geſellſchaft angekauft, um den Betrieb wieder zu eröffnen. — Wie verlautet, ſoll demnächſt der Betrieb der Altona-Kaltenkirchener Eiſenbahn in einen elektriſchen umgeſtaltet werden, jedoch ſoll das alte Geleiſe bleiben, was aber noch nicht dem Verlangen der hieſigen Bevölkerung entſpricht. Bei dem ſtarken Verkehr auf der Kielerſtraße müßte das Geleiſe nach der Mitte des Fahrdammes verlegt werden, dann würde mancher Unfall vermieden werden können.

k. **Schönningſtedt.** Gegen den Entſcheid des Kreisausſchuſſes, betreffend Ungültigkeitserklärung der Gemeindevertreterwahl, iſt vom Genoſſen F. Amtage jr. Berufung beim Bezirksausſchuß in Schleswig eingelegt worden. Ob auch dieſer die entgegen den Beſtimmungen der Landgemeindeordnung erfolgte Wahl beſtätigen wird, bleibt eine offene Frage. Nach Lage der Sache müßte jedoch nach unſerem Dafürhalten die Wahl unter allen Umſtänden beſeitigt werden, wenn den Geſetzwidrigkeiten der leitenden Gemeindeorgane nicht Thür und Thor geöffnet werden ſoll.

Itzehoe. In der Sitzung des Aufſichtsrathes der Mechaniſchen Netzfabrik und Weberei Aktien-Geſellſchaft wurde beſchloſſen, der Generalverſammlung eine Dividende von 12 Prozent in Vorſchlag zu bringen.

Kiel. Durch Mißhandlung taub geworden iſt der Musketier Volkmeier vom 3. Bataillon des Infanterie-Regiments Nr. 85 (Herzog von Holſtein). Dieſer Mißhandlung, ſowie der Mißhandlung von Untergebenen in weiteren 11 Fällen iſt der noch junge Unteroffizier Gorghan ſchuldig. Von zwei Aerzten wurde übereinſtimmend befundet, daß V. auf einem Ohr völlig taub und auf dem andern Ohr nur dann ein ganz wenig hören kann, wenn er ein Hörrohr benutzt und man in dieſes hineinſchreit. Im Sinne des Geſetzes iſt Volkmeier vollſtändig taub. Das Kriegsgericht, das ſpät Nachmittags im Stationsgericht tagte, ſetzte für die elf leichten Fälle von Mißhandlung je 14 Tage Mittelarreſt und für den Fall Volkmeier 1 Jahr 4 Monate Gefängniß feſt. Daraus bildete es eine Geſammtſtrafe von 1 Jahr 6 Monaten Gefängniß und ſprach ſodann über den Angeklagten die Degradation aus. In den Gründen führte der Verhandlungsführer aus, daß man bezüglich des Falles Volkmeier noch mildernde Umſtände zugebilligt habe, weil er die That in der Erregung begangen. Wenn die That eine überlegte geweſen, dann wäre auf Zuchthaus erkannt worden.

× **Ratzeburg.** Konſervative Wahlvorbereitungen. Der ſehr fromme konſervative Schlußantragsfabrikant Stockmann erzählte jüngſt im Reichstage ein erbauliches Hiſtörchen von Arbeitern aus dem 9. ſchleswig-holſteiniſchen Wahlkreiſe, welche 1874 ſozialdemokratiſch gewählt hätten, 1877 aber, der beſſeren Einſicht folgend, zu den konſervativen Fleiſchtöpfen zurückgekehrt wären. Dieſe „beſſere Einſicht" wurde bekanntlich durch brutale Maßregelung von Hunderten verheiratheter Tagelöhner, durch eine gewaltſam hervorgerufene „Landflucht" und durch die Drohung erzielt, ſo viele Arbeiter brotlos zu machen, wie „rothe" Zettel in den Urnen gefunden würden. Das Mittel half; Graf Holſtein trat an Otto Reimers Stelle in's Parlament dank dem „freien" Wahlrecht. Auch im bevorſtehenden Wahlkampfe ſcheinen die Konſervativen ähnlich verfahren zu wollen. Der zehnte Kreis iſt ſtark gefährdet; es erſcheint nicht ausgeſchloſſen, daß der Graf Bernſtorff durch unſeren Genoſſen Leſche verdrängt wird. Dem ſuchen die Ordnungsſtützen vorzubeugen, und ſo hat man denn beiſpielsweiſe in der Ratzeburger Gegend allen ſozialdemokratiſchen Vertrauensperſonen reſp. denjenigen Arbeitern, die mit dem Vertrauensmanne in Ratzeburg in Verbindung ſtehen, zu Oſtern gekündigt. Echt konſervativ! Aber Anno 1903 wird die Wirkung eine andere ſein als vor einem Vierteljahrhundert! Heute peitſchen ſolche Junkerſtreiche auch die Blödeſten auf gegen das konſervative Regiment.

Deutſcher Reichstag.

Berlin, 23. Februar 1903.

265. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstiſch: Graf Poſadowsky.

Die zweite Berathung des Etats des Reichsamts des Innern wird beim Kapitel Geſundheitsamt fortgeſetzt.

Hierzu liegen folgende Reſolutionen vor. Abg. Sachſe u. Gen. (SD.) beantragen: Der Reichskanzler möge der im Ruhrkohlenrevier bereits beſtehenden Kommiſſion zur Bekämpfung der gefahrdrohenden, zum Schaden auch der Geſammtbevölkerung ſtark um ſich greifenden Wurmkrankheit unter den Bergleuten wiſſenſchaftliche Kräfte und Mittel des Reiches zur Verfügung ſtellen und dem Reichstage über die getroffenen Maßnahmen und deren Erfolg Bericht erſtatten.

Abg. Baumann (NL.) und Dr. Dahlem (Z.) und Genoſſen beantragen: Der Reichstag möge den Reichskanzler erſuchen, daß nach Maßgabe des § 10 des Weingeſetzes vom 24. Mai 1901 im Sinne der am 9. Mai 1901 vom Reichstage angenommenen Reſolution, welche die Ueberwachung des Verkehrs mit Nahrungs- und Genußmitteln nach einheitlichen Grundſätzen, ſowie durch Beſtellung von beſonderen Beamten hierfür regeln ſoll, Rechnung getragen werde.

Antrick (SD.): Ich muß bei dieſer Gelegenheit wieder hinweiſen auf den Mangel an Krankenhäuſern überhaupt und die in ihnen beſtehenden Mißſtände. Bisher iſt von Seiten der Regierung auf dieſem Gebiete noch ſehr wenig geſchehen. Zunächſt eine allgemeine Bemerkung. Es iſt uns der Vorwurf gemacht worden, daß wir zu viel und zu lange reden. Warum thun wir das denn? Wir bringen doch unſere Beſchwerden nur vor, damit den Schäden abgeholfen werde. Wenn aber die Regierung und die einzelnen Parteien ſich nicht dazu herbeilaſſen, Abhülfe zu ſchaffen, dann müſſen wir ſelbſtverſtändlich im nächſten Jahre wieder kommen, unter Umſtänden mit denſelben Reden. Wenn Sie alſo nicht wollen, daß wir hier ſo oft das Wort ergreifen, dann tragen Sie Ihr Theil dazu bei, daß dieſe Schäden beſeitigt werden. Man ſollte meinen, daß die Volksgeſundheit, das koſtbarſte Gut des Volkes, von der Regierung und allen Parteien gepflegt werden ſollte. Aber weit gefehlt! Wie iſt man nicht jedem ehrlichen Wollen auf dieſem Gebiete mit allen Mitteln der Lüge und Verleumdung entgegengetreten. Eins der beliebteſten Mittel gegen den unliebſamen Mahner iſt, zu unterſuchen, ob nicht etwa unter den vorgetragenen Fällen ein einziger iſt, bei dem eine kleine Unrichtigkeit unterlaufen iſt. Ich rede doch hier aber nicht, um die Krankenanſtalten zu diskreditiren, ſondern weil mir gar kein anderes Mittel zu Gebote ſteht, um Abhülfe zu ſchaffen. Bis jetzt habe ich noch nicht gehört, daß ein Abgeordneter in den Einzellandtagen die Regierung interpellirte über die furchtbaren Mißſtände, die ich zur Sprache gebracht habe. So lange dies nicht geſchieht, muß ich weiter die Tribüne des Reichstages benutzen. Würde ich nur allgemeine Klagen vorbringen, ſo würde man Beweiſe verlangen. Komme ich nun mit einzelnen Fällen, dann ſagt man, die ſind nicht ſtichhaltig, denn in dem und dem Falle haſt Du etwas Anderes dargeſtellt, als es thatſächlich ſteht. Es iſt aber unmöglich, Erhebungen anzuſtellen, ohne daß Irrthümer unterlaufen. Das paſſirt ſogar den hochgeſtellten Miniſtern, denen doch der ganze Verwaltungsapparat zur Verfügung ſteht. Ich erinnere nur daran, was für Irrthümer dem Miniſter des Innern von Hammerſtein im preußiſchen Landtage bei der Darſtellung der Polizeiſchweinereien unterlaufen ſind. (Zuruf b. d. Nationalliberalen: Drücken Sie ſich doch etwas gebildeter aus!) So hatte ich im vorigen Jahre mitgetheilt, daß ein Kranker Namen Arens aus der Kgl. Augenklinik in's Waſſer gegangen ſei. Der Mann hieß aber nicht ſo, ſondern Inſel, und ſo konnte mir einfach geantwortet werden, es iſt nicht wahr, daß ein Kranker Namens Arens in's Waſſer gegangen iſt. Die Hauptſache wird immer ſein, daß das Weſentliche richtig iſt. Ich verwahre mich dagegen, daß ich gefliſſentlich, aus reiner Skandalſucht, hier die Mißſtände unſeres öffentlichen Krankenweſens zur Sprache bringe. Es iſt notoriſch, daß die Zahl unſerer Krankenhäuſer auch in normalen Zeiten nicht ausreicht. So fehlen in Berlin etwa 1000 Betten. Dicht vor den Thoren Berlins iſt es noch ſchlimmer. Das Dorf Lichtenberg mit ſeinen 45 000 Bewohnern hat kein Krankenhaus und auch keine Ausſicht dazu. Ein liberales Mitglied der dortigen Gemeindevertretung hat geſagt, man ſolle die Kranken im Armenhauſe unterbringen. Auch Rixdorf mit 100 000 Einwohnern hat kein Krankenhaus. Die Zuſtände dort ſind ein öffentlicher Skandal. Für Rixdorf ſind 50 Betten im Britzer Krankenhauſe reſervirt. Außerdem ſind zwei Baracken, aber ohne ſtändigen Arzt, vorhanden. In der einen Baracke werden hauptſächlich Proſtituirte untergebracht. Sie haben aber dort in regelrechtem Verkehr mit ihren Zuhältern geſtanden, die ſie mit Leckereien und Eßwaaren verſorgten. Ja, ein Mädchen wollte dort ihrem Gewerbe nachgehen, und nur der Zuhälter verhinderte es. (Hört! hört!) Als das in die Oeffentlichkeit kam, hat die Gemeinde einfach beſchloſſen, einen höheren Zaun um die Baracke aufzuführen. (Heiterkeit.) Noch ſchlimmer ſcheint es in Köln a. Rh. zu ſtehen. In kurzer Zeit habe ich von dort aus Aerzte- und Bürgerkreiſen 28 Zuſchriften bekommen. Die Dinge liegen dort ſo, daß unbedingt die Regierung einſchreiten muß, weil ſie eine öffentliche Gefahr geworden ſind. Das Auguſtahoſpital hat über 400 Betten, aber keinen Operationsſaal, keine Inſtrumente, keinen Chirurgen. Die Kranken, die operirt werden ſollen, müſſen in's Bürgerhoſpital geſchafft werden, oder wenn das nicht geht, muß der Oberarzt des Bürgerhoſpitals mit ſeinen Inſtrumenten in's Auguſtahoſpital kommen und dort operiren. Ein Operationsraum aber iſt nicht vorhanden. Das Bürgerhoſpital hat 490 Betten und nur einen Oberarzt. Die Stadtverordneten und Aerzte in Köln haben ſich wiederholt damit beſchäftigt und es ſind verſchiedene Denkſchriften darüber erſchienen. Der leitende Arzt iſt 60 Jahre alt, hat nur einen Aſſiſtenten und eine große Privatpraxis. Er ſelbſt hat erklärt, er fühle ſich durchaus nicht überlaſtet und könne jeden Kranken täglich beſuchen und ſprechen. Nach meiner Berechnung ſtänden ihm für jeden Kranken 0,9 Minuten zur Verfügung. Kein einziges anderes Krankenhaus in Deutſchland hat einen ſolchen Mangel an Aerzten. Außerdem hat der leitende Arzt noch die Oberaufſicht über die Lindenburg, das dritte ſtädtiſche Hoſpital in Köln. Dort giebt es 220 Betten, es liegen dort Geſchlechts- und Hautkranke, aber es iſt für alle dieſe Kranken kein Spezialarzt vorhanden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In einer Annonce wurde ein Aſſiſtenzarzt geſucht für dieſe Anſtalt, dem M. 900 Jahresgehalt neben freier Station angeboten wurden. Der Betreffende ſolle Gelegenheit haben, ſich als Spezialarzt auszubilden. Das iſt direkt Vorſpiegelung falſcher Thatſachen, denn zur Ausbildung gehört doch Einer, der ausbildet; ein ſolcher Spezialiſt iſt aber, wie geſagt, nicht vorhanden. Der Magiſtrat muß gezwungen werden, wenigſtens die berechtigtſten Forderungen der Aerzte zu erfüllen. Die Trennung der Hoſpitäler gefährdet häufig direkt das Leben der Patienten entweder durch den nothwendig werdenden Transport oder dadurch, daß nicht ſchleunigſt genug bei Komplikationen der Chefarzt herbeigeholt werden kann. Vor mir liegt die Beſchwerde eines Vaters, der ein blühendes Kind durch dieſe Mißände verloren hat. Der Vater theilt mir mit, daß die Barackenlager für Infektionskrankheiten in gradezu elendem Zuſtande ſich befinden. Baracken für Maſern und Keuchhuſten giebt es überhaupt nicht. Die mit dieſen Krankheiten behafteten Kinder werden zwiſchen Erwachſenen in die Baracken gelegt. Bei überfüllten Baracken haben ſchon zwei Kinder in einem Bett liegen müſſen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es giebt Baracken, die nicht einmal eine Badeeinrichtung haben. Hier ſollte die Regierung wirklich auf Grund des Reichsſeuchengeſetzes einſchreiten. In dem oben erwähnten Falle iſt vier Tage nach Entlaſſung der 7jährigen Tochter des Betreffenden, die an Scharlach erkrankt war, die jüngſte Tochter angeſteckt und an der Krankheit geſtorben. Die Umſtände der Entlaſſung der älteren Tochter aus dem Krankenhauſe laſſen es ganz zweifellos erſcheinen, daß durch ſie der Krankheitsſtoff verſchleppt iſt, hat ſie doch z. B. zum Abſchied allen anweſenden kranken Kindern die Hand reichen müſſen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auf die Beſchwerde des Vaters und ſeines Hausarztes erfolgte zunächſt keine Antwort, erſt nachdem der Fall in mehreren Zeitungen veröffentlicht war, wurde eine Reviſion vorgenommen. Auf Grund dieſer Reviſion ſoll eine Aenderung dort vorgenommen werden, wann und wie, das weiß kein Menſch. — Aus Elberfeld wird folgender, kaum glaublicher Fall berichtet. Die Wittwe Camphauſen hatte ihre Tochter, die an Typhus litt, in das dortige Bürgerkrankenhaus eingeliefert, an einem Sonntag. Am Montag fand ſie die Tochter noch genau in dem Zuſtand im Bett liegen, wie ſie dieſelbe eingeliefert hat, nicht einmal Trinkwaſſer hatte man ihr gereicht, trotz ihrer 40 Grad Fieber hatte ſie es ſich aus dem kalten Hausflur holen müſſen. Am nächſten Tage fand die Mutter ihre Tochter mit blutrünſtiger Stirn und blaugeſchlagenem Auge wieder; ſie war beim Waſſerholen, da ſie zu ſchwach war, umgefallen und hatte ſich verletzt. Natürlich wurde ſie ſofort aus dem Krankenhauſe genommen, ſtarb aber auf dem Transport. Auf eine Beſchwerde wurde erklärt, der Oberarzt habe geſagt, bei anſteckenden Krankheiten brauche die Schweſter nicht zu dem Kranken hinzugehen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch in Berlin liegen die Verhältniſſe viel ſchlimmer, als das nach den Reden der Herren Vertreter des Berliner Magiſtrats den Anſchein hat. Ich berichtete früher, daß im Eliſabethkrankenhauſe eine Reihe von Kindern mit einer häßlichen Krankheit angeſteckt worden ſei. Daſſelbe iſt jetzt im ſtädtiſchen Hoſpital zu verzeichnen. Die vierjährige Tochter eines Schloſſers kam aus dieſem Krankenhauſe mit derſelben häßlichen Krankheit behaftet heraus. Von der Direktion wurde ohne Weiteres zugegeben, daß die Anſteckung ſehr wohl im Pavillon XII entſtanden ſein könne. Ob das durch die Berührung mit einem Knaben, der in einem unbewachten Augenblick zu ihr in's Bett gekommen war, oder auf einem anderen Wege geſchehen ſei, könne nicht feſtgeſtellt werden. Das iſt doch ein ganz unerhörter Mangel an Beaufſichtigung in dieſem Krankenhauſe. Wer entſchädigt nun den Vater! Ein anderer Fall betrifft wieder das Eliſabethkrankenhaus. An Kaiſers Geburtstag erkrankte ein Bankbeamter an ſchwerer Bruſtfellentzündung und wurde dorthin gebracht. Im Laufe der nächſten Woche wurde ſein Zuſtand im hohen Grade bedenklich und man beſorgte das Schlimmſte. Die Verwaltung fand es für gut, ihn in einen ihrer Wagen zu packen und nach der Charité zu fahren. Dort aber erklärte man, ihn nicht aufnehmen zu können, und er wurde nun wieder zurückbefördert und ſtarb darauf. Das ſind doch gradezu ſkandalöſe Zuſtände. Eine weitere Beſchwerde über die Lungenheilanſtalt des Dr. Pitſchorius in Altenbrak a. Harz ſchien mir Anfangs ſo unglaublich, daß ich die Leute wiederholt auf den Weg der Beſchwerde verwieſen habe. Nachdem der Fall veröffentlicht wurde, hat die Regierung endlich eine Unterſuchung angeſtellt, die gradezu himmelſchreiende Zuſtände zu Tage gefördert hat. Die Anſtalt iſt im Jahre 1880 von Dr. Pitſchorius gegründet. Er miethete dort eine Villa und verſandte Proſpekte, in denen die Heilkraft einer Schwefelquelle angeprieſen wurde. Beſonders Lehrer, Paſtoren, Studenten beſuchten die Anſtalt, ſpäter ſandten auch die Ortskrankenkaſſen ihre Kranken dorthin. Die angebliche Schwefelquelle hat bisher noch Niemand geſehen. Das Eſſen war ſehr mangelhaft, die Leute mußten direkt hungern. Pfleger waren überhaupt nicht vorhanden, der Arzt war immer im Rauſch und wenn er gar zu ſehr betrunken war, wurde er von einer morphiumſüchtigen Frau vertreten. Er rauchte den Tag über 25 Zigarren, und wenn die Kranken verlangten, unterſucht zu werden, dann führte er die Kranken in ein eiskaltes Zimmer, wo ſie ſich den Katarrh holten und rauchte ihnen dort etwas vor. Die Hausarbeiten mußten, weil ein Perſonal nicht da war, die Ortskrankenkaſſenmitglieder machen. Wäſche war nicht vorhanden, auch befand ſich kein einziger Spucknapf in dieſer Anſtalt für Lungenkranke. Ende der 90er Jahre ging die erſte Beſchwerde ein und da iſt endlich das Sanitätskollegium eingetreten. Bei der Reviſion ergaben ſich die haarſträubendſten Zuſtände. Das Aeußere und Innere der Anſtalten machte den Eindruck wirthſchaftlichen Verfalles. Desinfektionen kannte man in der Anſtalt überhaupt nicht. Dr. Pitſchorius hatte den Muth, nachdem die Regierung ihm die Konzeſſion entzogen, dagegen zu klagen und bei dieſer Klage wurden die Thatſachen feſtgeſtellt. Dieſer Fall beweiſt, daß die Regierung die Aufſicht, die ihr zuſteht, vielfach nicht ausübt. Vierzehn volle Jahre konnte dieſer Mann ſein ſcheußliches Handwerk treiben unter den Augen der Regierung, die jedes Jahr eine Reviſion vornimmt. Entweder haben die Medizinalräthe nichts geſehen oder nichts ſehen wollen. Ich komme jetzt zu einem Krankenhauſe, das ich ſchon im vorigen Jahre beſprochen habe, dem Krankenhaus in Altona. Es fehlt dort an Strümpfen, Jacken und Unterhoſen für die Kranken. Am Eſſen wird geſpart. Der Oberarzt hat erklärt, die Verwaltung mache ihm Vorwürfe, daß er zu viel bewillige und zu viel verbrauche. Die Kaſſenkranken werden mit Hunger beſtraft, obwohl doch die Kaſſen bezahlen.

Nun zu einem königlichen Inſtitut. Was ich über die königlichen Anſtalten im vorigen Jahre geſagt habe, halte ich aufrecht, obwohl Graf Poſadowsky die Richtigkeit dieſer Angaben im Allgemeinen beſtritten hat. Es handelt ſich um die königliche Ohrenklinik in Köln, die über einem Pferdeſtall untergebracht iſt, und wo keine Kloſets vorhanden ſind. Die Zuſtände der Privatirrenanſtalt des Dr. Edel in Charlottenburg ſpotten jeder Beſchreibung. Die zahlenden Patienten haben ſich freilich nicht zu beklagen. Anders geht es den armen Kommunalkranken. 4, 5 Kranke werden in ein und demſelben Badewaſſer gebadet, das zuerſt glühend heiß, nachher natürlich ganz kalt iſt. Als Badetücher ſoll ſchmutzige Wäſche verwandt werden. Das Eſſen iſt ſchlecht. Nun beſtehen ja Vorſchriften über die Reviſion dieſer Privatirrenanſtalten. Ein Mal im Jahre, im März, beſucht die ſogenannte Sanitätskommiſſion auch die Edel'ſche Anſtalt; aber es iſt immer drei Tage vorher bekannt, wenn revidirt werden ſoll. Auch der Kreisarzt revidirt, aber dieſe Reviſion beſteht darin, daß er die Thür aufmacht, ſich freut, daß Dr. Edel munter iſt und wieder fortgeht. Die Sanitätskommiſſion aber wird einfach hinter's Licht geführt. Die Anſtalt iſt überfüllt, in den Räumen ſtehen mehr Betten, als erlaubt iſt. Steht nun die Reviſion bevor, ſo werden die Bettſtellen, die zuviel in den Zimmern ſtehen, auf den Boden oder in den Keller gebracht und werden heraus geholt, wenn die Kommiſſion nicht mehr da iſt. Es iſt in ganz Berlin bekannt, daß in dieſer Anſtalt außerordentlich viel Ungeziefer, Wanzen, vorhanden iſt, die die Kranken beinahe auffreſſen. Das muß auch der Regierung bekannt ſein. Denn eine Patientin hat ihr die Jagderträgniſſe einer Nacht (Heiterkeit) im Kouvert überſandt, und Edel ſah ſich genöthigt, einen Vernichtungsfeldzug gegen die Wanzen zu unternehmen. Für die Beſchwerdeführerin aber ergab ſich die unangenehme Folge, daß ſie 6 Wochen lang in Iſolirhaft geſteckt wurde. (Hört! hört!) Die Leute müſſen 15 Stunden täglich arbeiten und haben die 5. oder 6. Nacht Nachtdienſt. Für die Pfleger iſt kein Raum zur Verfügung, nicht einmal für Alle Bettſtellen. Die Wärter werden auf Sophas in den Korridoren und Sälen untergebracht. Ja ſelbſt für die armen Patienten ſind nicht immer Bettſtellen da. Ein Patient liegt jetzt z. B. auf der Erde. (Hört! hört!) Wenn es der Regierung Ernſt wäre mit der Abhülfe, dann müßte ſie die Reviſionen anders ausführen laſſen, als bisher. Aehnlich wie bei Edel, geht es in einer ganzen Reihe dieſer Privatirrenanſtalten zu, ſo bei Richter in Pankow, in der maison de santé in Schöneberg. — Nun zum Pflegeperſonal! Der Mißſtand beruht hier in der Hauptſache im Mangel an gutem, geſchultem Perſonal. Und die Urſache hierfür iſt wieder in der ſchlechten Bezahlung, der ſchlechten Behandlung und der miſerablen Verpflegung des Perſonals zu finden. Die Folge iſt der ſtändige Wechſel des Perſonals. Leute, die etwas auf ſich halten, ſuchen bei Zeiten aus dieſem Berufe hinauszukommen. Wie ſchlimm es ſteht, geht aus den Erhebungen hervor, die der Verband des Maſſage- und Krankenpflegeperſonals für Deutſchland mit dem Sitz in Hamburg jüngſt veranſtaltet hat. Im vorigen Jahre haben Berliner Magiſtratsvertreter beſtritten, daß das Wärterperſonal aus allen möglichen Berufen ſtamme und ohne Vorbildung und Prüfung das Krankenpflegeramt übernehme. Die Erhebung giebt mir vollſtändig recht. Danach beträgt die Arbeitszeit 12 bis 18 Stunden täglich; im Durchſchnitt 14,3 Stunden; das Einkommen M. 17 bis M. 75 pro Monat; im Durchſchnitt M. 35,70 für das männliche und M. 32,85 für das weibliche Pflegeperſonal. Wie werden die Leute geſpeiſt und untergebracht? Sie müſſen im Krankenſaal, im Abwaſchraum, im Korridor eſſen. Ebenſo mangelhaft ſind die Schlafräume. Die Behandlung wird ganz allgemein als ſchlecht bezeichnet. Aus dem Stande der ungelernten Arbeiter ſtammen die meiſten Wärter; in der Statiſtik ſind einige 50 Berufe angeführt, aus denen die Wärter hervorgegangen ſind; faſt die Hälfte hat gar keine Prüfung beſtanden. Die königliche Charité hat bei Strafe der Entlaſſung den Krankenwärtern verboten, die ganz unverfänglichen Fragebogen des Verbandes der Maſſöre und Krankenwärter auszufüllen! In einem Krankenhauſe wagte man es, dem Perſonal verſchimmeltes Brot zu geben und die Leute in einem Raume unterzubringen, in dem Stiefel ſchimmlig wurden, wenn man ſie zwei Tage darin ſtehen ließ! Für die Berliner ſtädtiſchen Irrenanſtalten hat im vorigen Jahre Abg. Stadtrath Fiſchbeck eine Lanze eingelegt. Seine Rechtfertigungsverſuche entſprachen aber nicht den wirklichen Verhältniſſen, wie aus einem Eingeſandt der Berliner ſtädtiſchen Irrenwärter und -Wärterinnen an die Preſſe hervorgeht. Danach iſt u. A. die „freie Beköſtigung" dieſer Leute derart, daß ſie ein Viertel ihres Gehaltes verbrauchen, um ſich einigermaßen ausreichend zu ernähren. Bei ſolchen Verhältniſſen iſt es ganz unmöglich, daß die ſtädtiſchen Krankenanſtalten ein geeignetes Pflege- und Wärterperſonal bekommen. Redner verlieſt ein Inſerat der Irrenanſtalt in Neuruppin, worin ein Klempnergeſelle und ein Buchbindergeſelle geſucht werden, die gleichzeitig Wärterdienſte zu übernehmen haben, und geht dann auf verſchiedene Gerichtsurtheile ein, in denen Wärter, die durch ihre Fahrläſſigkeit den Tod oder eine ſchwere Beſchädigung der Kranken veranlaßt haben, freigeſprochen ſind mit der Motivirung, daß ihre Vorbildung keine genügende geweſen ſei. Es iſt auch ein öffentliches Geheimniß, daß in unſeren Irrenanſtalten geprügelt wird. Bei der Ueberanſtrengung des Perſonals kann man ihm das nicht einmal verdenken. In den Privatirrenanſtalten, deren Inhaber natürlich möglichſt viel aus ihrem Betriebe herauswirthſchaften wollen, ſind die Verhältniſſe mindeſtens ebenſo ſchlimm. In einer Privatirrenanſtalt in der nächſten Nähe von Berlin ſind für die männlichen Irren zum Theil weibliche Pfleger angeſtellt. Das führt natürlich zu allerlei Allotria. Am erſten Weihnachtsfeiertag des vorigen Jahres wurde eine dieſer Pflegerinnen von einem männlichen Irren, der in einem Tobſuchtsanfall Alles demolirte, mit einem Bettfuß über den Kopf gehauen, ſo daß ſie zu Boden fiel. Darauf ergriffen alle weiblichen Wärterinnen die Flucht und riefen die Männer, die ſchließlich den Kranken bändigten. Solche Zuſtände ſollte die Regierung nicht dulden. Es beſteht aber offenbar nicht einmal der ernſte Wille, Beſſerung zu ſchaffen. Selbſt manche Aerzte meinen, daß die dümmſten Pfleger die beſten ſeien. Ein Mitglied der ſtädtiſchen Verwaltung hat erklärt, höhere Löhne beförderten nur die Trunkſucht der Wärter! Ein bekannter Sanitätsrath hat mir perſönlich erklärt, er wolle gar kein gelerntes Perſonal! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein Aufſatz des Dr. med. Unger in Berlin in der Zeitſchrift für Krankenpflege, in dem die Verhältniſſe der Krankenhäuſer am Friedrichshain und am Urban behandelt ſind, ſtellt feſt: Jeder Station ſteht eine Schweſter vor. Außerdem ſind 6 Schweſtern da, 4 für den Tagesdienſt und 2 für den Nachtdienſt, auf den kleineren Stationen nur 5. Der Tagesdienſt dauert von 6 bis 8 Uhr mit ſehr kurzen Eßpauſen, der Nachtdienſt von 8 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens. Auf manchen Stationen, die 65 Betten in zwei über einander liegenden Sälen haben, hat nur eine einzige Schweſter die Nachtwache. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ſind ärztlich feſtgeſtellte Thatſachen und keine ſozialdemokratiſchen Erfindungen. Es muß endlich angefangen werden mit der Verbeſſerung der Arbeitsverhältniſſe. Wenn die Männer die gleiche Arbeit zu leiſten haben wie die Schweſtern, müſſen ſie ihnen auch gleichgeſtellt werden, beſonders in Bezug auf die Wohnräume. Die einzelnen Gemeinden müſſen von der Regierung gezwungen werden, eine Reformation an Haupt und Gliedern in allen unſeren öffentlichen Heilanſtalten anzubahnen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) An der Spitze eines Krankenhauſes darf kein abgegangener Feldwebel oder Kaſerneninſpektor ſtehen, ſondern auch der techniſchen Verwaltung muß ein Arzt, der keine Privatpraxis hat, vorſtehen. Sie ſchütteln mit dem Kopf, Herr Dr. Langerhans. Aber ich weiß aus eigener Erfahrung, daß die jetzigen Inſpektoren von dem Wohl und Wehe der Kranken meiſtens nichts verſtehen. Es müſſen beſſere Arbeitszeit, geſunde Schlaf- und Erholungsräume für das geſammte Pflegeperſonal, Schutz gegen Unfall, Penſionsberechtigung durchgeführt werden und eine Pflegſchule in allen Krankenanſtalten eingerichtet werden. Der Kultusminiſter hat die Angaben über dieſe Mißſtände zum großen Theil als unwahr oder übertrieben bezeichnet. Dieſe Angaben ſind aber doch erwieſen! Der Kultusminiſter ſcheint ſich auf die ſogenannten Reviſionsbehörden zu verlaſſen. Ich wende mich zu den Reviſionen. Ich brachte im vorigen Jahre die Zuſtände im Pathologiſchen Inſtitut am Schiffbauerdamm zur Sprache, und Graf Poſadowsky erklärte, er werde energiſch nachforſchen laſſen. Und was geſchah? Erſt zwei Monate ſpäter erfolgte eine Reviſion durch den Geh. Medizinalrath Kirchner. Am Tage vorher wurde eine gründliche Reinigung in dem Inſtitute vorgenommen und als der Herr Medizinalrath dann kam, war natürlich Alles in Ordnung. Er unterhielt ſich mit dem Inhaber des Inſtituts darüber, wie wohl die Mißſtände in die Oeffentlichkeit gekommen ſeien. Wahrſcheinlich hätten mir Angeſtellte der Anſtalt in einer Verſammlung der Krankenwärterorganiſation die Mittheilung gemacht. In der That ſtellte ſich dann auch heraus, daß in dem Perſonal der Anſtalt einige Mitglieder der Organiſation waren, und das Nächſte war, daß zwei verheirathete Leute entlaſſen wurden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Reviſionen in dieſer Weiſe erfolgen, dann geht daraus hervor, wie ſehr der Herr Staatsſekretär von ſeinen nachgeordneten Beamten hinter's Licht geführt werden kann.

Ueber das Krankenhaus in Kottbus hatte ich berichtet, daß dort kein Operationsſaal vorhanden wäre. Das war ein Irrthum. Es giebt dort thatſächlich zwar keinen Saal, aber ein Operationszimmer, und es ſind auch einige Inſtrumente da, die aber faſt nie benutzt werden, weil die Einrichtungen ſo mangelhaft ſind, wie ich damals darſtellte. Auch hier iſt nichts geſchehen. In der Stadtverordnetenverſammlung hat der Oberbürgermeiſter in Bezug auf mich von großmäuliger Agitation und Schandreden geſprochen. Als er aber aufgefordert wurde, vor der Bürgerſchaft zu erklären, wie die Thatſachen lägen, hat er es vorgezogen, zu kneifen. Die Regierung hat bis jetzt nichts gethan. Es handelt ſich ja auch hier blos um die Intereſſen armer Leute! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich richte den dringenden Wunſch an den Herrn Staatsſekretär, daß er ſeinen ganzen Einfluß auf ſeinen Kollegen in Preußen oder den Geſundheitsrath, der allerdings keine großen Rechte hat, aufwenden möge, damit im Krankenhauſe zu Kottbus endlich vernünftige Verhältniſſe eintreten.

Ich komme zum Schluſſe. Alle Einzelheiten, die ich Ihnen vorgetragen habe, ſind auf eine Urſache, ein Syſtem zurückzuführen, und ſo lange dieſes nicht beſeitigt wird, ſo lange nicht mehr Krankenhäuſer geſchaffen werden, mehr Aerzte, beſonders Spezialärzte, beſſeres Pflegeperſonal eingeſtellt wird, ſo lange nicht vor Allem eine beſſere Bezahlung, Behandlung und Beköſtigung erfolgt, wird ſich an den Zuſtänden nichts ändern. Freilich, das Alles koſtet Geld. Wenn es ſich um die Intereſſen der Reichen handelte, würde vielleicht Geld da ſein, aber für die Arbeiter, auch für die ganz hülfloſen, iſt kein Geld mehr vorhanden. Das Wort, jeder Arbeiter hat eine geſicherte Exiſtenz, iſt nichts als ein Märchen, es trifft nicht zu für den Geſunden und noch weniger für den Kranken. An Ihnen liegt es, hier eine Aenderung herbeizuführen. Wenn die Dinge ſo weiter gehen, können für uns große Gefahren aus dieſen mißlichen Verhältniſſen heraufbeſchworen werden. So lange ich dem Reichstage angehöre, werde ich jede Gelegenheit benutzen, immer wieder auf dieſe Zuſtände hinzuweiſen, bis eine Aenderung geſchaffen wird. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatsſekretär Graf **Poſadowsky**: Abg. Antrick hat es für ein öffentliches Geheimniß erklärt, daß in den Irrenanſtalten Kranke mißhandelt würden. Jahre lang haben Irrenanſtalten unter meiner Verwaltung geſtanden, und es ſind auch Fälle von Mißhandlungen Kranker vorgekommen. Wenn Sie bedenken, daß das Wärterperſonal aus den ungebildeten Kreiſen ſich rekrutirt und daß es äußerſt heimtückiſche Kranke giebt, die jede Gelegenheit benutzen, um die Wärter zu malträtiren, ſie hinterrücks zu verletzen, ja die ihnen nach dem Leben trachten, ſo ſind Fälle, in denen Wärter ſich zu einer körperlichen Mißhandlung hinreißen laſſen, zwar nie entſchuldbar, wohl aber begreiflich. Die Verwaltung trifft nur dann eine Schuld, wenn ſie einen ſolchen Mann nicht ſofort entläßt. So lange ich Irrenanſtalten unter meiner Verwaltung gehabt habe, iſt das in jedem Falle geſchehen. Aber man kann doch unmöglich daraus den Schluß ziehen, in Deutſchland ſei es öffentliches Geheimniß, daß Kranke in den Irrenanſtalten mißhandelt würden. Solche Ausnahmen können vorkommen, aber ſie beweiſen nichts für die Allgemeinheit. Im Allgemeinen ſtehen unſere deutſchen Anſtalten auf einer hohen Stufe, und ich möchte es im Intereſſe des ärztlichen Perſonals nicht zulaſſen, daß ein ſolcher Glaube, der eine große Beunruhigung in unſerem Volke hervorrufen müßte, unwiderſprochen in das Land hinausginge. Alle Klagen, die Abg. Antrick im vorigen Jahr hier vorgebracht hat, habe ich den betreffenden Regierungen bezw. der preußiſchen Regierung zugehen laſſen. Ich habe hier auch eingehende Berichte über den Befund in den einzelnen Anſtalten. Ich kann aber unmöglich hier im Reichstag auf alle Einzelheiten eingehen. Wohin ſollten wir kommen, wenn ich verantwortlich ſein ſollte für die Zuſtände in jedem einzelnen deutſchen

Krankenhaus? Aber die Zuſtände ſind doch weſentlich anders, als ſie Herr Antrick geſchildert hat. Bezüglich des Inſtituts für Infektionskrankheiten habe ich mich ſofort, als mir die Rede des Abg. Antrick im Stenogramm vorlag, an den Kultusminiſter gewandt und habe ihn um eine Reviſion dieſes Inſtituts erſucht. Dieſe Reviſion hat am 5. April v. J. ſtattgefunden. In dem Reviſionsbericht vom 7. April heißt es: Mit Peſt- und Cholerabazillen wird nicht gearbeitet und mit anderen infektiöſen Bazillen, wie den Tuberkelbazillus u. ſ. w., nur ſoweit es zu diagnoſtiſchen Zwecken erforderlich iſt. Es iſt nach der Reviſion als richtig befunden worden, daß die Kadaver der infizirten Thiere, nachdem ſie durch ſtrömenden Waſſerdampf keimfrei gemacht worden ſind, in einem geſchloſſenen Gefäß in ein anderes Haus gebracht worden ſind. Die Reviſionsbehörde hat ein ſolches Verfahren für unzuläſſig erklärt. Darauf iſt dieſer Zuſtand abgeſchafft und ein beſonderer Verbrennungsofen eingerichtet worden. Im Uebrigen kann ich nicht auf weitere Details eingehen. Ich bin überzeugt, daß die preußiſche Regierung alles Mögliche zur Beſeitigung der Mißſtände thun wird.

Schrader (FVg.): Wenn die Beſchwerden des Abg. Antrick begründet ſind, ſo beſtehen in den betreffenden Krankenhäuſern Mißſtände, die beſeitigt werden müſſen. Auf die Einzelheiten kann ich nicht eingehen. Im Allgemeinen gehören dieſe Dinge nicht zur Kompetenz des Reichstages. Ich betrachte die Dinge vielleicht milder als Herr Antrick, und zwar, weil ich älter bin als er und noch den früheren, viel rückſtändigeren Zuſtand unſerer Krankenhäuſer gekannt habe. Der Zuſpruch zu unſeren Krankenhäuſern, namentlich aus den unteren Klaſſen, iſt in Folge der Verſicherungsgeſetzgebung ſehr geſtiegen, und ich verſtehe es wohl, wenn Herr Antrick, der ſich als Vertreter der Arbeiter und Kaſſenmitglieder fühlen mag, dieſe Sachen hier immer vorbringt. Nachdem jetzt das Seuchengeſetz beſchloſſen iſt, kann auch die Reichsregierung eine ſchärfere Kontrole über die Krankenhäuſer ausüben, ebenſo die preußiſche Regierung nach dem preußiſchen Ausführungsgeſetz zum Reichsſeuchengeſetz. Noch viel wichtiger als gute Krankenhäuſer iſt eine gute Krankenpflege. Vor 1870 lag in Deutſchland die Krankenpflege ſehr darnieder, erſt während und in Folge des Krieges bildeten ſich eine Reihe von Organiſationen geprüfter Krankenpfleger. Aber die Nachwirkungen des früheren Zuſtandes machen ſich heute noch geltend; es werden außerordentliche Anforderungen an die Pfleger geſtellt, und dabei wird ſehr ſchlecht für ſie geſorgt. Das Reich könnte gegen die überlange Arbeitszeit der Krankenpfleger auf Grund der Gewerbeordnung einſchreiten. Eine gute Pflege iſt heute mindeſtens eben ſo viel werth wie eine gute ärztliche Behandlung. (Sehr richtig! links.) Es müßte viel mehr Gewicht auf die Ausbildung des Krankenperſonals gelegt werden. Das Reich müßte Prüfungen wie für Aerzte und Hebammen, ſo auch für Krankenpfleger und -Pflegerinnen vorſchreiben. Partikulariſtiſche Bedenken werden dagegen kaum erhoben werden können. (Bravo!)

Hoffmann-Hall (ſüdd. Vp.): Die Klagen über mangelhafte Ausbildung und Beſoldung des Krankenpflegeperſonals ſind durchaus begründet. Die Aerzte geben ſelbſt zu, daß es äußerſt ſchwierig iſt, geeignete Wärter zu bekommen. Auch die Aerzte ſelbſt ſind außerordentlich ſchlecht geſtellt. In Breslau bekommt ein Krankenkaſſenarzt für 3285 Konſultationen im Jahr M. 600, ein anderer Kaſſenarzt erhält für 15 000 Konſultationen M. 1600. Davon muß ein Arzt mit Familie leben! Wenn ſo die Lage der Aerzte iſt, was ſollen da die Wärter erhalten! Die Proletariſirung der Aerztewelt greift immer weiter um ſich, vor Allem in Folge der Krankenkaſſengeſetzgebung. Auch die neue Novelle zum Krankenkaſſengeſetz nimmt wenig Rückſicht auf die Wünſche der Aerzte. Die Kurpfuſcher können ruhig ihr Weſen treiben, wie ja der Prozeß Nordenkötter wieder bewieſen hat. Das zeigt, wie wenig die Kunſt der Aerzte geſchätzt wird.

Dr. **Langerhans** (FVp.): Die Ausbildung von Krankenpflegeperſonal, wie ſie Herr Schrader wünſchte, iſt bei uns in Berlin bereits organiſirt. Geprüft werden die Schweſtern nicht; wenn ſie ſich bewähren, werden ſie angeſtellt und erhalten ein nach unſer Meinung auskömmliches Gehalt, auch Penſion. — Herr Antrick hat ja nun hier eine große Reihe von Klagen vorgebracht, über die ich mich zum Theil ſehr gewundert habe. Er hat ſo geſprochen, daß Manche wohl gedacht haben, er müßte mehrere Jahre Arzt geweſen ſein. Ich muß erklären, daß ich es für ganz verfehlt halten würde, wenn hier Beſchlüſſe gefaßt werden ſollten darüber, wie viele Kranke ein Arzt behandeln kann. Darüber haben die Aerzte allein ein maßgebendes Urtheil abzugeben. Was den Mangel an Krankenhäuſern in Berlin anlangt, ſo bauen wir ja jetzt wieder ein neues, nach meiner Anſicht ſogar zu großes Krankenhaus, das allerdings erſt in etwa 1½ Jahren fertig ſein wird. Jedenfalls behaupte ich, daß, wenn ein Schwerkranker an die Pforten unſerer Krankenhäuſer pocht, keine Direktion ihn abweiſt. Wie viel Krankenhäuſer ſollen wir denn bauen? Etwa ſoviel, wie in den ſchlechteſten Zeiten gebraucht werden könnten. Das iſt doch unmöglich. Unſere Krankenhäuſer ſtehen manchmal zu ein Drittel leer. Es können auch Leute noch anders geſund werden als grade in Krankenhäuſern. — Daß Reviſionen vorher angezeigt werden, beſtreite ich auf Grund meiner Informationen entſchieden. Das wäre wider das öffentliche Vertrauen und auch wider die Beſtimmungen. — Herr Antrick hat ſich wieder beſonders der Krankenwärter angenommen. Er iſt ja auch Vorſitzender der Berliner Filiale der Krankenwärterorganiſation. Ich ſelbſt habe vielfach die Geduld und Menſchenliebe der Wärter bewundert, aber ich muß doch dagegen proteſtiren, daß lediglich auf Grund der Erzählungen von Wärtern Vorwürfe gegen eine Stadtverwaltung erhoben werden, die ſich alle Mühe giebt, nach Möglichkeit befriedigende Zuſtände zu ſchaffen.

Singer (SD.): Herr Langerhans hat ſich ein Märchen aufbinden laſſen: Abg. Antrick war nie Vorſitzender der Berliner Krankenwärter-Filiale. Wenn ich auch in ärztlichen Dingen kein Fachmann bin, ſo kann ich mir doch bei aller Achtung vor dem ärztlichen Stande das Urtheil erlauben, daß es nicht genügt, wenn z. B. 400 oder 500 Krankenbetten einem einzigen Arzt unterſtellt ſind. Der Vorredner ſcheint geglaubt zu haben, daß der Reichstag beſchließen ſolle, wie viele Betten einem Arzt unterſtellt werden ſollen. Einen ſolchen Beſchluß des Reichstages hat Niemand verlangt, aber wenn hier im Parlament an der Hand von unwiderleglichen Thatſachen ausgeführt wird, daß in vielen Fällen die Zahl der einem Arzte unterſtellten Krankenbetten zu hoch iſt, ſollten die Aerzte eigentlich dieſe Erörterungen dankbar hinnehmen. Der Vorredner hat weiter in Anknüpfung an einen kürzlich vorgekommenen Fall das Verhältniß geſchildert, in dem die Berliner ſtädtiſchen Krankenhäuſer zu der Zentrale der Rettungsgeſellſchaft ſtehen. In dem betreffenden Fall hat die Rettungsgeſellſchaft bei der Verwaltung der Krankenhäuſer angefragt: „Wieviel Betten frei?“ Darauf iſt die Antwort gekommen: „Wir haben keine frei!“ Dieſe Antwort iſt in öffentlicher Stadtverordnetenverſammlung unter Zuſtimmung des Magiſtratskommiſſars als unwahr karakteriſirt worden. (Hört! hört!) Es wurde mithin der Einwand erhoben, daß ſeitens der ſtädtiſchen Krankenhäuſer von Berlin falſche Mittheilungen an die Rettungsgeſellſchaft gemacht wurden. Zweifellos wird jetzt der Magiſtrat dafür ſorgen, daß ſolche falſchen Meldungen an die Rettungsgeſellſchaft ſich nicht wiederholen.

Lenzmann (FVp.) bemängelt, daß der preußiſche Reſſortminiſter nicht anweſend iſt. Die Debatten in dieſem Hauſe, ſo fruchtbringend ſie auch ſein mögen, würden viel gewinnen, wenn von kompetenter Seite uns Antwort zu Theil würde. Die Herren von den Landesregierungen haben vielleicht Angſt vor der unverblümten Wahrheit, die ihnen hier geſagt wird. (Sehr richtig! links.) Herr Antrick hat durchaus Recht, wenn er ſagt, daß das Perſonal der Krankenhäuſer von dem Weſen der Krankheit oft gar keine Ahnung hat. Vielfach ſind die Angaben des Herrn Antrick aber ſchon veraltet. So liegt mir aus Köln die Nachricht vor, daß dort die Mißſtände bereits beſeitigt ſeien. Selbſt die „Rheiniſche Zeitung“ hat zugeſtehen müſſen, daß im Monat Januar ſeitens der Regierung den Uebelſtänden näher getreten iſt. (Hört! hört! bei den Freiſinnigen.) Redner geht hierauf auf die Zuſtände des unter der Leitung des Dr. Schwenninger ſtehenden Groß-Lichterfelder Krankenhauſes ein und hält die im vorigen Jahre vom Abg. Dr. Müller-Sagan erhobenen Angriffe gegen dieſes Inſtitut im vollen Umfang aufrecht.

Antrick (SD.): Graf Poſadowsky hat mit ſeiner Erklärung über das Inſtitut für Infektionskrankheiten Alles zugegeben, was ich hier angeführt habe. — Herr Langerhans iſt nicht eingegangen auf die Ueberarbeit der Schweſtern in den ſtädtiſchen Krankenhäuſern, die ſelbſt ein Berliner Arzt Dr. Unger zugegeben hat. Wie wenig richtig Herr Langerhans ſelbſt unterrichtet iſt, beweiſt ſeine Behauptung, ich ſei Vorſitzender der Berliner Filiale der Krankenwärterorganiſation. Da hat er ſich einen großen Bären aufbinden laſſen. Ich habe mit dieſer Organiſation nichts zu thun, vertrete auch viel weitgehendere Forderungen als die organiſirten Maſſöre, da ich das ganze Gebiet der Krankenpflege behandle.

Dr. **Langerhans** (FVp.) (auf der Tribüne vollkommen unverſtändlich) polemiſirt gegen den Abg. Antrick.

Sachſe (SD.) begründet die Reſolution zur Bekämpfung der Wurmkrankheit. Auf das gefahrdrohende Umſichgreifen dieſer Krankheit habe ich ſchon neulich ausführlich hingewieſen. Die Bergpolizeivorſchrift, wonach Wascheinrichtungen und die genügende Anzahl von Abortkübeln vorhanden ſein müſſen, wird vielfach nicht beachtet. Manchmal ſehen die Waſchanſtalten gradezu Schweineſtällen ähnlich. In der Zeche Lothringen ſind jetzt wieder 434 Leute von der Krankheit angeſteckt. Demgegenüber ſind dringend Maßnahmen nothwendig. Vor Allem darf man vor Desinfektionsmaßregeln nicht deshalb zurückſchrecken, weil ſie zu theuer ſeien. Auch die Anſtellung von Arbeiterkontrolören wäre ein wirkſames Mittel zur Bekämpfung der Krankheit. (Redner geht ausführlich auf die Mittel zur Bekämpfung der Wurmkrankheit ein, ſeine Ausführungen bleiben aber auf der Tribüne faſt unverſtändlich.) Sehr wichtig wäre die Aufklärung der Arbeiter durch Broſchüren in deutſcher und polniſcher Sprache, die ſie auf die Vorſichtsmaßregeln aufmerkſam machen. Die Hauptſache aber iſt, daß gutes Trinkwaſſer in die Gruben geſchafft wird. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Hilbck (NL.): Leider muß ich Herrn Sachſe zuſtimmen, daß dieſe ſogenannte Wurmkrankheit in den letzten drei Jahren ſehr ſtark zugenommen hat. Woher es kommt, daß dieſe Krankheit jetzt zur Epidemie geworden iſt, haben die Aerzte noch nicht ergründet. Man nimmt an, daß in Folge der vom Oberbergamt vorgeſchriebenen Berieſelung zur beſſeren Verhütung der ſchlagenden Wetter die Larven einen guten Nährboden haben. Erwieſen iſt das nicht. Da aber die Feſtſtellung der Urſache die Hauptſache iſt, ſchlage ich vor, daß auf einer der beſt geleiteten Gruben einmal verſuchsweiſe die Berieſelung wieder eingeſtellt wird. Die Annahme, daß die Krankheit durch den Zuzug fremder Arbeiter zugenommen hat, iſt nicht zutreffend. — Was den Antrag Sachſe anlangt, ſo muß auch ich zugeben, daß jetzt in Weſtfalen nicht genügend Aerzte vorhanden ſind, die mit der Krankheit vertraut ſind. Mittel des Reichs zu bewilligen, ſcheint mir aber überflüſſig. Die Bergwerksverwaltungen werden die Koſten für die nothwendigen Einrichtungen ſehr gern ſelbſt tragen. (Ruf bei den Sozialdemokraten: Na! na!) Die Gelſenkirchener Bergwerks-Aktiengeſellſchaft hat ſich bereit erklärt, ſoviel Abortkübel aufzuſtellen, daß auf 10 Mann ein Kübel kommt. Wir ſind ja, um ein Beiſpiel zu brauchen, hier im Reichstage recht reichlich mit Aborten verſehen, aber ich glaube doch nicht, daß auf 10 von uns ein Abort kommt. (Große Heiterkeit.) Ein Desinfektionsmittel iſt noch nicht gefunden. Es wird nur verlangt, daß die Koſten nicht unerſchwinglich ſind; ein billiges Mittel, wie Herr Sachſe meinte, wird gar nicht verlangt. Zeche Schwerin hat ſich ſofort bereit erklärt, ein Desinfektionsmittel auszuprobiren, das ihr pro Tag M. 2000 koſtet. Die Belehrung, die Herr Sachſe für die Arbeiter wünſchte, müßte vor Allem dahin gehen, daß auf die Nothwendigkeit möglichſter Sauberkeit bei Benutzung der Kübel hingewieſen wird, um die Krankheit im Keime zu erſticken. Für die nöthige Anzahl der Kübel wird auf jeden Fall geſorgt werden. Die Beaufſichtigung der Gruben iſt ſehr vermehrt worden. Daß einfache Bergarbeiter zu dieſer Beaufſichtigung nicht im Stande ſind, habe ich ſchon früher geſagt. Steiger werden auch jetzt ſchon zur Kontrole hinzugezogen. Ich bitte Sie, den erſten Theil des Antrages anzunehmen, den zweiten aber abzulehnen. Die Knappſchaftskaſſe macht jedes Jahr einige Millionen Ueberſchüſſe, und kann viel zur Bekämpfung der Krankheit beitragen. Gewiß zahlen die Bergwerksbeſitzer etwas weniger als die Arbeiter, aber die Arbeiter haben doch auch den Hauptvortheil von der Knappſchaftskaſſe. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Preußiſcher Handelsminiſter **Möller**: Auch ich bedaure ſelber das ſtarke Auftreten der Wurmkrankheit. Mit Herrn Sachſe bin ich der Meinung, daß in erſter Linie die Arbeiter ſelbſt für die Bekämpfung der Krankheit ſorgen können. Ueber die Art der Bekämpfung ſind die ärztlichen Autoritäten getheilter Meinung. Herr Sachſe hat meiner Verwaltung Pflichtverletzung vorgeworfen. Er verlas aus einem Bericht aber nur den Anfang: „Der Geſundheitszuſtand der Arbeiter war im Allgemeinen ein normaler.“ Unmittelbar darauf aber heißt es: „Auf der Zeche Graf Schwerin herrſcht in beſonders hohem Maße die Wurmkrankheit.“ Das hat Herr Sachſe des beſſeren Effekts wegen verſchwiegen. (Hört! hört!) Herr Sachſe hat behauptet, wir wären nicht unterrichtet geweſen. Ich konſtatire, daß bereits 1895 Polizeiverordnungen von Seiten des Oberbergamts zur Bekämpfung der Krankheit erlaſſen wurden. Ich bin im vorigen Jahre perſönlich auf eine der Hauptzechen gegangen, dort eingefahren und habe die Abortverhältniſſe und die Frage der Berieſelung beobachtet. Gegen die Berieſelung haben ſich grade die Aerzte ausgeſprochen, aber wer einmal die Wirkung einer Kohlenſtaubexploſion geſehen hat, der wird es gerechtfertigt finden, wenn wir hier dem Widerſpruch der Aerzte nicht nachgegeben haben. Auf einer der Gruben, wo für die Sicherheit im Uebrigen Alles gethan wird, will ich aber dem Vorſchlag des Herrn Hilbck zufolge die Berieſelung verſuchsweiſe wieder einſtellen laſſen. An dem Mangel an Abortkübeln liegt die Ausbreitung der Krankheit nicht, denn grade in den Zechen, bei denen zahlreiche Fälle von Wurmkrankheit vorgekommen ſind, ſind genug Kübel vorhanden. An den ernſtlichſten Bemühungen meinerſeits, die Bekämpfung der Seuche zu fördern, ſoll es nicht fehlen. Der Antrag Sachſe iſt nach Dem, was bisher geſchehen iſt und weiter geſchehen wird, in der That überflüſſig. Mittel ſind reichlich vorhanden. Der Knappſchaftsvorſtand hat M. 50 000 zur Verfügung geſtellt und mehrere Bergwerksbeſitzer haben mir erklärt: auf das Geld kommt es nicht an. Herr Sachſe ſeinerſeits würde ſich ein großes Verdienſt erwerben, wenn er — wie es ja bisher ſchon in ſehr anerkennenswerther Weiſe in der „Bergarbeiterzeitung“ geſchehen iſt — immer und immer wieder die Arbeiter darauf hinweiſen würde, daß ſie die Gelegenheit, die Exkremente in den zur Verfügung ſtehenden Aborten abzulagern, auch benutzen möchten. Und ferner möchte ich ihn bitten, dieſe traurige Angelegenheit nicht zu fruktifiziren für die Wahlen. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Sachſe (SD.): Ich habe neulich zwei Stunden geſprochen und dabei natürlich nur die Stellen aus den Berichten benutzt, an die meine Kritik anſetzte. (Lachen bei den Nationalliberalen.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberathung auf Dienstag, 1 Uhr.

Schluß 6½ Uhr.

Vereine und Verſammlungen.

(Die Herren Schriftführer werden erſucht, nur ſchmales Papier zu verwenden und auf einer Seite zu beſchreiben.)

Kutſcher vom öffentlichen Fuhrweſen. Mitgliederverſammlung am 13. Februar bei Springborn. Zunächſt wurde vom Vorſitzenden ein Antrag der Droſchkenbeſitzer von 1873 verleſen; dieſe erſuchen um Betheiligung einer Deputation mit unſerer Fahne an ihrer Bannerweihe. Der Antrag wurde einſtimmig abgelehnt mit der Begründung, daß es ſchon genügend ſei, daß die Feſtlichkeit in einem geſperrten Lokale abgehalten werde. Dann wurde nochmals von der Hamburger Behörde verlangt, die Grenzen unſeres Droſchkenbezirks zu verändern oder eine Einigung mit der Altonaer Behörde herbeizuführen, damit endlich Klarheit in dieſer Sache geſchaffen werde. Hierauf berichtet A. T. über die Verhandlungen mit dem Herrn Polizeichef; dieſer habe kein bindendes Verſprechen abgegeben, verſicherte aber, daß die neue Droſchkenordnung möglichſt gelinde gehandhabt werden ſolle. Sollten dennoch begründete Klagen laut werden, ſo ſollen dieſe einer genauen Prüfung unterzogen werden. Bei Fahrtverweigerung auf Altonaer Gebiet ſichert der Herr Polizeichef Strafloſigkeit zu. Der Jungfernſtieg könne vorläufig noch nicht wieder von beiden Seiten befahren werden, weil das Publikum dadurch zu ſehr gefährdet werde. Betreffs der Rundfahrten treten keine weſentlichen Veränderungen ein, ſie würden aber einer neuen Regelung unterzogen. B. erwähnt, daß ein ſolches Verbot, wie das Befahren des Jungfernſtieges nur von einer Seite, unerhört ſei, man greife einfach eine Sorte Wagen heraus, welche hauptſächlich ihr Brot auf dem Jungfernſtieg ſuchen müſſen. Jeder Dreckwagen könne ungeſtört hinüberkriechen und die Rundfahrtwagen können die ganze Paſſage ſperren; das ſchadet aber nichts. Endlich wurde ein Antrag, die Krankenunterſtützung auf 13 Wochen im erſten Jahre feſtzulegen, angenommen. Beſchloſſen wurde noch, für den noch nicht unterſtützungsberechtigten erkrankten Kollegen Sch. Sammelliſten herauszugeben.

Fabrikarbeiter, Eimsbüttel. Mitgliederverſammlung am 12. Februar bei Struck, Fruchtallee 70. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des verſtorbenen Kollegen Iſing in üblicher Weiſe geehrt. Dann hielt Genoſſe Lementzow einen Vortrag über die 10 Gebote und die herrſchenden Klaſſen, welcher von den Anweſenden aufmerkſam verfolgt wurde. Cramme erſtattete den Bericht von der kombinirten Vorſtandsſitzung und theilte mit, daß der Antrag der Hamburger Zahlſtelle, einen Extrabeitrag von 5 ₰ zu erheben, weil zur Zeit nicht angebracht, zurückgeſtellt ſei, daß wir aber dieſem Antrag, wenn er wieder auf der Tagesordnung ſtände, wohl unſere Zuſtimmung geben könnten, da wir einen dementſprechenden Beitrag ſchon lange erheben. Dann berichtete er über die Thätigkeit der Lohnkommiſſion. Vom Gewerkſchaftskartell berichtet Ehlers: Die Konferenzen der Beiſitzer beim Schiedsgericht für Arbeiterverſicherung hätten dazu beigetragen, den allgemeinen Geſichtspunkt der Beiſitzer zu erweitern. Die neue Krankenkaſſennovelle ſei ja jetzt erſchienen; mit der würde ſich das Kartell in nächſter Zeit wohl auch beſchäftigen. Als Kartelldelegirter wurde Winkens und als Stellvertreter Ehlers gewählt. Rauh verlas die Abrechnung vom Herbſtvergnügen 1902. Dieſe wurde für richtig befunden und dem Kaſſirer Decharge ertheilt. Ehlers theilt noch mit, unter welchen eigenartigen Umſtänden er auf der Goldleiſtenfabrik von Bahr und Gehrkens, Altona, Langeſtraße 60, entlaſſen worden ſei. Er ſei ſich keiner Schuld bewußt und habe ſich die größte Mühe gegeben, den Grund ſeiner plötzlichen Entlaſſung zu erfahren, ſei auf dem Kontor mit dem Meiſter vorſtellig geweſen, aber Niemand wolle der Schuldige ſein. Er hätte die feſte Ueberzeugung, daß er ſich da mißliebig gemacht habe, denn er habe vorhandene Mißſtände kritiſirt; ſeine Entlaſſung ſei wohl auf ſeine Thätigkeit als Gewerkſchaftler zurückzuführen. Es wurde einſtimmig beſchloſſen, die Entlaſſung als Maßregelung zu betrachten, und die Sache zur weiteren Regelung dem Vorſtande überwieſen. Hierauf Schluß der gut beſuchten Verſammlung.

Freidenker-Geſellſchaft, Hamburg. Verſammlung am 10. Februar bei von Salzen. Zunächſt wurde ein vom Vorſtand eingebrachter Antrag, die Zinſen des bei der „Produktion“ belegten Reſervefonds zu erheben und dem Unterrichtsfonds zuzuführen, angenommen. Hierauf begann Harm mit ſeinem Vortrage: „Parteiiſch oder unparteiiſch, ſubjektiv oder objektiv?“ Ueberall begegnen wir Parteien, in der Politik, in der Religion, in der Kunſt, ſowie im privaten Leben. Wir ſelbſt, als Individuen, beherbergen in uns den Gegenſatz, den wir Partei nennen können, nämlich Verſtand und Gefühl. Differenzen, Gegenſätze, die eigentlichen Vermittler des Lebens, zu ſchaffen, ſcheint Aufgabe der Natur zu ſein. Was Menſchen zuſammenführt, iſt entweder Abſtammung, Sympathie, oder auch das Intereſſe. Letzteres wirkt ganz beſonders im öffentlichen Leben. Die größte Mannigfaltigkeit der Anſchauungen bietet die Menſchheit, nächſt dieſer das Staatsweſen. Der Staat ſetzt ſich aus Parteien zuſammen. Parteien entſtehen ſchon bei jedem Rechts- und Meinungsſtreit. Nach Profeſſor Paulſen fordert das Parteiweſen von Jedem, daß er ſich jenſeits von Gut und Böſe, von Wahr und Unwahr ſtellt. Parteien ſind nothwendig, ſie ſchüren das Lebensfeuer und unterhalten den geiſtigen Stoffwechſel. Wo es auch ſei, nirgends finden wir eine Partei ohne ein Glaubensbekenntniß. Das Freidenkerthum iſt wohl der Kirche gegenüber, kann ſich aber auf politiſchem Gebiete nicht ſtreng neutral halten. Vor dem Dogma müſſen wir uns hüten. Das Dogma macht fanatiſch, die freie Forſchung dagegen tolerant. Man ſchließt ſich einer Partei an, weil man die eigenen Kräfte nicht für ausreichend erachtet. Das den Parteien Eigenthümliche iſt deren Disziplin. Zweifel und Forſchung gelten als der Feind der Disziplin. Parteiiſch iſt man auch dann, wenn man keiner Partei angehört. That und Handlung ſind dann Zeugen unſerer Parteilichkeit. Viele flüchten ſich unter die Fittiche der Unparteilichkeit, um im Trüben zu fiſchen. Man wagt oft nicht, Farbe zu bekennen, weil man bei entſprechender Würdigung der zwar innerlich als gut erkannten Sache für das Parteiintereſſe fürchtet. Die meiſten Menſchen ſind in ihrem Urtheil, Thun und Laſſen ſubjektiv; das heißt, mehr oder minder perſönlich. Subjektiv ſind wir ferner, wenn wir es unterlaſſen, eine Sache auch von der anderen Seite zu prüfen. Anders iſt es mit der Objektivität, die ohne Erfahrung und Selbſterkenntniß nicht denkbar iſt. Sie betrachtet die Dinge ſtets von beiden Seiten. Ohne Wahrheit und Gerechtigkeit keine Objektivität. Wir müſſen ſtatt einſeitig vielſeitig ſein. Die Subjektivität tritt uns beſonders in der Geſchichte und in der Rechtspflege entgegen. Die ſoziale Stellung eines Wiſſenden oder Redners wird ſehr oft von der Gleichheitspartei in Betracht gezogen. Daher gelten auch hier die Worte: „Kein Prophet iſt groß in ſeinem Vaterlande.“ In der Diskuſſion betonte Singenſtrüt: Es giebt nur eine Wahrheit; auf Grund derſelben muß der Freidenker objektiv ſein. Zur Wahrheit gelangen wir nur auf Grund der freien Forſchung. Bußler widerſprach der vom Redner zitirten Aeußerung Kautzkys, daß der Staat nothwendig ſei. Es giebt Perioden in der Weltgeſchichte, wodurch erwieſen wird, daß der Staat nicht immer geweſen. Parteien ſind Theile des Staats, ihm gegenüber nicht das höchſte Ideal. Disziplin führt zur Abſtumpfung und gehört nicht zum Menſchen. Letztere ſollen ſich frei entwickeln. Unabhängigkeit in Staat und Partei iſt undenkbar. Subjektivität finden wir bei allen Dichtern und Denkern. Der Staat entwickelt ſich deshalb ſo langſam, weil die Menge reaktionär und Einzelne im Voraus ſind. Handt hält den Bildungsgrad der Betreffenden doch mit für maßgebend bei Beurtheilung einer Sache. Ein Freidenker und ein Sozialdemokrat ſind in ihrem Urtheil toleranter als ein Katholik und ein Konſervativer. Hierauf äußerten ſich nochmals Harm und Bußler, worauf die Verſammlung nach Feſtſetzung der Tagesordnung der am 24. Februar bei R. Ellerbrock, Hamburgerſtraße 134, ſtattfindenden Verſammlung geſchloſſen wurde.

(Der Schriftführer wird dringend erſucht, in ſeinen Berichten alle Worte voll auszuſchreiben. Die Redaktion.)

Statiſtiſches.

Sterblichkeits- und Geſundheitsverhältniſſe. In der Woche vom 1. Februar bis 7. Febeuar ſind nach den Veröffentlichungen des kaiſerl. Geſundheitsamtes von je 1000 Einwohnern, auf das Jahr berechnet, als geſtorben gemeldet: in Aachen 19,0, Altona 16,4, Barmen 14,2, Berlin 16,1, Braunſchweig 13,5, Bremen 18,9, Breslau 29,7, Charlottenburg 12,6, Chemnitz 21,9, Danzig 23,7, Dortmund 19,9, Dresden 17,9, Düſſeldorf 20,5, Elberfeld 21,9, Eſſen 18,5, Frankfurt a. M. 14,5, Halle 27,5, Hamburg 19,1, Hannover 12,7, Kaſſel 14,1, Kiel 18,5, Köln 17,8, Königsberg 18,1, Krefeld 14,8, Leipzig 17,3, Magdeburg 17,3, München 20,4, Nürnberg 21,9, Poſen 25,9, Stettin 23,5, Straßburg 23,8, Stuttgart 17,4, Wiesbaden 25,4, London 17,6, Paris 20,6, Wien 21,9.

Neueſte Nachrichten.

Berlin, 23. Februar. (W. T. B.) Wie die „Nord. Allg. Ztg.“ hört, iſt der Termin für die bevorſtehenden Reichstagswahlen noch nicht feſtgeſetzt worden, da ſich das Ende der Arbeiten des Reichstags noch nicht mit Beſtimmtheit abſehen läßt.

Berlin, 23. Februar. (W. T. B.) Abgeordnetenhaus. Das Haus beginnt die zweite Berathung des Eiſenbahnetats. Die Büdgetkommiſſion beantragt unveränderte Annahme. Miniſter Budde erklärt, obwohl er kein Freund von Programmreden ſei, wolle er doch den Wünſchen des Hauſes entſprechen und eine ganz kurze Programmrede halten. Er werde die Verwaltung des Reſſorts nach denſelben altbewährten Geſichtspunkten führen, die im Hauſe ſeit Jahrzehnten nicht nur Billigung, ſondern vielfach große Anerkennung gefunden haben. Damit ſei ſeine Programmrede beendet. Der Miniſter führt dann aus, er werde keinen Optimismus in der Einnahme-Schätzung walten laſſen, möglichſte Erſparniß in der Verwaltung beobachten und verſuchen, den Perſonenverkehr möglichſt zu verbeſſern, wozu er aber eine Schonzeit erbitte. Redner beſpricht die ſchon durchgeführten und noch in Ausſicht genommenen Tarifermäßigungen, wobei das Intereſſe von Induſtrie und Landwirthſchaft gleichmäßig berückſichtigt würde. Sparſamkeit ſolle beſonders im Innern des Dienſtes Platz greifen durch Vereinfachung des Geſchäftsganges und Beſeitigung unnützer Schreibereien. Im Perſonenverkehr ſolle keine Zugeinſchränkung erfolgen, um den arbeitenden Klaſſen nicht den Verkehr zu erſchweren. Die Hauptaufgabe der Eiſenbahnverwaltung ſei die Betriebsſicherheit. Was in dieſer Beziehung geſchehen könne, werde geſchehen. Wichtig ſei eine gute Organiſation des Reſſorts, daher könne er unter den Arbeitern keine Umſturzbeſtrebungen dulden. Den Erlaß Thielens, wonach Jeder, der ſich agitatoriſch an den ſozialdemokratiſchen Beſtrebungen betheilige, ſofort entlaſſen werde, habe er als Teſtament übernommen. Der Miniſter ſpricht die Verſicherung aus, daß die Wünſche der Beamten und Arbeiter ſo weit als möglich berückſichtigt werden ſollen. Vorbedingung ſei aber Disziplin und Ordnung. Das ſchwere Amt, das er übernommen, werde ihm durch das ausgezeichnete, von einem Geiſte beſeelte Perſonal erleichtert. Er bitte das Haus, ihn durch Wohlwollen und Erfahrung zu unterſtützen; dann, hoffe er, werde es ihm gelingen, die Lebensader zu ſein, die befruchtend auf alle Kreiſe des Landes wirkt, und zugleich das Rückgrat der geſammten Staatsfinanzen zu bilden. (Lebhafter Beifall.) Dr. am Zehnhoff erklärt, das Zentrum werde den Miniſter bei ſeiner ſchweren Aufgabe gern unterſtützen; er entnehme aus der Rede beſonders mit Freuden, daß er ein ſozialer Miniſter ſein wolle. Namens der Nationalliberalen erklärt Abg. Macco die Bereitwilligkeit zu gemeinſamer gedeihlicher Arbeit. Freiherr v. Erffa (K.) dankt gleichfalls dem Miniſter für ſeine Ausführungen und ſpricht die Hoffnung aus, daß der erfreulicher Weiſe wieder vorhandene Aufſchwung der Induſtrie zunehmen werde. Oeſer (FVp.) ſpricht ſich für eine Tarifreform aus und wendet ſich gegen die Erklärung des Miniſters über das Verhältniß zur Sozialdemokratie. Daß man die Staatsbürger mit Rückſicht auf ihre politiſche Geſinnung anders behandle, ſteht in Widerſpruch mit der Verfaſſung und dem Koalitionsrecht. Miniſter Budde erwidert, er wolle Niemandem ſeine politiſche Geſinnung verkümmern; er könne aber im Eiſenbahndienſt nur Leute gebrauchen, die den Treueid nicht brechen, ſondern mit der Verwaltung zuſammenarbeiten. Dabei habe er die große Mehrheit des Volkes, des Landes und des Hauſes hinter ſich, er wahre damit nur ſein Hausrecht zum Wohle der Verwaltung und des Vaterlandes. An der weiteren Debatte, die ſich hauptſächlich um die Frage der Tarifreform dreht, betheiligen ſich die Abgg. Gamp (FK.), Ehlers (FVg.) und v. Arnim (K.). Auf die Anfrage des Abg. Gamp erklärt Miniſter Budde, er habe über ſeine Stellung zur Kanalvorlage nicht geſprochen, weil das nicht zur Tagesordnung gehöre. — Morgen, 11 Uhr, Weiterberathung.

Berlin, 23. Februar. (W. T. B.) Dem Abgeordnetenhauſe ging eine von den Nationalliberalen unterſtützte Interpellation Beumer, Eynern, Schmieding und Wallbrecht zu, die lautet: Sind die Vorarbeiten für den Bau eines Schifffahrtskanals vom Rhein bis zum Dortmund-Ems-Kanal durch das Emſcherthal (als Theilſtrecke des Rhein-Weſer-Elbe-Kanals) ſoweit abgeſchloſſen, daß die zu wählende Linienführung endgültig feſtſteht? Iſt die Staatsregierung für dieſen Fall bereit, um eine abermalige, die wirthſchaftlichen Intereſſen des dortigen Induſtriegebietes ſchädigende Verſchiebung dieſer Linie zu vermeiden, alsbald und wenn möglich noch in dieſer Tagung mit einer Kreditforderung an den Landtag heranzutreten, um den Grunderwerb für die projektirte Linie zu ſichern?

Berlin, 23. Februar. (W. T. B.) Unter Vorſitz des Geh. Kommerzienraths Sartori-Kiel begannen heute im Hotel „Kaiſerhof“ die Verhandlungen des 34. Deutſchen Nautiſchen Vereinstages. Vertreten waren: die Handelskammern der verſchiedenen Seeſtädte, die Nautiſchen Seeſchiffervereine, das Reichsmarineamt hatte Kontreadmiral Schmidt, die Korvettenkapitäne Schlieper und Louran entſandt, das Reichsamt des Innern Geh. R. Donner. Außerdem waren das Reichspoſtamt, das Miniſterium für öffentliche Arbeiten die Seewarte in Hamburg und die Seeberufsgenoſſenſchaft in Hamburg vertreten. Der Vorſitzende eröffnete die Verhandlung mit einer Begrüßungsanſprache, in der er u. A. auch auf die ungünſtige wirthſchaftliche Lage hinwies und dem Wunſch Ausdruck gab, daß der Tiefpunkt baldmöglichſt überwunden ſein möge. In die Tagesordnung eintretend referirten Rechtsanwalt Dr. Ehlers-Hamburg und Vizeadmiral Aſchenborn über den bedeutſamen Punkt Nebelſignale.

Berlin, 23. Februar. (H. C.) Der Regierungspräſident v. Arnſtedt hat plötzlich ſein Abſchiedsgeſuch eingereicht. Wie in unterrichteten Kreiſen verſichert wird, geht Herr v. Arnſtedt nicht freiwillig, ſondern iſt direkt von der Zentralſtelle zur Einreichung ſeines Abſchieds aufgefordert worden. Oberpräſident Dr. v. Boetticher hat erſt nachträglich Mittheilung davon erhalten.

Die „Voſſ. Ztg.“ meldet aus Prag: Der Anſturm auf die Böhmiſche Sparkaſſe dauert fort. Sonntag Mittag um 1 Uhr und Montag um 3 Uhr verlangten czechiſche Einleger vom Lande Rückzahlungen. Bis Montag Mittag wurden 8 Millionen zurückgezahlt. Die öſterreichiſch-ungariſche Bank eröffnete der Sparkaſſe einen unbeſchränkten Kredit. Die czechiſchen Gemeindevorſteher gingen von Haus zu Haus und agitirten gegen die Sparkaſſe. Dieſe ſetzte den Einlagezinsfuß auf 3 pZt. herab und verweigerte die Wiederannahme der zurückgeforderten Beträge zum alten Zinsfuß von 4 pZt., diskontirt aber Wechſel wie gewöhnlich.

Bremen, 23. Februar. (W. T. B.) Das Schulſchiff des deutſchen Schulſchiffvereins „Großherzogin Eliſabeth“ iſt geſtern wohlbehalten in Havana angekommen und wird in einigen Tagen nach Plymouth weitergehen.

Bremen, 23. Februar. (W. T. B.) Die Peſtepidemie in Mazatlan iſt einem von der „Weſerzeitung“ veröffentlichten, der Firma Gebrüder Melchers zugegangenen Telegramm zufolge weſentlich im Abnehmen begriffen. In der letzten Woche kamen in Mazatlan ſechs Todesfälle vor; alle Mitglieder der dortigen deutſchen Kolonie ſind wohlauf.

London, 23. Februar. (W. T. B.) Unterhaus. Gibſon Bowles richtet eine Anfrage an die Regierung, ob ſie ſeit der Unterzeichnung der Zuckerkonvention ſchriftliche oder mündliche Mittheilungen von irgend einem Unterzeichner bezüglich des Artikels IV — Verpflichtung Großbritanniens, Retorſionszölle auf durch Zucker verſüßte Erzeugniſſe aus den Kolonien mit Selbſtverwaltung zu legen, wenn die Kolonien unmittelbare oder mittelbare Prämien auf die Herſtellung oder die Ausführung gewännen — erhalten und von welchen Mächten ſolche Mittheilungen eingegangen ſeien. — Unterſtaatsſekretär Cranborne erwidert: Die Regierung habe am 13. Januar ein Rundſchreiben erlaſſen, in dem ſie die Mächte, die die Zuckerkonvention mitunterzeichneten, davon benachrichtigte, daß die britiſche Regierung unter keinen Umſtänden einwillige, auf Zucker, der aus den Kolonien mit Selbſtverwaltung eingeführt werde, Retorſionszölle zu legen. Antworten ſeien nur von der deutſchen und der öſterreichiſchen Regierung eingegangen. Die deutſche Regierung weiche von der engliſchen Anſicht ab, und behalte ſich ihre Aktionsfreiheit vor, erachte aber die Meinungsverſchiedenheit von keiner praktiſchen Bedeutung. Die öſterreichiſche Regierung nehme an, daß in der Praxis der in Ausſicht genommene Fall nicht entſtehen werde. Die holländiſche Regierung habe keine Antwort geſandt und die italieniſche beſtreite, wie verlautet, die britiſche Anſicht nicht. Die belgiſche Regierung erachte den Punkt als von keinem praktiſchen Intereſſe, und die franzöſiſche habe ihre Anſicht über den Gegenſtand nicht ausgedrückt. Die Ratifikation Großbritanniens ſei unter der ausdrücklichen Bedingung erfolgt, daß die Strafklauſel des Vertrages in beſagtem Falle nicht angewandt werden ſolle.

London, 23. Februar. (W. T. B.) Unterhaus. (Fortſetzung.) Auf eine weitere Anfrage Gibſon Bowles erklärt Cranborne, die Verträge von 1856 und 1871, betr. die Straße Dardanellen und Bosporus, ſeien noch in Kraft. Die Regierung ſei davon benachrichtigt, daß vier ruſſiſche Torpedoboote, welche die Handelsflagge gehißt und kein Kriegsmaterial führten, zu verſchiedenen Zeitpunkten, im Dezember und Januar, die Straße paſſirten. Von der Durchfahrt der Schiffe erhielt die Regierung keinerlei Mittheilung von der türkiſchen oder ruſſiſchen Regierung. Entſprechend dem bei anderen Gelegenheiten beobachteten Verfahren ſei der engliſche Vertreter in Konſtantinopel angewieſen, eine Note an die Pforte zu richten, worin erklärt wird, daß die gewährte Erlaubniß den Beſtimmungen des Vertrages zuwiderlaufe, da ſie obligatoriſch für alle Mächte ſeien und daß die britiſche Regierung ſich das Recht vorbehalte, zukünftig ähnliche Privilegien zu beanſpruchen. Auf dieſe Note ging keine Antwort von der türkiſchen Regierung ein. Es ſei nicht wünſchenswerth, die betreffenden Schriftſtücke vorzulegen.

Stavanger, 23. Februar. (W. T. B.) Mit dem hier beheimatheten Dampfer „Jaederen“ kamen heute vier Mann von dem in Geeſtemünde beheimatheten Fiſcherdampfer „Friedrich Albert“, Kapitän Buſchen, an. Der Fiſchdampfer ſtrandete am 19. Januar an der isländiſchen Küſte. Die Beſatzung, 12 Mann, rettete ſich auf eine kleine Sandbank, wo der erſte Maſchiniſt und ein anderer Mann ſtarben. Der Steuermann verſuchte eine größere Sandbank ſchwimmend zu erreichen, verſchwand aber ſpurlos. Die Schiffbrüchigen erreichten das Land in einem ſelbſtgemachten Boot und kamen ſehr ermattet elf Tage nach der Strandung in Rejkjavik auf Island an, wo ſich zur Zeit noch fünf Mann befinden.

London, 23. Februar. (W. T. B.) Dem Parlament ging die Aufſtellung der neu zu bildenden Armeekorps zu. Danach ſind die drei erſten Armeekorps vollſtändig mit Ausnahme von vier Kavallerieregimentern, die ſich jetzt in Südafrika und anderen Kolonien befinden. Das 5. und 6. Armeekorps ſind noch nicht gebildet, doch ſind die ſämmtlichen zur Bildung des 4., 5. und 6. Armeekorps nothwendigen Unterabtheilungen verfügbar, außer 17 regulären Batterien, die jetzt noch in Südafrika ſind und von denen 14 dort noch gebraucht werden. 15 Hülfsbatterien ſind noch nicht gebildet.

London, 23. Februar. (W. T. B.) Die Meldung von dem Ankauf der Schiffe der Liverpooler Beaver Line durch die Canadian Pacific Railway Company beſtätigt ſich. Die Flotte beſteht aus vierzehn meiſtentheils neuen Paſſagier- und Frachtſchiffen.

Paris, 23. Februar. (W. T. B.) Die „Agence Havas“ meldet aus Konſtantinopel: Der Miniſter des Aeußeren, Tewfik Paſcha, theilte heute Nachmittag den öſterreichiſch-ungariſchen und ruſſiſchen Botſchaftern mit, daß der Sultan die in dem Memorandum beiden Mächten vorgeſchlagenen Maßnahmen angenommen hat.

New-York, 21. Februar. (W. T. B.) Meldung des Reuter'ſchen Büreaus: Mittheilungen aus Willemſtad zufolge ſind die Meldungen über angeblich von Venezuela über die Aufſtändiſchen davongetragene Siege falſch.

Washington, 23. Februar. (W. T. B.) Meldung des Reuter'ſchen Büreaus. Einem Bowen zugegangenen nichtamtlichen Telegramm zufolge ſind die von den deutſchen und italieniſchen Geſchwadern beſchlagnahmten venezolaniſchen Schiffe zurückgegeben worden.

Parteigenoſſen,
erwerbt das Bürgerrecht!

Briefkaſten.

Zwei Klubmitglieder. Uns iſt von einer Beſtimmung der Landherrenſchaft, wonach bei Vergnügungen von Vereinen in „Waldesruh“, Volksdorf, jede Perſon ohne Entgelt zum Tanzen zugelaſſen werden muß, nichts bekannt. Unſerer Meinung nach hat die Landherrenſchaft auch kein Recht, ſolche Beſtimmungen zu erlaſſen. — Ein geſchloſſener Verein darf aber überhaupt ohne Weiteres keine fremde Perſonen gegen Bezahlung an ſeinen Feſtlichkeiten theilnehmen laſſen (einige Eingeführte ausgenommen), denn ſonſt nimmt das Vergnügen den Karakter eines öffentlichen an und es muß Vergnügungsſteuer bezahlt und Erlaubniß dazu eingeholt werden. Darauf wird wohl die Sache zurückzuführen ſein.

Th. L. B. 118. Verjährt iſt von den Forderungen nichts. Können Sie beweiſen, daß die Gummiſchuhe geſchenkt ſind, ſo kommen dieſe nicht in Betracht. Rechnen Sie dann Alles zuſammen, was Sie erhalten haben, und auf der anderen Seite, was Sie im Ganzen an Waſchlohn zu fordern haben, und theilen Sie dann dem Manne das Reſultat der Rechnung mit; ſo entweder bekommt der Mann noch etwas heraus, das müſſen Sie bezahlen, oder Sie haben noch eine Forderung an ihn, die Sie verlangen können. Von Erpreſſung und dergl. iſt keine Rede. Wer von dem Anderen noch Geld zu verlangen hat, der fordert es und klagt auf Zahlung, wenn ſolche nicht auf Verlangen erfolgt.

Ein Unwiſſender. Das werden Sie kaum fertig bringen. Wir würden Ihnen zunächſt zum Beſuch der Unterrichtsſtunden im Arbeiter-Bildungsverein, Böhmkenſtraße 4, Hamburg, rathen.

191. und 52. Bezirk. 1) Fünf Jahre. 2) Muß von vorn angefangen werden, doch kann der Senat davon dispenſiren.

P. N. Der Dampfer „Mara Kolb“ gehört der Hanſeatiſchen Dampfer-Kompagnie, Alſterthor 14.

Abonnent. 1) Beide Geſchlechter werden mit Vollendung des 21. Lebensjahres großjährig. 2) Der Vater des jungen Mannes braucht für das uneheliche Kind ſeines Sohnes keine Alimente zu zahlen.

Zwei Harmloſe. Ihr eigenes Geld können Sie verbrennen, in's Waſſer werfen, verſchenken u. ſ. w., das geht kein Gericht etwas an, wohl aber Ihre Familie; die könnte Sie wegen Verſchwendung unter Kuratel ſtellen laſſen.

E. O., Hammerbrook. 1) Das Leiſten des Offenbarungseides hat mit dem Wahlrecht zum Reichstage nichts zu thun; Sie können alſo trotz des Eides wählen. 2) Auch dieſe beiden Sachen hängen mit einander nicht zuſammen. 3) Bei Th. Weidemann, Hammerbrookſtraße 99, können Sie ſich zu jeder Tageszeit aufnehmen laſſen.

Ein treuer Leſer. Wie hoch die Erbſchaftsſteuer iſt, können wir Ihnen erſt ſagen, wenn Sie uns mittheilen, wie Sie mit dem Erblaſſer verwandt ſind.

10. Wenn Ihnen das Schulgeld erlaſſen worden iſt, ſo iſt das keine Armenunterſtützung, die den Verluſt des Wahlrechts zur Folge hat.

B. S., Sachſen. Nein; nach dem Geſetz gilt der Ehemann als Vater des Kindes ſo lange, bis er durch Klage erzwungen hat, daß das Kind als ihm fremdes anerkannt wird. Iſt das geſchehen, dann würde der Schwängerer zur Alimentation herangezogen werden können.

C. K. 12. Sie können dagegen gar nichts machen; Ihre Erlaubniß braucht das Mädchen nicht mehr, um ſich zu vermiethen.

H. F. 1) Darüber beſtimmt die Einwanderungskommiſſion ganz nach Belieben. — Was beſſer iſt? Das wiſſen wir auch nicht. 2) Ja, d. h. wenn Werth angegeben iſt.

M. Cl. 107. Unſerer Meinung nach braucht das Mädchen die Scheibe nicht zu bezahlen; das wäre nur der Fall, wenn ſie ein grobes Verſchulden dabei träfe, und das iſt in dieſem Falle wohl nicht vorliegend.

Mattler. Auf beiden Augen normale Sehſchärfe.

Dumme von de Waterkant. Zu der Antwort in Nr. 44 wird uns von einigen Leſern freundlichſt mitgetheilt, daß das Zahllokal ſich nicht mehr an der angegebenen Stelle, ſondern bei E. Röhl, Billhorner Röhrendamm 126, befindet.

W. E., Uhlenhorſt. Oberflächliche Narben an den genannten Körpertheilen, ausgebildeter Plattfuß.

Zwei ſtreitende Genoſſen. Madame Georgette Leblanc-Maeterlinck hat mit ihrer Truppe im hieſigen Schauſpielhauſe zwei Mal die „Monna Vanna“ gegeben, und zwar Sonntag, 18. Januar, Nachmittags, und Mittwoch, 11. Februar, Abends.

Radfahrer. Wir wiſſen das auch nicht; fragen Sie aber einmal beim Genoſſen Auguſt Huck, Zentralkrankenkaſſe der Tiſchler, Bismarckſtraße 36, an, von dem werden Sie Auskunft erhalten.

Hamm 147. Jawohl; in Hamburg iſt das erlaubt.

Druck und Verlag: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanſtalt Auer & Co. in Hamburg.

Beilage zum Hamburger Echo Nr. 46.

Dienstag, den 24. Februar 1903.

Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Fehlandſtraße 11. — Verantwortlicher Redaktör: Guſtav Waberſky in Hamburg.

Arbeiterbewegung.

An die Lagerhalter Nordweſt-Deutſchlands!

Am Sonntag, den 8. März 1903, Nachmittags 1½ Uhr, findet in Hamburg, Tütges Etabliſſement, Valentinskamp 41/43, eine Konferenz ſtatt, welche ſich mit der Lage der in Konſumvereinen beſchäftigten Lagerhalter beſchäftigen ſoll.

Die Kollegen in unſerem Bezirk werden gebeten, möglichſt vollzählig zu erſcheinen.

Die Verwaltungen der Vereine ſind eingeladen.

Das Agitationskomite
des Lagerhalterverbandes für
Nordweſt-Deutſchland.

NB. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Das techniſche Bühnenperſonal und der Chorſängerverband in Berlin haben an den Reichstag eine Petition um Aufbeſſerung ihrer Arbeitsbedingungen eingereicht. Wie traurig die Lage dieſer Leute iſt, geht daraus hervor, daß z. B. die Chorſänger von ihren dürftigen Monatseinnahmen (58—94 Mark) ſich noch ſämmtliche Bühnenkoſtüme beſchaffen müſſen. Die in der Kommiſſion anweſenden Regierungsvertreter erkannten die volle Berechtigung dieſes Nothſchreis an.

Metallarbeiter. Wir erhalten folgendes Schreiben: „Sorau, N.-L., 22. Februar 1903. Auf Grund des Preßgeſetzes erſuchen wir Sie hiermit um Aufnahme folgender Berichtigung bezüglich der Notiz in Nr. 40 Ihres Blattes über unſere Firma (fälſchlicher Weiſe nur mit Häckel bezeichnet): Es wurden von uns nicht ſämmtliche Arbeiter ausgeſperrt, ſondern nur ein Theil derſelben, welche die Arbeit unbefugt verließen, entlaſſen. Hochachtend Sorauer Maſchinenfabrik, vorm. Wilh. Heckel.

Maßregelung organiſirter Arbeiter. Bekanntlich haben die Arbeitgeber der Holz- und Steininduſtrie von Oderberg-Bralitz-Neuenhagen die allgemeine Ausſperrung aller Arbeiter, die noch bis zum 15. Januar der gewerkſchaftlichen Organiſation angehören, am 10. Januar ſang- und klanglos zurückgezogen. Man war daher allgemein der Anſicht, daß darin das ſtille Zugeſtändniß der Anerkennung unſerer Organiſation, wenn auch mit Widerwillen, ausgedrückt war. Deſſenungeachtet wird ein regelrechter Feldzug gegen unſere Vereinigung von mehreren Firmen ſkrupellos in's Werk geſetzt. Die dabei angewandte Methode beſteht darin, daß mit Vorliebe die älteren Arbeiter, die ſchon bereits 18 bis 25 Jahre ununterbrochen im Betriebe thätig waren, entlaſſen werden. Ein karakteriſtiſches Beiſpiel iſt folgendes ungeſetzliche Zeugniß:

> „Dem Kreisſägenſchneider . . . aus Bralitz beſtätige hiermit, daß derſelbe ſeit dem 17. April 1877, alſo über 25 Jahre lang, in meinem Betriebe thätig geweſen iſt. Zu meinem lebhaften Bedauern kann ich ihn aber nicht länger beſchäftigen, da ich ſeinen Einfluß auf die Ruhe meiner Arbeiter für ſchädlich halte.
> (Unterſchrift.)"

Die angebliche Gefährdung der Ruhe beſtand eben darin, daß faſt alle Arbeiter der betreffenden Firma, etwa 200, ſich in aller Ruhe organiſirt haben. Daher die unbeſchreibliche Wuth der Unternehmer. Fragen die Arbeiter um Beſchäftigung an, ſo erfolgt mit Lächeln die Antwort: „Wenn Sie dem Verein nicht angehören, können Sie anfangen." Hinzu kommt die rückſichtsloſe Behandlung Derjenigen, die in Arbeit ſtehen, eine Herausforderung folgt der anderen und zwar durch Lohnreduktionen und Verſchlechterung der Arbeitsbedingungen. Dadurch ſoll unter den Arbeitern der Glaube erweckt werden, daß ſie ohne Organiſation wirthſchaftlich beſſer geſtellt waren. Die berüchtigte Scharfmacherei, die ihren Widerhall in der „Deutſchen Arbeitgeber-Zeitung" findet, hat hier ſchon einen gemeingefährlichen Karakter angenommen. Die emſige Thätigkeit der Behörden gegenüber den Streikpoſten, der aufdringliche Schutz, welcher den Arbeitswilligen, die von außerhalb herangezogen worden ſind, zu Theil geworden iſt, bietet den beſten Beweis. Auch das Streber- und Denunziantenthum findet unter den jetzigen Verhältniſſen, wo Zuckerbrot oder Peitſche regiert, ſeine Nahrung. Anklagen folgen auf Anklagen, jede ſachliche Kritik der Mißſtände in den Betrieben wird geahndet mit einem Verhör oder auch mit der Entlaſſung. Groß iſt die Zahl der gemaßregelten und ausgeſperrten Kollegen, die wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organiſation nicht eingeſtellt werden. Dieſe großen Opfer erfordern große Verpflichtungen, die wir Angeſichts der kurzen Zeit, in der wir organiſirt ſind, nicht tragen können. Wir wenden uns daher an die ſo oft bewieſene Solidarität der geſammten Arbeiter. Nur durch ſie waren wir im Stande, den Hochmuth der Unternehmer, die im Intereſſe ihres Profits den Kampf um die Vernichtung unſerer Organiſation mit den verwerflichſten Mitteln führen, Trotz und Ausdauer entgegenzubringen. Darum, Genoſſen, helft uns in dem Kampfe, den wir zu führen gezwungen ſind! Gelder ſind an den Kaſſirer Wilhelm Raſch, Oderberg (Markt), Berlinerſtraße 44a, zu ſenden.

Der Arbeitsnachweis der Flaſchenfabrikanten bildete bekanntlich eines der Kampfobjekte in dem großen Flaſchenmacherſtreik, weil dieſer Arbeitsnachweis, der ſeinen Sitz in Hamburg hat, ſeine Wirkſamkeit aber über ganz Deutſchland erſtreckt, nichts Anderes iſt als eine Einrichtung, durch die — grade ſo wie in der Metallinduſtrie — alle Arbeiter, welche ſich durch Wahrnehmung ihrer Intereſſen „mißliebig" gemacht haben, brotlos gemacht werden. Die Fabrikanten haben natürlich ſtets beſtritten, daß ihr Arbeitsnachweis ein Maßregelungsbüreau iſt, und ein ſächſiſcher Fabrikinſpektor hat ſich — wie Genoſſe Horn kürzlich im Reichstage ausführte — in dieſer Hinſicht zum Vertheidiger der Flaſchenfabrikanten aufgeworfen, indem er in ſeinem Bericht ſagte, daß der von den Flaſchenmachern geforderte paritätiſche Arbeitsnachweis durch den beſtehenden Arbeitsnachweis der Fabrikanten bereits verwirklicht ſei. Angeſichts ſolcher Vertheidigungsverſuche von amtlicher Stelle iſt es recht intereſſant zu hören, wie die berufenen Wortführer der Fabrikanten den Karakter des berüchtigten Arbeitsnachweiſes beurtheilen. Die „Chemiker-Zeitung", ein Unternehmerorgan, brachte in einer ihrer letzten Nummern einen zweifellos von einem Eingeweihten herrührenden Artikel über die Flaſcheninduſtrie. Der Artikelſchreiber führt aus, daß der Abſatz der deutſchen Flaſchenfabriken zurückgegangen ſei, daß in Folge deſſen verſchiedene Hütten die Produktion eingeſchränkt und die Löhne herabgeſetzt haben. Die Abſatzſtockung habe auch auf die gewerkſchaftliche Bewegung der Flaſchenmacher einen ſchwächenden Einfluß ausgeübt. Dann heißt es:

> „Von dieſer (der Arbeiterorganiſation. Red.) iſt nur zu oft die Flaſchen-Glasinduſtrie bisher in nachtheiligem Sinne beeinflußt worden (ſoll heißen, die Arbeiter haben willkürliche Lohnherabſetzungen mit Erfolg abgewehrt. Red.), jedoch iſt dem Beſtreben des gewerkſchaftlich organiſirten Fachvereins, Einfluß auf die Betriebe zu gewinnen, gründlichſt vorgebeugt worden durch die ſeit dem 1. Januar 1901 ſeitens der „Vereinigung deutſcher Flaſchenfabriken" getroffene Einrichtung eines die Glasmacher angehenden, nicht etwa paritätiſch gehandhabten, ſondern lediglich im Intereſſe der Arbeitgeber geregelten Arbeitsnachweiſes, durch welchen der beſtändigen Fluktuirung der Glasmacher von einer zur anderen Hütte mit Erfolg ein Ende bereitet worden iſt, ſo daß Letztere, wenn auch in vielen Fällen unfreiwillig, dort feſtſitzen müſſen, wo ſie ſind. Die Schaffung dieſes in Hamburg anſäſſigen Arbeitsnachweiſes iſt die eigentliche Urſache des im Vorjahre ſich vollziehenden Ausſtandes der Flaſchenglasmacher geweſen."

Hier wird alſo von Unternehmerſeite ohne Umſchweife zugegeben, was die Arbeiter übrigens längſt wußten, daß der Arbeitsnachweis des Fabrikantenringes einzig und allein den Intereſſen der Unternehmer dient, während er die Arbeiter mit rückſichtsloſer Brutalität unter den Willen der Fabrikanten zwingt. Selbſt die Bewegungsfreiheit der Arbeiter, das geſetzlich anerkannte Recht der Freizügigkeit wird durch den berüchtigten Arbeitsnachweis beſeitigt. Die Arbeiter müſſen feſtſitzen, wo ſie ſind. Sie ſollen nicht dahin gehen, wo ihnen beſſere Lohn- und Arbeitsbedingungen in Ausſicht ſtehen. Wie die Leibeigenen der Junker in früheren Jahrhunderten, ſo ſollen die angeblich „freien" Arbeiter im 20. Jahrhundert dem „Fabrikherrn" zeitlebens dienſtbar ſein, und ſich den Bedingungen fügen, die der „Herr" diktirt, und eine ſo ſchmähliche Vergewaltigung der Arbeiter kann offen betrieben werden, ohne daß Geſetz und Rechtſprechung eine Handhabe bieten, dagegen einzuſchreiten. Aber es wird ſchon noch die Zeit kommen, wo die Arbeiterorganiſation ſtark genug iſt, ſolche Bedrückungen abzuſchütteln.

Der Ausſtand der Holzarbeiter bei der Firma Talge in Stettin iſt beendet; die Arbeiter werden zu den alten Lohnſätzen eingeſtellt.

In der Schuhfabrik von Auguſt Weſſels in Augsburg wurden 8 Arbeiter entlaſſen, weil ſie die Einſetzung eines Fabrikausſchuſſes verlangten. Unter den Entlaſſenen befinden ſich die Verwaltungsmitglieder des Verbandes.

Glasarbeiter. Der geſammten Belegſchaft der Fenner Glashütte (in Fenne bei Völklingen, Rheinprovinz) iſt zum 5. März gekündigt worden.

Der Arbeitsvertrag im Stuttgarter Baugewerbe, welchen eine gemeinſame Kommiſſion ausgearbeitet hat, wurde von den Verſammlungen der Maurer, Zimmerer und Steinhauer mit großer Majorität gutgeheißen.

Tages-Bericht.

Montag, den 23. Februar 1903.

Hamburg.

Auf die beiden Frauenverſammlungen am Mittwoch, 25. d. M., machen wir unſere Leſer aufmerkſam. Im Lokale des Herrn Struck, Fruchtallee 70, wird die Genoſſin Fahrenwald über das Thema: „Der Kinderſchutz im Reichstage" referiren, während im „Marienhof", Grünerdeich, Genoſſin Zietz über „Das Vereins- und Wahlrecht der Frauen" ſprechen wird.

Neuwahl eines von den Mitgliedern der Gerichte und Verwaltungsbehörden zu wählenden Abgeordneten zur Bürgerſchaft. Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung des Senates vom 4. Februar d. J. bringt die Zentralwahlkommiſſion zur öffentlichen Kunde, daß für die am Dienstag, 3. März, ſtattfindende Wahl von denjenigen Bürgern, welche Mitglieder der in Anlage C zum Wahlgeſetze verzeichneten Gerichte oder Verwaltungsbehörden ſind oder geweſen ſind, das Wahllokal im Patriotiſchen Hauſe im 1. Stock, Zimmer 22, von Morgens 9 Uhr bis Abends 6 Uhr zur Entgegennahme der Stimmzettel geöffnet ſein wird.

Dienſtbotenkrankenkaſſe. Die Abmeldung eines aus dem Dienſt getretenen Dienſtboten wird vielfach verſäumt. Die Folge iſt, daß die Dienſtherrſchaften fortgeſetzt die Beiträge weiterzahlen müſſen. Die Polizeibehörde macht wiederholt darauf aufmerkſam, daß die Abmeldung ſofort nach dem Abgange eines Dienſtboten mittels der rothen Poſtkarte zu beſchaffen iſt. Wenn ein Dienſtbote nur bis zum 15. eines Monats im Dienſt war und die Abmeldung binnen einer Woche bei der Polizeibehörde erfolgt, wird für den laufenden Monat kein Beitrag zur Dienſtbotenkrankenkaſſe mehr erhoben. Für den Kalendermonat, in welchem der Austritt des Dienſtes erfolgt, iſt jedoch ſtets der Beitrag zu entrichten. Die Beiträge für die Invalidenverſicherung werden dagegen nur für die Dauer der Dienſtzeit erhoben und wochweiſe berechnet.

Arbeitsloſenſtatiſtik der Maler und Lackirer Hamburgs vom 5. bis 31. Januar:

Beruf	Total: Mitgliederzahl	Total: Zahl der Befragten	Total: Arbeitslos waren zuſammen	Verheirathete: Zahl	Verheirathete: Ausgefallene Arbeitstage wegen Arbeitsmangels	Verheirathete: Ausgefallene Arbeitstage wegen Witterung	Verheirathete: Ausgefallene Arbeitstage wegen Krankheit
Maler	948	880	589	290	5513½	—	164
Lackirer	85	74	18	6	83	—	—

Gemeinnützige Hamburger Arbeitsnachweiſe. I. Arbeitsnachweis der Patriotiſchen Geſellſchaft. Vermittlungsthätigkeit in der Woche vom 16. bis 21. Februar. a. Allgemeiner Nachweis, Harburgerſtraße. Es wurden Arbeiter angeſtellt in ſtaatlichen Betrieben 1456, in Privatbetrieben 30, zuſammen 1486. b. Landwirthſchaftlicher Nachweis, Amſinckſtraße 7, I. Stellen waren gemeldet für 3 Mägde, 52 Knechte, 11 Familien, 1 ungelernten Arbeiter, 1 Kutſcher. Stellung wurde nachgewieſen an 1 Magd, 12 Knechte, 2 Familien, 1 ungelernten Arbeiter. II. Arbeitsnachweiſungsanſtalt von 1848, Gerhofſtraße 9, II. Stellen waren gemeldet für 220 Perſonen. Stellung wurde nachgewieſen an 218 Perſonen, für 213 weibliche, 5 männliche Perſonen.

Die Produktivgenoſſenſchaft der Bäckereiarbeiter, „Vorwärts", (E. G. m. b. H.) erzielte im Jahre 1902 bei einem Geſammtumſatz von M. 533 289,07 (1901: M. 454 489,32) einen Reingewinn von M. 20 746,65 (1901: M. 16 845,34). Seit 1895 iſt der Geſammtumſatz von M. 110 121,26 und der Reingewinn von M. 79,43 auf die obigen Summen geſtiegen, gewiß ein glänzender Erfolg. Der Geſchäftsbericht beſagt:

„Der innere Betrieb wurde weſentlich rationeller geſtaltet, indem Maſchinen theils neu eingeſtellt, theils verbeſſert wurden. Außerdem erhöhte ſich der Pferdebeſtand von zehn und zwölf. Beſonders erwähnenswerth iſt die Neueinſtellung einer Teigknetmaſchine und eines Elektromotors für die Weißbäckerei. Die durchgreifendſte Reform aber dürfte in der von uns ebenfalls im Berichtsjahre eingeführten achtſtündigen Arbeitszeit liegen. Im Anfang erforderte die Achtſtundenſchicht allerdings eine kleine Perſonalvermehrung um zwei Grobbäcker und einen Weißbäcker. Aber ſchon nach kurzer Zeit iſt dieſe Vermehrung durch intenſivere Leiſtungen und geſteigerten Abſatz reichlich ausgeglichen worden, und da ſpäter dem Weißbäckerperſonal der dritte Expedient entnommen wurde ohne Neueinſtellung, ſo iſt eine eigentliche größere Belaſtung des Unkoſtenkontos nicht eingetreten, und wir können die bereits anderwärts gemachte Wahrnehmung, daß die Verkürzung der Arbeitszeit neben allen Vortheilen für den Arbeiter auch für den Betrieb nur nützlich iſt, beſtätigen. Der Grundbeſitz der Genoſſenſchaft wurde ebenfalls erweitert und das angrenzende, zur Zeit noch unbebaute Terrän Frankenſtraße 12—14 für zirka M 80 000 erworben. Dies geſchah, um der Genoſſenſchaft für eventuelle ſpätere Ausdehnung den Platz zu ſichern. Bis zum 1. Oktober 1903 iſt das Terrän als Lagerplatz vermiethet, ſpäter aber werden wir daſſelbe zum größeren Theil mit guten, komfortablen, kleineren und mittleren Wohnungen bebauen laſſen, um damit unſeren beſcheidenen Antheil an der Verbeſſerung der Wohnungsverhältniſſe beizuſteuern. Hoffentlich finden wir zu dieſem letzteren Vorhaben die Unterſtützung der Verſicherungsanſtalt der Hanſeſtädte. Um den Brotkoſumenten entgegen zu kommen, entſchloſſen wir uns, das Brotgewicht zu erhöhen, ſo daß wir ſeit dem verfloſſenen Herbſt mit einigen anderen Brotfabriken das größte Brot liefern. Bezüglich der Verwendung des vorjährigen Reingewinnes ſei mitgetheilt, daß wir der Weißbrotkundſchaft eine einprozentige Einkaufsprämie gaben. M 2000 wurden ausgeſetzt zur Erwerbung eines Geſchäftsantheiles an einer Geſellſchaft zum Bau eines Gewerkſchaftshauſes in Hamburg. Zur Unterſtützung hülfsbedürftiger Berufsgenoſſen wurden dem Bäckerverband, Mitgliedſchaft Hamburg, M 500 und dem Konditorenverband M 100, zur Unterſtützung von nothleidenden Familien organiſirter Arbeiter dem Arbeiterfrauenbund M 500 überwieſen. Zum ſelben Zweck wurden dem Arbeiterfrauenbund einige Hundert Brotkarten zur Verfügung geſtellt. Dem Unterſtützungsfonds der Genoſſenſchaft wurden M 3000 zugewieſen. Das Perſonal der Genoſſenſchaft erhielt für jede im Jahre 1901 geleiſtete Arbeitswoche M 1, bis zum Höchſtbetrage von M 50 pro Jahr als Gratifikation. Die von der Generalverſammlung hierfür beſchloſſene Summe belief ſich auf M 1716, indeſſen gelangten nur M 1616 zur Vertheilung. Die hierfür maßgebenden Umſtände glauben wir im Bericht erläutern zu ſollen. Der gegenwärtige Aufſichtsrath entſchied auf Grund einer Aeußerung des früheren Aufſichtsraths-Vorſitzenden, daß die beiden im Kontor beſchäftigten Vorſtandsmitglieder von der Gratifikation auszuſchließen ſeien und daß die Angelegenheit der nächſten Generalverſammlung zur Beſchlußfaſſung vorzulegen iſt. Unſere Beziehungen zur deutſchen Genoſſenſchaftswelt haben zwar eine, für uns aber höchſt unſchädliche Aenderung erfahren, indem wir auf dem Genoſſenſchaftstage zu Kreuznach unter der ſattſam bekannten Begründung des Herrn Verbandsanwaltes Crüger aus dem Allgemeinen Verband ausgeſchloſſen wurden. Infolge der Kreuznacher Vorgänge löſten bekanntlich viele der Unter- oder Reviſionsverbände ihr Verhältniß zum Allgemeinen Verbande. Auch der nordweſtdeutſche Unterverband, dem wir angehören, beſchloß ſeinen inzwiſchen vollzogenen Austritt und blieb ſo als Reviſionsverband erhalten. Die Unterverbandstage wurden von uns beſchickt. Unſere Beziehungen zum Reviſionsverbande ſowie auch zur Großeinkaufsgeſellſchaft deutſcher Konſumvereine ſind die beſten. Im Intereſſe des beſſeren genoſſenſchaftlichen Zuſammenwirkens traten wir der Großeinkaufsgeſellſchaft als Mitglied bei, und um den genoſſenſchaftlichen Geiſt unter unſeren eigenen Mitgliedern zu pflegen, ſtellen wir ihnen eine Anzahl Exemplare des „Wochenbericht" zur Verfügung. Bevor wir zur rechnungsmäßigen Darſtellung unſerer geſchäftlichen Verhältniſſe übergehen, geben wir einen Ueberblick über den Verbrauch von Rohmaterialien, auf deren Einkauf wieder große Sorgfalt gelegt wurde. Hierbei ſei bemerkt, daß es dem Vorſtande auch in dieſem Jahre gelang, durch rechtzeitige und günſtige Abſchlüſſe ſehr vortheilhaft zu kaufen. Die von uns gezahlten Mehlpreiſe ſtanden meiſtens unter den Tagesnotirungen. Es wurden im Berichtsjahre verbacken bezw. verbraucht: 9490 Sack Weizenmehl, 7030 Sack Roggenmehl, 78 Sack Gries, 32 845 Kilogramm Butter und Schmalz, 15 380 Kilogramm Hefe, 15 800 Kilogramm Zucker, 1931 Kilogramm Roſinen, 1025 Kilogramm Korinthen, 160 Kilogramm Sukkade, 850 Kilogramm Marzipan, 975 Kilogramm Kartoffelmehl, 740 Kilogramm Puder, 330 Kilogramm Mandeln, 251 Sack Salz, 2943 Kilogramm Oel, 8080 Kilogramm Syrup, 97 Eimer Marmelade, 96 119 Liter Milch, 922 Schock Eier, 812 Flaſchen Eiweiß und für M 1316 Gewürze, Farben u. ſ. w. Für das Betriebsperſonal ſind, um die Reinlichkeit zu erhöhen, Backkittel beſchafft und iſt eine Wäſcherei eingerichtet worden."

Das Perſonal der Genoſſenſchaft beſteht aus zwei im Kontor beſchäftigten Hauptvorſtandsmitgliedern mit M 2000 Gehalt (bei Einem auch freie Wohnung im Werthe von etwa M 300), drei Expedienten mit M 26—29 Lohn pro Woche, zwölf Grob- und zwölf Weißbäckern und zwei Konditoren mit M 26 bis M 29 Wochenlohn, zehn Kutſchern mit M 26—28 bezw. M 15 pro Woche und 2 pZt. Umſatzvergütung, einer Verkäuferin und einer Waſch- und Scheuerfrau, Erſtere mit M 16 pro Woche, Letztere mit M 3 pro Tag. Außerdem iſt zeitweilig ein Buchhalter mit M 6 pro Tag beſchäftigt und eine Anzahl Aushülfsperſonal in der Bäckerei.

Zum Raubmord an dem Schiffer Schmidt im Saalehafen. Bekanntlich wurde am 23. Dezember 1902 der am 2. Februar 1844 zu Alsleben geborene Schiffer Franz Schmidt auf ſeinem im Saalehafen liegenden Kahn Nr. 823 erſchlagen und beraubt. Die Ermittlung des Raubmörders geſtaltete ſich um ſo ſchwieriger, als er einen bedeutenden Vorſprung gewonnen hatte, denn das Verbrechen wurde erſt nach drei Tagen durch einen Zufall entdeckt. Die Kriminalpolizei nahm verſchiedene Perſonen feſt, mußte ſie aber bald wieder entlaſſen. Als der wirkliche Thäter wurde in Schifferkreiſen ein Steuermann bezeichnet, der den Erſchlagenen ſehr gut gekannt hat und gleich dem Erſchlagenen aus Alsleben ſtammt; auch er wurde vom Gericht auf freien Fuß geſetzt. Als der ſchwere Verdacht, doch den Schiffer Schmidt ermordet und beraubt zu haben, immer ſtärker gegen ihn wurde, ſo daß die Kriminalpolizei ſich veranlaßt fühlte, zu ſeiner Feſtnahme zu ſchreiten, war der Steuermann ſpurlos verſchwunden. Man forſchte Wochen lang nach ihm, ohne ihn zu finden; jetzt iſt es endlich gelungen, ſeiner in Alsleben habhaft zu werden, auch iſt er ferner verdächtig, auf mehreren Kähnen Einbrüche verübt zu haben, die dem auf dem Schmidt'ſchen Kahn ganz ähnlich ſind.

Ueberfallen und beraubt. Als in letzter Nacht ein an der Neumannſtraße 22 wohnender Büreaugehülfe über die Mundsburgerbrücke ſchritt, drangen zwei Männer auf das ahnungslos ſeines Weges gehende Ehepaar ein. Die Strolche ſtießen die Frau bei Seite, riſſen dann den Ehemann zu Boden, verletzten ihn am Hinterkopf und raubten ihrem Opfer dann den neuen Schirm im Werth von M. 12. Die ſofort aufgenommene Verfolgung der Straßenräuber verlief leider ohne jeden Erfolg.

Straßenraub in Oldesloe. Auf einer Koppel beim Bahnhof Oldesloe iſt am 21. d. M. der Arbeiter Robert Manske aus Steinrade von dem Schiffer Johann Graudenz, 22 Jahre alt, und dem Zimmermann Guſtav Wolf, 35 Jahre alt, überfallen und ſeines Portemonnaies mit M. 25 Inhalt beraubt worden. Die beiden Räuber werden polizeilich geſucht.

Selbſtmord eines Dienſtmädchens auf offener Straße. Heute Morgen gab An der Alſter vor den Augen der Vorübergehenden ein junges Mädchen einen Schuß aus einem mit Platzpatronen geladenen Revolver auf ſich ab; es hatte ſich an der rechten Schläfe ſchwer verletzt und verſtarb ſchon nach kurzer Zeit. Die Perſon iſt ein 18jähriges Dienſtmädchen, das zuletzt am Steindamm konditionirte.

Die Leichen zweier Männer wurden geſtern am Krahnhöft und am St. Pauli Markt aus dem Waſſer gezogen und in's Hafenkrankenhaus gebracht.

Und er warf das Packet ihm in's Geſicht, den Dank, Schutzmann, begehr' ich nicht — und verließ ihn zur ſelbigen Stunde! Am 12. d. M., Abends 8 Uhr, ſah ein Schutzmann auf der Stadthausbrücke einen verdächtigen Mann, der mit einem großen Packet nach der Kaffeehalle in der Düſternſtraße ging. Als der Arm der Gerechtigkeit ſich ausſtreckte, um den vom Auge des Geſetzes erſpähten Verdächtigen feſtzunehmen, warf dieſer ſein Packet dem Schutzmann direckt in's Geſicht, entlief und entkam auch. Das große Packet enthielt ſechszehn kleinere Packete mit chineſiſchen Schweinsborſten. Der Eigenthümer kann ſich im Stadthauſe, Zimmer 139, melden.

Wegen unglücklicher Liebe beging heute Mittag ein an der Reeperbahn wohnender Herr in ſeiner Wohnung einen Selbſtmordverſuch; er ſchnitt ſich unter Zuhülfenahme eines Raſirmeſſers die Pulsader der rechten Hand auf. Man beförderte den Lebensmüden, der einen großen Blutverluſt erlitten hatte, in's Hafenkrankenhaus.

Ein dreiſter Diebſtahl wurde am 20. d. M., Nachmittags 3 Uhr, in einem Papiergeſchäft an der Reeperbahn ausgeführt. Dort erſchien ein etwa 22jähriger Mann, der ein Geſchäftsbuch beſtellte, welches nach der Seilerſtraße geſchickt werden ſollte, zugleich kaufte er für 5 ₰ Kouverts. Während die Verkäuferin ſich umdrehte, um die Kouverts zu holen, ergriff der Mann eine auf der Toonbank ſtehende Büchſe mit M. 8 und entlief damit.

Aus dem Werk- und Armenhauſe entlaufen iſt der aus Ronnebek gebürtige Inſaſſe Heinrich Tewes, ein Krüppel, dem das rechte Bein beim Oberſchenkel amputirt iſt.

Einen Ueberzieher wollte ein 25jähriger Mann am 29. d. M. bei einem Pfandleiher am Hohlenweg verſetzen. Als er ſich legitimiren ſollte, entlief er unter Zurücklaſſung des Ueberziehers, der das Monogramm T. W. trägt. Der Eigenthümer kann ſich im Stadthauſe, Zimmer 139, melden.

Aus der Haft entlaſſen worden iſt vorläufig wieder vom Gericht jener penſionirte Polizeibeamte, der, wie in der Sonntagsnummer unter der Spitzmarke „Mordverſuch, Betrug und Unterſchlagung" berichtet, wegen dieſer drei ſchweren Beſchuldigungen zum zweiten Male verhaftet worden war.

Hamburger Landgebiet.

Fuhlsbüttel-Langenhorn. Am Sonntag, Nachmittags 4 Uhr, fand im Lokale der Wittwe Wegner an der Langenhorner Chauſſee eine gut beſuchte Volksverſammlung ſtatt, in der an Stelle des verhinderten Reichstagsabgeordneten Metzger der Genoſſe Emil Fiſcher über die bevorſtehende Reichstagswahl ſprach und ermahnte, die wenigen Monate bis zur Wahl fleißig zur Agitation für die Sozialdemokratie auszunützen. Die wirthſchaftspolitiſchen Fragen, welche die arbeitende Bevölkerung am nächſten berühren, würden auch im künftigen Reichstage im Vordergrund ſtehen, deshalb hätte grade die arbeitende Bevölkerung ein lebhaftes Intereſſe daran, daß eine andere Zuſammenſetzung des Reichstages herbeigeführt und mit der reaktionären Mehrheit deſſelben Kehraus gemacht wird. Der Vorſitzende Kaiſer forderte auf, am Wahltage wieder dem bewährten Abgeordneten des dritten Hamburger Wahlkreiſes, dem Genoſſen Wilhelm Metzger, die Stimme zu geben.

k. **Bergedorf.** Spurlos verſchwunden iſt ſeit Sonntag der Landbriefträger Heinrich Röhrs. Derſelbe iſt zuletzt auf dem Rückwege in Beſenhorſt geſehen worden, von da ab fehlt jede Spur über deſſen Verbleib. Ob demſelben ein Unglück zugeſtoßen, müſſen die angeſtellten Recherchen, welche aber bis jetzt erfolglos geblieben ſind, ergeben. Der Vermißte iſt verheirathet und ſteht ſeit zirka acht Jahren im Dienſte der kaiſerlichen Poſt.

a. **Geeſthacht.** Eine Verſammlung des hieſigen Diſtrikts des 3. Hamburger Wahlkreiſes tagte am Sonnabend im Lokale des Herrn H. Jovers. Den Bericht von der Generalverſammlung des 3. Wahlkreiſes erſtattete der Genoſſe Sowa. An den Bericht ſchloß ſich eine recht rege Debatte, an der ſich die Genoſſen Peters, Martens, Wahlgren und Sowa betheiligten. Dem Jahresberichte, den der Genoſſe Gödecke erſtattete, iſt zu entnehmen, daß im verfloſſenen Jahre 4 öffentliche und 13 Mitgliederverſammlungen ſtatigefunden haben. Der Beſuch ließ im Allgemeinen zu wünſchen übrig. Ein guter Beſuch war nur vorhanden, als Adolf Hoffmann-Berlin und Metzger referirten. Ueber die Thätigkeit der Gemeindevertretung wurde faſt in jeder Verſammlung berichtet, außerdem ein Flugblatt verbreitet, in dem das Vorgehen der Gegner, ſpeziell des Vorſitzenden Krüger, bei der Statutenberathung ſcharf kritiſirt wurde. Die geſammte Einnahme des Diſtrikts betrug M. 1021,32, worunter M. 130,51 aus Extrabeiträgen dem Kaſſirer des 3. Wahlkreiſes wurden M. 626,13 überwieſen. Getadelt wurde die ſchlechte Betheiligung der Genoſſen an der Flugblattverbreitung. Die Mitgliederzahl des Diſtrikts betrug am Schluſſe des Berichtsjahres 246 gegen 238 im vorhergehenden Jahre. Den Berufen nach vertheilen ſich die Mitglieder wie folgt: Arbeiter 76, Bäcker 2, Barbiere 3, Bandreißer 5, Buchbinder 1, Glasmacher 15, Händler 3, Heizer 1, Klempner und Mechaniker 1, Korbmacher 77, Maler 3, Maurer 14, Milchhändler 2, Muſiker 8, Sattler 1, Schlachter 2, Schloſſer 3, Schneider 2, Schuhmacher 2, Steinbrügger 1, Tiſchler 8, Wirthe 6, Zimmerleute 6, Frauen 4. In die Diſtriktsverwaltung wurden gewählt: Bordt als Diſtriktsführer, Ballinder als Kaſſirer, Lühmann zum Schriftführer, J. Peters und H. Peters zu Reviſoren. Nach einer Vereinbarung der Diſtriktsverwaltung und der Kartellkommiſſion ſoll am 1. Mai Morgens eine Verſammlung, Nachmittags Konzert und Abends wieder eine öffentliche Verſammlung ſtattfinden. Die Verſammlung erklärte ſich damit einverſtanden.

Hannover.

Geeſtemünde. Dem Bericht des deutſchen Konſuls in Rejkjavik über die Strandungsgeſchichte des „Friedrich Albert" entnehmen wir Folgendes: In der Nacht vom 13. zum 14. Januar hatte der Dampfer den Geeſtemünder Hafen verlaſſen, und am 19. Januar, alſo bald nach der Ankunft bei Island, warf der Sturm den Dampfer auf den Strand. Nur mit dem Nöthigſten bekleidet, rettete ſich die aus zwölf Perſonen beſtehende Beſatzung an Land. Weit und breit beſtand hier die Küſte nur aus Sanddünen und Gletſchern, von Vegetation war kaum eine Spur vorhanden. Auf irgend eine Weiſe waren die Schiffbrüchigen noch in den Beſitz eines kleinen Quantums von Schiffsproviant gelangt, mit welchem ſie zunächſt hauszuhalten hatten. Wenn ſich die Aermſten den ganzen Tag über nach einem Ausweg aus dieſer Wüſte müde geſucht hatten, ſanken ſie Abends hinter Sandhügeln, welche vor dem ſchneidenden Winde einigen Schutz boten, zum Schlafen zu Boden, bis ihnen ſchließlich ein größeres Stück Segeltuch in die Hände fiel, aus welchem ſie ſich ein vor dem Winde beſſer ſchützendes Zelt herrichteten.

Carl Schultze-Theater.

K. Nach etwa 10jähriger Pauſe wurde am Sonnabend die reizvolle Operette „Farinelli" im Carl Schultze-Theater wieder einmal gegeben. „Farinelli" hat am 1. Dezember 1886 am Carl Schultze-Theater ſeine erſte Aufführung erlebt. Hermann Zumpe war damals am Hamburger Stadttheater engagirt. Charles Caßmann, der jetzige Oberregiſſör am Ernſt Drucker-Theater, und der verſtorbene F. W. Wulff hatten ihm das Libretto geliefert, zu dem Zumpe dann ſein prächtiges Werk komponirte. Er war damals ein Dreißigjähriger. Heute ſteht er als einer der Erſten in der muſikaliſchen Welt. Seine mehrjährige Leitung der Münchener „Philharmoniſchen" hat ihm einen Namen gemacht. Jetzt iſt er nach einer kurzen Thätigkeit in Schwerin Generalmuſikdirektor in München.

„Farinelli" wird häufig als komiſche Oper in der Muſikliteratur verzeichnet. Sie könnte auch recht gut als eine ſolche gehen. Ohne Zweifel ſind ihre muſikaliſchen Qualitäten größer, als die aller Operetten der letzten zehn Jahre zuſammengenommen. Doch auch die Schwierigkeiten des Werkes ſind ſehr große. Das iſt auch der Grund, weshalb die Operette ſo gut wie ganz vom Repertoire unſerer Operettenbühnen verſchwunden iſt. Es giebt unter dem Perſonal dieſer Theater ſelten einen Künſtler, der der Partie des Farinelli gewachſen iſt. Und nur der Beſitz eines Tenors wie Paul Stampa ſetzte das Carl Schultze-Theater in die Lage, das Werk herauszubringen und damit einen künſtleriſchen Triumph zu erzielen, wie er ihm ſeit Jahren nicht beſchieden war.

Farinelli, der fahrende Sänger, der ob ſeiner ſchönen Stimme vom ſpaniſchen König Fernando zum Kammerſänger ernannt wird und der mit ſeinem Liede die Schwermuth des Königs ſcheucht, ſo daß er ſich aufrafft und ſeinen beim Volke verhaßten, im Dienſte der Inquiſition ſtehenden Miniſter zum Teufel jagt, kommt in den drei Akten der Operette kaum von der Bühne, ein Lied jagt das andere, und dazwiſchen fallen Duette und Enſembleſätze, in denen er einen ſchwierigen Part hat. An die Kehlfertigkeit des Sängers werden ſehr große Anforderungen geſtellt. Aber nicht nur das Alles bewältigte Stampa mit Leichtigkeit, ſondern er ſang auch ſehr ſchön und mit dramatiſchem Ausdruck. Das Lied „Küſſe mich, Manuela" war eine Glanzleiſtung in jeder Beziehung. Friſch war auch des Künſtlers Spiel, dem man ſtets anmerkt, daß man es mit einem Schauſpieler zu thun hat. Wie es heißt, will Stampa den Sprung von der Operette, der er ja auch erſt kurze Zeit angehört, zur Oper wagen. Er wird ſicher auch dort ſeinen Weg machen.

Am Sonnabend wurde der Künſtler wohl an die Dutzend Male bei offener Szene mit ſtürmiſchem Beifall gradezu überſchüttet, und nach den Aktſchlüſſen — es war auch Stampes Ehren- und Vortheilsabend — nahm der Beifall außerordentliche Dimenſionen an. Man rief Stampa immer und immer wieder, und der Beifall praſſelte nur ſo. Am Schluß wollte ein großer Theil des Publikums gar nicht weichen, ſo hingeriſſen war man von der brillanten Leiſtung und ohne Zweifel auch von der durch ſie trefflichſt interpretirten Zumpe'ſchen Muſik.

Auch die übrige Wiedergabe des Werkes war ſehr gut. Wallners Regie und die muſikaliſche Einſtudirung durch Stefanides waren höchſten Lobes werth. Von den einzelnen Leiſtungen ſeien Endtreſſers König, Mizzi Schütz als Donna Elvira, Carlos Don Valcroſo erwähnt. Als Donna Maria bot Dora Dorſay eine ausgezeichnete geſangliche Leiſtung. Sehr komiſch war Wallner als Theaterdirektor und Koswitz als deſſen Faktotum Pancho. Die Beiden ernteten mit ihrem Koupletvortrage „Das haben wir nicht kontraktlich", dem ſie neue (Wallner'ſche?) Verſe hinzugefügt hatten, ſtürmiſchen Beifall. In ſehr karakteriſtiſcher Maske gab Fuchs-Liska den Miniſter. Yella Schreiter ſang die Manuela. Daß ihre Stimme nicht groß iſt und ein Tremolo häufig die fehlende innere Wärme des Tones erſetzen muß, merkte man in dieſer Rolle beſonders. Aber durch ihr ausgezeichnetes Spiel, ihre Laune und Temparament weiß die Künſtlerin für dieſe Mängel Erſatz zu ſchaffen, ſo daß auch ihre Manuela als eine mit Einſchränkung recht gute Leiſtung zu bezeichnen iſt.

Kleines Feuilleton.

Ein Opern-Preisausſchreiben. Aus Mailand wird der Berliner „Volksztg." geſchrieben: Das internationale Preisausſchreiben von 50 000 Frks. Gold des Muſikverlags Eduards Sonzogno für die beſte einaktige Oper, gleichgültig, ob tragiſchen oder komiſchen oder phantaſtiſchen Inhalts, hat 234 Bewerbungen gezeitigt. Davon aber zogen bis zum letzten Termin — 31. Januar 1903, Mitternacht — drei Komponiſten ihre Geiſteskinder zurück, ſo daß der Jury insgeſammt die Aburtheilung von 231 Werken obliegt. Von den einzelnen Nationen bewarben ſich ſechs Engländer, acht Deutſche, achtzehn Franzoſen, zwei Ruſſen, ein Spanier und 196 Italiener. Die deutſchen Textbücher lauten: Der Geiger zu Gmünd. — Eine Liebe Goethes, labor et spes. — Nils: Erklinge und Bezwinge! — Fauſts Tod: Usque dum vivam et ultra! — Der Großknecht. Von Herzen — zu Herzen. — Jery und Betely — Heyſe, Nirwana. — Die achtköpfige Prüfungskommiſſion hofft ihre Arbeit derart fördern zu können, daß gegen Oſtern mit Aufführung einer der zehn beſten Opern begonnen werden kann.

Eine bemerkenswerthe und für Bühnenkreiſe ſehr intereſſante Entſcheidung hat kürzlich das Amtsgericht I in Berlin gefällt. Der Schauſpielerin Adele Hartwig vom „Neuen Theater" in Berlin war von ihren Direktoren Paul Martin und Max Pütz eine Ordnungsſtrafe von M. 50 auferlegt worden, weil ſie in einer Probe ſich weigerte, zwei Takte, die zu ihrer Rolle gehörten, zu ſingen, und weil ſie auf die Aufforderung des Regiſſörs erwiderte: „Ich bin verpflichtet zu ſpielen und nicht zu ſingen. Gefälligkeiten erweiſe ich dieſer Direktion nicht!" In dieſer letzten Wendung erblickten die Herren Direktoren eine Beleidigung. Die Strafe von M. 50 wurde dem Fräulein Hartwig bei der nächſten Gagezahlung abgezogen. Auf die Klage des Fräulein Hartwig erkannte das Gericht an, daß die ihr zudiktirte Strafe unberechtigt und der abgezogene Betrag ihr zurückzuerſtatten ſei. Die Kläger hatten ſich zur Begründung ihres Vorgehens darauf berufen, daß das Recht zu Strafabzügen erſtens dem allgemein eingebürgerten Theaterbrauche entſpreche, zweitens auch in dem Engagementsvertrage ausdrücklich bedungen ſei. In ſeiner Begründung führt das Erkenntniß des Amtsgerichts aus, daß alle älteren Gewohnheitsrechte, mit denen ſich vormals die Landesgeſetzgebung auseinanderzuſetzen hatte, jedenfalls ſeit dem Inkrafttreten des neuen Bürgerlichen Geſetzbuches außer Geltung gekommen ſind. Die Zeit ſeit dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Geſetzbuches ſei jedenfalls noch zu kurz, als daß ſich bereits neue Gewohnheitsrechte hätten bilden können. Das vom § 20 des Engagementsvertrages etwa begründete Recht zur Erhebung von Ordnungsſtrafen ſei vor dem Geſetze ungültig. Nach § 339 des Bürgerlichen Geſetzbuches müßte die Höhe einer ſolchen Ordnungsſtrafe oder zum Mindeſten der Höchſtbetrag in dem betreffenden Kontraktparagraphen ausdrücklich feſtgeſetzt ſein. Eine Beleidigung der Direktion könne das Gericht in der angeführten Aeußerung nicht erblicken."

Der Liederkomponiſt Hugo Wolf iſt, wie aus Wien telegraphirt wird, am Sonntag in der dortigen Landesirrenanſtalt geſtorben, in der er ſeit einigen Jahren an unheilbarer Geiſteskrankheit dahinvegetirte. Wir werden morgen Einiges zu ſeiner Würdigung bringen.

Notizen: Maurus Jokai, der ungariſche Dichter, feierte am 19. Februar ſeinen 78. Geburtstag. Das Budapeſter Nationaltheater gab an dieſem Tage zum hundertſten Male ſein romantiſches Schauſpiel „Der Goldmenſch". Die Vorſtellung geſtaltete ſich zu einer großen Ovation für den anweſenden greiſen Dichter. — Im Plauener Stadt-Theater hatte ein Schauſpiel „Vergeltung" von Max Schumm ſtarken Erfolg. — „Der Lebemann", eine Operette von Alfred Grünfeld, die in Wien großen Erfolg hatte, ſoll auch in Paris zur Aufführung gelangen. — Max Dreyers von der Berliner Zenſur verbotener Schwank: „Das Thal des Leben", in dem der preußiſche Miniſter v. Hammerſtein einen ſeligen Hohenzollern angeulkt findet, ſoll am 1. März am Elberfelder Stadt-Theater öffentlich aufgeführt werden. — „Domitian", eine tragiſche Dichtung von Fr. W. v. Oeſteren, hatte bei ihrer Uraufführung am Stadt-Theater in Brünn mit Adele Sandrock in der weiblichen Hauptrolle einen ſtarken Erfolg. — „Die närriſche Prinzeſſin" betitelt ſich eine neue Oper, die der Komponiſt der Oper „Haſchiſch", von Chelius, ſoeben vollendet hat. Der Lyriker Otto Julius Bierbaum ſchrieb ihm den Text dazu. — Max Halbe hat ein neues Drama nahezu vollendet, das in ſeiner preußiſchen Heimath an der Weichſel ſpielt und den Titel „Der Strom" führt. —

Die Zukunft des Holzes. Der Waldreichthum der Erde iſt ſehr zuſammengeſchmolzen, beſonders in den Ländern mit alter Kultur. Das iſt ohne Weiteres begreiflich, weil das Holz ein für den Menſchen unentbehrlicher Stoff iſt. Ebenſo ſelbſtverſtändlich erſcheint es uns, daß die europäiſchen Staaten während des letzten Jahrhunderts mehr als je zuvor auf eine vernünftige Bewirthſchaftung und Erhaltung ihrer Wälder bedacht geweſen ſind. Auch die Vereinigten Staaten in Amerika können ſich Angeſichts der reißend zunehmenden Entwaldung ihres Gebiets vor der Nothwendigkeit gleicher Maßnahmen nicht mehr verſchließen, und das älteſte Kulturland der Welt, China, bietet in ſeiner Waldloſigkeit und der dadurch bedingten Verſchlechterung des Klimas ein abſchreckendes Beiſpiel für die Folgen, die als Strafe auf eine ſinnloſe Verſchwendung der Wälder ſtehen. Von den Ländern Europas enthält verhältnißmäßig die größten Wälder Schweden, denn dort bedecken ſie noch ²/₅ des ganzen Gebietes. In Rußland nimmt der Wald 32 v. H. ein, in Oeſterreich 30, in Deutſchland 23, in Norwegen 21, in der Schweiz 20, in Frankreich 18, in Belgien 17, in Italien 14, in Spanien 13, in Holland 7, in Dänemark 6 und in Großbritanien 4 v. H. Einigermaßen richtet ſich nach dieſen Zahlen ſelbſtverſtändlich die Summe, die von den einzelnen Ländern für eingeführtes Holz bezahlt wird. England ſteht mit einer Holzeinfuhr von 400 Millionen Mark an der Spitze. Daß dieſe auch in Deutſchland mit 280 Millionen Mark ſo bedeutend iſt, liegt freilich weniger an der Holzarmuth, als an dem ſehr ſtarken Verbrauch zu induſtriellen Zwecken. Von den europäiſchen Ländern ſind nur noch Schweden, Norwegen, Rußland und Oeſterreich im Stande, Holz abzugeben, der übrige Holzbedarf muß aus anderen Erdtheilen und namentlich aus Amerika gedeckt werden. Da er noch dauernd weiter ſteigt, die Holzvorräthe aber eher abnehmen, ſo werden in Zukunft noch weitere Maßregeln gegen eine unnütze Verwendung nothwendig ſein. In Schweden iſt bereits ein Verbot ſeitens der Regierung erlaſſen, demzufolge in gewiſſen Provinzen die Bäume erſt nach einem beſtimmten Wachsthumsgrad abgeſchnitten werden dürfen. Das Heizen mit Holz wird wohl ſchließlich ganz aufhören. Norwegen führt jetzt ſchon etwa 350 000 Tonnen Holz als Celluloſe-Brei aus, während die Ausfuhr an dieſer Waare 1875 ſich erſt auf 8500 Tonnen belief.

Ein Stapellauf in Wolkenhöhe iſt ſicher nichts Gewöhnliches. So ſonderbar es aber auch erſcheinen mag, ſo hat ein ſolcher doch vor einigen Wochen ſtattgefunden, als faſt auf dem Gipfel des mächtigen Andengebirges im Gebiet von Peru in Gegenwart von etwa 5000 höchſt verwunderten Eingeborenen ein Dampfer in's Waſſer gelaſſen wurde. Schon von der Schule her kennt Jeder den Titicaca-See, eine Waſſerfläche, deren

Dieſes führten ſie mit ſich, als ſie nun einen Vorſtoß in's Innere der Inſel unternahmen, um unter Menſchen zu kommen. Dabei trat ihnen aber bald ein ſchreckliches Hinderniß entgegen, nämlich ein von Gletſcherwaſſer angeſchwollener Fluß, deſſen Ueberſchreitung ohne Hülfsmittel unmöglich ſchien, zumal auch alles Suchen nach einer flachen Stelle, welche das Durchwarten ermöglicht hätte, erfolglos blieb. So lagerten die zwölf Leute, bei denen ſich allmälig die Folgen von Entbehrungen und Kälte, namentlich ſchwere Froſtſchäden an Händen und Füßen, einſtellten, in der Nähe des Fluſſes in troſtloſeſter Verfaſſung. Da verließ der Steuermann Bojahr allein das gemeinſame Lager, um auf eigene Fauſt nochmals zu verſuchen, ob er nicht eine Furth in dem Fluſſe finden könne. Der Brave kehrte von dem Verſuche nicht mehr zurück und hat ſicher im kalten Gletſcherwaſſer den Tod gefunden. Schließlich fügten die Anderen aus zuſammengeſuchten Holzſtücken, Strandgut ꝛc. in proviſoriſcher Weiſe ein Floß zuſammen, um mittels deſſelben über den Fluß zu gelangen. Das war aber für die faſt völlig ermatteten, zum Theil ſchon ſchwer leidenden Leute eine ungemein ſchwierige Sache, bei welcher denn auch zwei weitere von ihnen, der erſte Maſchiniſt Stickler und der Matroſe Weſemann, ihren Tod fanden. Als die Schiffbrüchigen eine mitten im Fluſſe belegene Sandbank erreicht hatten, ſank der eine von den Beiden, und wenig ſpäter auch der andere lautlos und leblos vor Entkräftung nieder; die faſt völlig erſchlafften Kameraden aber mußten ſie liegen laſſen, ſahen ſie doch in vielleicht nicht ferner Zeit einem gleichen Geſchick entgegen. Doch dazu iſt es glücklicher Weiſe nicht gekommen. Die neun Ueberlebenden erreichten wohlbehalten das jenſeitige Ufer des Fluſſes, und als nun einige fern am Horizont Wohnungen und Lebeweſen zu gewahren meinten, da flackerten die ſtark geſunkenen Lebensgeiſter der Armen wieder etwas empor. Sie ſchleppten ſich und krochen zeitweiſe mit den ſchmerzenden Gliedmaßen vorwärts, bis ſie dann endlich, am elften Tage ihrer ſchrecklichen Leidenszeit, am 30. Januar, den bereits erwähnten einſamen isländiſchen Bauernhof erreichten, wo man ihnen alle mögliche Pflege angedeihen ließ. Dieſes Gehöft ſoll acht Tagereiſen, welche zu Pferde zurückzulegen ſind, von Rejkjavik entfernt liegen, und hierauf, ſowie auf den bedauerlichen Umſtand, daß es mit Island noch keinerlei telegraphiſche Verbindung giebt, iſt es zurückzuführen, daß erſt ſo ſpät, als man ſchon längſt alle die Schiffbrüchigen als todt betrauerte, die erſte Nachricht von ihnen eintraf. In der folgenden Woche werden die erſten Wiedergeneſenen, darunter der Kapitän, in Geeſtemünde zurückerwartet, und dann wird man noch mehr über dieſe Robinſonade erfahren können.

Die „Weſer-Ztg." ſchließt einen Artikel, in dem ſie die Urſachen der vielen Fiſchdampferverluſte erörtert: „Der Jammer der Hinterbliebenen der Mannſchaften wird etwas durch das ſegensreiche Wirken der Seeberufsgenoſſenſchaft(!) gemildert. Die fachmänniſchen Leiter dieſer Genoſſenſchaft werden gewiß niemals unbillige Anſprüche an die Rheder ſtellen (!) und nicht unter dem Einfluß größerer Verluſte von ihrer Objektivität abweichen, aber wir meinen, daß es Sache der intereſſirten Kreiſe ſein ſollte, nicht zu raſten in den Beſtrebungen, ihr Dampfermaterial ſtetig zu verbeſſern, um die Verluſte nach Menſchenmöglichkeit zu mindern; Beſtrebungen, die mit lobenswerthem Eifer bereits in einigen Betrieben, u. A. der Nordſeefiſchereigeſellſchaft, Bethätigung finden. Möge es den deutſchen Schiffswerften in Verbindung mit dem Germaniſchen Lloyd gelingen, Fahrzeuge für den Hochſeefiſchfang zu erbauen, welche allen Stürmen trotzen, mögen aber auch die ſachverſtändigen Führer und die Mannſchaften dieſer Dampfer nicht zurückhalten, ihr auf Erfahrung begründetes Urtheil zu äußern, damit Fehler, welche bisher vielleicht begangen ſind, für die Folge vermieden werden können."

Wenn nun aber die Mannſchaften mit ihrem Urtheil nicht zurückhalten, dann — deſſen ſind wir ſicher — wird die Rhederpreſſe zu allererſt über „gewiſſenloſe Hetzerei" ſchreien.

Auswärtiges.

Volksſchullehrer und Sozialdemokratie. Unter dieſer Ueberſchrift ſchreibt der „Vorwärts": „In der Berliner Stadtverordneten-Sitzung vom 22. Januar war bei der Beſprechung der Schularzt-Vorlage unſer Parteigenoſſe Stadtv. Dr. Bernſtein auch auf die Stellung der Lehrerſchaft zur Frage der ſchulärztlichen Aufſicht eingegangen. Er hatte dabei einen vermeintlichen Angriff der Lehrer gegen die Aerzteſchaft (den Vorwurf, daß von den Aerzten die Einführung ſchulärztlicher Aufſicht vor Allem aus eigenem, pekuniärem Intereſſe gefordert werde) ſcharf zurückgewieſen und hatte ſeinerſeits in begreiflichem Unmuth eine kaum weniger unfreundliche Bemerkung über die Gehaltserhöhungs-Wünſche der Lehrer hinzugefügt. Die Bemerkung lautete nach dem amtlichen Stenogramm: „Die Lehrer ſind die verhältnißmäßig beſtgeſtellte Beamtenkategorie in der Großſtadt. (Hört! hört!) Ich gebe gern zu, daß wir jetzt andere Sorgen haben, als die Lehrergehälter bis in's Ungemeſſene aufzubeſſern. Die Lehrer ſollen ſich daran gewöhnen, nicht dem agrariſchen Nimmerſatt nachzuahmen." (Bravo!) Die „Freiſinnige Zeitung" hatte dieſe Sätze begierig aufgegriffen, hatte ſie unter der dreiſt verallgemeinernden Ueberſchrift „Die Volksſchullehrer und die Sozialdemokratie" mitgetheilt und in bekannter Unehrlichkeit ſie als „bezeichnend für das Verhalten der Sozialdemokratie zu den Volksſchullehrern" denunzirt. Nachdem dann auch die „Pädagogiſche Zeitung", das Vereinsorgan der Berliner Volksſchullehrer, jenen Zwiſchenfall in einer gleichfalls nicht ganz ehrlichen Weiſe gloſſirt hatte, hat ſich nun der Berliner Lehrerverein zu der Sache geäußert. In einer am Freitag abgehaltenen Verſammlung iſt nach einem informirenden Referat ohne jede Debatte einſtimmig die Erklärung beſchloſſen worden, daß der Verein von Bernſteins Aeußerungen „mit Bedauern Kenntniß nimmt" und „die ganz unmotivirte Mahnung deſſelben, die Lehrer ſollten ſich daran gewöhnen, nicht dem agrariſchen Nimmerſatt nachzuahmen, als eine Beleidigung der geſammten Lehrerſchaft der Stadt Berlin mit aller Entſchiedenheit zurückweiſt." Der Beſchluß macht den Berliner Lehrern Ehre. Wir begreifen es, daß ſie ſich mit den in der That unerſättlichen Agrariern nicht auf eine Stufe ſtellen laſſen wollen. Sie ſind durchaus im Recht, wenn ſie es als beleidigend empfinden, mit dieſer Sippſchaft verglichen zu werden. Anerkennung verdient zugleich die Unparteilichkeit, mit der ſie die ganze Angelegenheit behandelt haben. Weder die unverblümte Denunziation der „Freiſ. Ztg." noch die zweideutigen Gloſſen des Lehrerblattes haben einen Widerhall in der Verſammlung gefunden. Der Referent hob ſelber hervor, daß die von Bernſtein vorgetragene Anſicht „ſich ſchwerlich mit den Anſchauungen ſeiner Parteigenoſſen decke". Auch die „Päd. Ztg." hatte die Ausführungen unſeres Genoſſen nicht „der ſozialdemokratiſchen Partei in die Schuhe ſchieben" wollen, hatte aber hinzugefügt: „Auffallend iſt ja, daß von ſeinen Fraktionsgenoſſen Niemand geſagt hat, es handle ſich da um die Meinung lediglich der einen Perſon, des Stadtverordneten und Arztes Dr. Bernſtein. Auffallend iſt auch das „Hört! hört!" und das „Bravo!"; doch verzeichnet das Stenogramm natürlich nicht die Stellen, von denen jene Zurufe ausgingen." Von unſeren Parteigenoſſen hat deshalb Niemand mehr zu der Sache ſprechen können, weil unerwartet die Debatte geſchloſſen wurde. Was aber das zuſtimmende „Bravo" angeht, ſo iſt es aus den Reihen der Freiſinnigen gekommen. Nach Schluß der Debatte hat Genoſſe Bernſtein von freiſinnigen Stadtverordneten auch privatim noch Lobeserhebungen einſtecken müſſen, wodurch ihm allerdings ſofort klar wurde, daß er doch wohl auf einen falſchen Weg gerathen war.

Ein geſetzeskundiger Amtsvorſteher. Im Wahlkreiſe Kolberg-Körlin iſt in dem Orte Peterſitz eine liberale Wahlverſammlung mit einer Begründung aufgelöſt worden, die bisher noch nicht dageweſen iſt. Nachdem der liberale Redner, Redaktör Brand-Berlin, etwa eine Stunde geſprochen hatte, löſte der mit der polizeilichen Ueberwachung betraute Amtsvorſteher Zimmermann die Verſammlung auf, weil „die Art und Weiſe, wie der Redner gegen die konſervative Partei geſprochen habe, nicht maßgebend ſei". Vorher hatte ſich der Amtsvorſteher ſelbſt an der Erörterung betheiligt. Man ſollte es nicht für möglich halten, wenn es nicht thatſächlich paſſirt wäre. Zum Glück hatte Herr Brandt als die Auflöſung erfolgte, in $^{5}/_{4}$ſtündiger Rede den Leuten ſchon Alles erzählt, was er auf dem Herzen hatte, und die Auflöſung hatte nur den Erfolg eines ſchönen Schluß-Knalleffektes. — Das iſt ja ſchon ein nettes Vorſpiel für die kommende Wahlbewegung. Wenn das ſchon bei den Freiſinnigen geſchieht, wie mag man dann erſt gegen die Sozialdemokraten vorgehen?

Zu den Unterſchlagungen des Bankiers Burghalter in Potsdam, der durch Selbſtmord endete, wird gemeldet: Gewiſſermaßen als Entſchuldigung für den Verſtorbenen führt man an, daß er keine kleinen Leute, ſondern nur hochgeſtellte Perſonen bei ſeinen Veruntreuungen hineingelegt hat. Zu den Geſchädigten gehört Prinz Albert von Schleswig-Holſtein, der zum engliſchen Königs- und zum deutſchen Kaiſerhauſe in verwandtſchaftlicher Beziehung ſteht und als Rittmeiſter im Leib-Garde-Huſaren-Regiment dient. Er hatte ℳ 18 000 bei dem Bankier Burghalter deponirt. Noch empfindlicher geſchädigt iſt der Kammerherr der Prinzeſſin Friedrich Leopold von Preußen, Ulrich von Trotha. Er hatte bei Burghalter ein Depot von ℳ 170 000. Der Schwiegerſohn des Verſtorbenen, Profeſſor der Malkunſt M. Koch, verliert ℳ 150 000. Dazu kommen die unterſchlagenen ℳ 200 000, die Burghalter als Vormund des entmündigten Ziegeleibeſitzers W. Fritze aus Werder a. H. zu verwalten hatte. Die Potsdamer Kreditbank, Aktiengeſellſchaft, iſt nur um etwa ℳ 50 000 bis ℳ 60 000 geſchädigt. Der langjährige Prokuriſt Gladow, der ſelber ein Vermögen von ℳ 250 000 haben ſoll, behauptet, daß er von den Veruntreuungen ſeines Chefs nichts gewußt hat, weil dieſer häufig nach Schluß des Geſchäfts allein im Kontor arbeitete.

Auf der Anarchiſtenhatz. In der Nacht zum Dienstag wurden die Anarchiſten Roehr und Steinbacher in Berlin verhaftet, Letzterer bald darauf wieder entlaſſen. Im Anſchluß an dieſe Verhaftungen fanden bei Beiden Hausſuchungen ſtatt. Ueber den Grund des Einſchreitens der Polizei war Näheres nicht zu ermitteln. Wenn die Polizei nicht noch zuweilen von den Anarchiſten reden machte, ſo würde man ganz vergeſſen, daß es in Deutſchland überhaupt noch ſolche giebt.

Der verbotene Wurſt-Import. Ein Berliner Bürger mit Namen Neuendorf war im vorigen Jahre nach Italien gereiſt und hatte ſich dort eine Salamiwurſt gekauft. Da ihm die Wurſt nicht ſchmeckte, packte er ſie ein und ſandte ſie an ſeine Adreſſe in Berlin für ſeinen Hund. Als Neuendorf nach Berlin zurückkehrte, wurde ihm auf Grund des Geſetzes, betreffend die Fleiſchbeſchau ꝛc., vom 3. Juni 1900 der Prozeß gemacht, da dieſes Geſetz das Einführen von Würſten und ſonſtigen Gemengen aus zerkleinertem Fleiſch verbietet. Während das Schöffengericht den Angeklagten zu ℳ 30 Geldſtrafe verurtheilte, erkannte das Landgericht auf Freiſprechung, da der Angeklagte nicht gewerbsmäßig gehandelt und auch nur eine Wurſt eingeführt habe, das Geſetz ſpreche aber von Würſten. Auf die Reviſion der Steuerbehörde hob indeß, wie berichtet wird, das Kammergericht die Vorentſcheidung auf und wies die Sache zur anderweiten Entſcheidung an das Landgericht mit der Begründung zurück, die Beſtimmung ſei im Intereſſe von Leben und Geſundheit ergangen. Es genüge, daß eine Wurſt eingeführt werde; unerheblich ſei es, ob die Wurſt gewerbsmäßig eingeführt worden oder aber ob die Wurſt lediglich für den Hund des Angeklagten beſtimmt geweſen ſei. Deutſche, die aus dem Auslande nach Deutſchland heimkehren, mögen ſich nach dieſer Entſcheidung hüten, in ihrem Proviant ein Stückchen Wurſt über die Grenze zu bringen.

Nothleidende Agrarier. Unſer Königsberger Parteiorgan berichtet: Das beſonders in der freiſinnigen Preſſe kolportirte Gerede von den „ſekttrinkenden Landwirthen" iſt in dieſer allgemeinen Faſſung ſicher ebenſo ein Märchen, wie das verlogen Gerede der Scharfmacherpreſſe von den „ſekttrinkenden Maurern"! Aber in der feuchtfröhlichen Niederung iſt leichtſinniges Trinken und Spielen noch viel zu ſehr im Schwange. Heinrichswalde, Neukirch, Kautehmen — kleine Orte von 1000—2000 Einwohnern — haben wohl jedes ein halbes Dutzend ſtattlicher Hotels, in welchen viele wohlhabende Großbauern der fruchtbaren Niederung gern einen guten Trunk thun und halbe Tage und Nächte mit endloſem Skatſpiel todtſchlagen. Es iſt noch nicht lange her, daß die Beſitzer Z. aus J. und Th. aus Sk. um einen werthvollen Rappen eine Partie Sechsundſechszig ſpielten. Und vor Kurzem hat ein Niederunger Gutsbeſitzer in Heinrichswalde in einer Nacht 4000 Mark verſpielt. Und dieſelben Herren können ihren Arbeitern gegenüber, deren Hände Werk doch die Werthe ſchafft, die ſie in leichtſinnigen Stunden vergeuden, in knauſerigſter Weiſe um einen Düttchen feilſchen und dingen! Das ſozial Aufreizende, die ländlichen Arbeiter zur Empörung Aufſtachelnde ſolcher Handlungsweiſe muß ſelbſt Herr Dr. Bank, der Landrath des Kreiſes Niederung, gefühlt haben, da er die beiden Herren, den Verlierer wie den Gewinner, zu ſich beſtellte und ihnen eine ernſthafte Strafpredigt hielt.

Der Wahlkampf im Junkerlande. Im Kreiſe Greifswald-Grimmen ſind — eine ſeltene Erſcheinung! — die Konſervativen die Erſten im Wahlkampfe. Aus einer der letzten Verſammlungen ſei folgende Epiſode mitgetheilt: Reichstagskandidat Dr. Rewoldt: Es wird immer geſagt, die Arbeiter dürften nicht frei wählen; nach meiner Meinung iſt die Verſchärfung des Wahlgeheimniſſes nur gegen den ſozialdemokratiſchen Terrorismus gerichtet. (Zuruf: Oho!) Na, nennen Sie mir einen ſolchen Fall, wo Jemand entlaſſen iſt. — Ein Arbeiter: Ich bin — — Vorſitzender: Ruhe! — Rewoldt: Na nennen Sie! — Arbeiter: Ich bin in einem Jahre drei Mal entlaſſen, weil ich ſozialdemokratiſch gewählt haben ſoll. — Rewoldt: Na ſehen Sie, das iſt ein Fall und das wird dann immer verallgemeinert, als wenn das überall vorkäme. — Arbeiter: Ich kann Ihnen mehr denn 20 Fälle anführen. — Vorſ.: Ruhe! Wünſcht noch Jemand das Wort? — Derſelbe Arbeiter: Ich bitte um's Wort! (Zuruf: Das iſt ein Sozialdemokrat!) — Vorſ.: Sie bekommen das Wort nicht.

Alte Gardiſten, aber ſchlechte Soldaten. Das Gericht der zweiten Gardediviſion verfolgt fünfzehn Gardiſten, Grenadiere, Füſiliere, Kanoniere u. ſ. w., welche vor etwa einem Vierteljahrhundert fahnenflüchtig geworden und dieſerhalb durch kriegsgerichtliches Erkenntniß zu Geldſtrafen von ℳ 150, 200 bezw. 300 verurtheilt worden ſind. Der Senior dieſer Soldaten iſt ein Füſilier Spalony vom Berliner Kaiſer Franz-Garde-Grenadierregiment, der jetzt 54 Jahre zählt. Er deſertirte bereits im Oktober 1870 und wurde im folgenden Jahre durch das Berliner Kriegsgericht zu „50 Thalern gleich ℳ 150" verurtheilt. Das Diviſionsgericht fordert die fünfzehn alten Gardiſten „erneut" auf, „ſich wieder zu geſtellen", und erſucht die Zivil- und Militärbehörden, die Fahnenflüchtigen „im Betretungsfalle" feſtzunehmen und durch die nächſte Militärbehörde nach der „ſüdlichen Arreſtanſtalt, Haſenheide," befördern zu laſſen. Ob ſich einer dieſer alten Knaben wohl noch zum „Nachdienen" ſtellen wird?

Ein ſüßer Rebbach! Der Aufſichtsrath der Pomm. Prov.-Zuckerſiederei wird der im März d. J. ſtattfindenden Generalverſammlung für das Jahr 1902 vorſchlagen, neben reichlichen Abſchreibungen eine Dividende von 30 pZt. an die Aktionäre zu vertheilen. Im vorigen Jahre konnten nur armſelige 20 pZt. vertheilt werden. Ferner wurde beſchloſſen, für die Beamten und Vorarbeiter eine erheblich größere Gratifikation, als bisher zu reſerviren, den erwachſenen männlichen Arbeitern eine Extravergütung zu zahlen und dem Unterſtützungs- und Penſionsfonds, dem in den beiden letzten Jahren zirka ℳ 100 000 zufloſſen, weitere zirka ℳ 73 000 zu überweiſen.

Einen netten Entbehrungslohn erhielten die Aktionäre der Varziner Papierfabrik. Die Generalverſammlung der Fabrik genehmigte einſtimmig den Abſchluß für 1902 und ſetzte die Dividende auf 10 pZt. feſt. Der Vorſitzende bemerkte bezüglich der Ausſichten für das laufende Jahr, daß die Geſellſchaft vollauf beſchäftigt ſei. Ob für die Arbeiter auch etwas weiter abgefallen iſt als niedrige Löhne, wird nicht berichtet.

Großer Brand. Am Sonnabend brach in Hürtgen bei Düren (Rheinland) Feuer aus, das ſich in Folge des herrſchenden Sturmes raſch ausbreitete und über 90 Häuſer einäſcherte, darunter die Poſtagentur und die Oberförſterei. Viel Vieh, beſonders Kleinvieh, iſt umgekommen. Stehen geblieben ſind das Pfarrhaus und fünf bis ſechs Häuſer. Sonntag früh konnte, nachdem ſich der Sturm gelegt hatte, dem Feuer Einhalt gethan werden. Ueber die Entſtehungsurſache iſt nichts bekannt. — In Waldau (Kreis Bunzlau) ſind Sonntag Nacht fünf Beſitzungen niedergebrannt, ein Kind iſt in den Flammen umgekommen und eine Perſon iſt vor Schreck geſtorben. — In Kleinenberg bei Minden ſind bei ſtarkem Südweſtſturm 44 Häuſer abgebrannt, darunter das Poſtgebäude, die Schule und das Pfarrhaus. Die Poſtſachen ſind zumeiſt ein Raub der Flammen geworden. Verluſt an Menſchenleben iſt nicht zu beklagen. — In Ildehauſen bei Seeſen brannten bei ſtarkem Froſt 15 Gehöfte mit ſämmtlichen Nebengebäuden ab. Große Mengen Getreide und viel Vieh iſt mit verbrannt. 27 Familien ſind obdachlos.

Einen theuren Scherz erlaubte ſich ein Mitglied der Pflichtfeuerwehr in Olbernhau. Er war im vorigen Herbſt zu einer anberaumten Uebung in Zylinder, Frack, weißer Weſte, weißen Handſchuhen erſchienen. Dies wurde als eine Verächtlichmachung einer behördlichen Anordnung angeſehen. Der Betreffende wurde mit ℳ 50 Geldſtrafe belegt, und dieſe Strafe wurde vom Schöffengericht ſowohl, als auch vom Landgericht Freiberg, die in dieſer Sache als Berufungsinſtanz handelten, beſtätigt.

Riſiko der Arbeit. In der Schuler'ſchen Eiſengießerei in Göppingen ereignete ſich ein ſchwerer Unglücksfall. Ein za. 30 Zentner ſchwerer Kaſten ſollte vermittels Laufkrahnen durch die Gießerei befördert werden. Dabei brach die Kette, der Kaſten fiel herab und traf den Gießer Frank ſo unglücklich, daß er auf der Stelle todt blieb, während der Gießer Schmied ſchwere Verletzungen davontrug. Frank hinterläßt eine Frau und zwei kleine Kinder.

Einen niederträchtigen Streich haben tſchechiſch-chauviniſtiſche Geſchäftspolitiker in Prag begangen. Sie verbreiteten plötzlich in ganz Böhmen das Gerücht, daß die Böhmiſche Sparkaſſe große Verluſte erlitten habe und in Gefahr ſei. Natürlich entſtand eine furchtbare Panik unter den Einlegern, und ſeit zwei Tagen iſt die Sparkaſſe einem Sturmlauf der Sparer ausgeſetzt, die ihr Geld zurück haben wollen. Bis Sonntag Nachmittag wurden drei Millionen Kronen zurückgefordert und auch ausgezahlt. Denn die Anſtalt iſt ganz und gar nicht in Gefahr. Die über ſie verbreiteten Gerüchte ſind eine dreiſte Erfindung von Leuten, die ſie zu ſchädigen ein Intereſſe haben. Die Böhmiſche Sparkaſſe, das angeſehenſte Sparinſtitut des Landes, befindet ſich in deutſcher Verwaltung und wird darum von den tſchechiſchen Chauviniſten ſeit Langem angefeindet. Die Prager Stadtväter haben ſeiner Zeit ſogar das Angebot der Sparkaſſe, der Stadt eine Waſſerleitung zu ſchenken, zurückgewieſen und aus „patriotiſchen" Motiven die Bewohner der ſtändigen Typhusepidemie preisgegeben. Der jetzige „Run" iſt ein ebenſo „patriotiſches" Werk. Viele Tauſende tſchechiſcher Bürger und Proletarier im ganzen Lande ſind durch das freche Lügengerücht in die furchtbarſte Angſt verſetzt worden, Hunderte haben die Koſten einer Reiſe nach Prag auf ſich genommen, in der Abſicht, das gefährdete Spargut zu retten. Und der Zweck der chauviniſtiſchen Schändlichkeit? Man weiß ja, daß verſchiedene, von den tſchechiſchen Parteigrößen gegründete „nationale" Sparinſtitute in den letzten Jahren ihren Einlegern arg mitgeſpielt haben und der Krach der national-klerikalen Wenzels-Vorſchußkaſſe hat dem Renommee der tſchechiſchen Inſtitute vollends den Reſt gegeben. War es nun nicht ein praktiſcher Kniff, grade in den Tagen, wo die Vorſchußkaſſe vergeblich den Ausweg aus dem Konkurs ſucht, die Augen der Bevölkerung auf das deutſche Inſtitut abzulenken? Daß auf dieſe Art das Kreditweſen des Landes auf das Furchtbarſte gefährdet werden könnte, beſchwert das Gewiſſen der patriotiſchen Arrangöre des „Runs" nicht.

Ein Bierboykott ſteht in Prag bevor. Die Brauereien und die Wirthe möchten die neue Landesbierumlage dazu benutzen, um ſich auf Koſten der Arbeiter zu bereichern. Obwohl die Umlage nur um 1 Krone 70 Heller auf den Hektoliter erhöht wurde, ſoll der Liter Bier um 4 Heller vertheuert werden. Das bedeutet für jeden Hektoliter einen Profit von 2 Kronen 30 Heller. Aber die Arbeiter ſind nicht geſonnen, dieſen Extraprofit zu zahlen, noch wollen ſie überhaupt die Umlage auf ſich überwälzen laſſen. Am 20. Februar fand in Prag eine Verſammlung ſtatt, in der 112 Vertreter der politiſchen und Fachorganiſationen der Partei über die Schritte beriethen, die gegen die geplante Biervertheuerung unternommen werden ſollen. Alle wieſen auf die großen Dividenden hin, die die Bierbrauereien zahlen und die es ihnen ermöglichen, die neue Umlage ſelbſt zu zahlen. Sodann ſprachen die Vertreter der einzelnen Fabriken, der Staatsbahnwerkſtätten und anderer, die Alle erklärten, daß ſie das Bier nur zum alten Preiſe zahlen würden. Einſtimmig wurde eine Reſolution angenommen, in der gegen jede Vertheuerung des Bieres proteſtirt wird. In den Gaſthäuſern, wo das Bier theurer wird, ſollen die Arbeiter das Bier zurückweiſen. Die Brauereien, die die Umlage auf die Wirthe und damit indirekt auf die Arbeiter überwälzen wollen, ſollen boykottirt werden. Die Organiſationen und Fabrikausſchüſſe haben ſich um die Beſchaffung nicht vertheuerten Bieres zu bekümmern.

Die Juſtiz der Satten. Vor den Geſchworenen in Pilſen hatte ſich am 18. Februar ein 22jähriger taubſtummer Mann, Anton Stieber, wegen Verbrechens des Raubes, zu verantworten. Er hatte, nach der Anklage, am 13. Dezember auf freiem Felde den Tagelöhner Schlehofer, der an einer Leine einen Hund führte, angefallen und ihm den Hund mit Gewalt entriſſen. Den fliehenden Schlehofer hatte er mit einem Meſſer bedroht. Der Angeklagte, der mit Hülfe eines Dolmetſches vernommen wurde, gab an, er fange gewöhnlich frei herumlaufende Hunde, die er tödte und aus deren Haut er Riemen mache, während er mit dem Fleiſch ſich und ſeine Freunde, mit denen er herumſtreiche, ernähre. Der Hund hatte einen Werth von 2 Kronen. Die Geſchworenen bejahten die Frage auf Raub mit zehn Stimmen, worauf der Angeklagte zu vier Jahren ſchwerem Kerker, verſchärft mit einem Faſttage vierteljährlich, verurtheilt wurde.

Ueber einen Finderlohn von 20 000 Mark berichtet die „N. Fr. Pr." aus Wien: In Folge einer dieſer Tage ergangenen Entſcheidung des oberſten Gerichtshofes mußte der Poſtfiskus einem Infanteriſten des Infanterieregiments Nr. 24 den ſtattlichen Finderlohn von ℳ 20 000 ausbezahlen. Dieſer Soldat fand eines Tages, als er mit dem Wachrapport in die Kaſerne ging, auf der Straße einen mit Bindfaden umwundenen und verſiegelten Sack. Der Soldat hob den Sack auf, um ihn auf der Stationswache abzugeben. Unterwegs kam athemlos ein Poſtbedienſteter daher, der mit dem Ausrufe: „Gott ſei Dank, da iſt ja der Poſtbeutel!" dem Soldaten den Sack abnehmen wollte. Allein der Soldat gab ihn nicht aus der Hand, indem er erklärte, er müſſe den vorgeſchriebenen Dienſtweg einhalten. Auf der Stationswache, wo der Soldat die Meldung erſtattete, wurde der Poſtbeutel amtlich eröffnet, und es fand ſich darin die ſtattliche Summe von Kr. 200 000. Der Poſtbeutel war unterwegs aus dem Poſtwagen herausgefallen. Der Infanteriſt reklamirte den geſetzlichen 10prozentigen Finderlohn, der ihm aber vom Poſtfiskus mit der Begründung verweigert wurde, daß es ſich hier nicht um einen Fund handele, da der Poſtbedienſtete noch auf dem Wege den Poſtbeutel bei dem Soldaten entdeckte. In dem Prozeſſe, den der Soldat gegen die Poſt anſtrengte, vertrat der klägeriſche Anwalt den Rechtsſtandpunkt, daß nicht der Poſtbedienſtete, ſondern der Soldat als der Finder anzuſehen ſei. Wenn der Poſtbedienſtete den Poſtbeutel „fand", ſo habe er ihn eben erſt bei dem Finder gefunden. Alle Inſtanzen entſchieden zu Gunſten des Soldaten, und durch das Urtheil des oberſten Gerichtshofes wurde die Poſt nicht nur zur Zahlung des Finderlohnes von Kr. 20 000, ſondern auch zur Tragung der Prozeßkoſten von Kr. 2400 verurtheilt.

Zwei alte Leute, 74 und 75 Jahre alt, Herr Ochoty und Frau, tödteten ſich kürzlich in Wien „aus Kränkung wegen unſerer großjährigen Kinder, die ſich gar nicht umſchauen um uns". Auf dem Zettel, der dieſe Worte enthielt, ſtand als Poſtſkriptum: „Schulden haben wir keine."

Ein Aerzteſtreik in Rußland. In Folge von Zerwürfniſſen mit den Behörden haben in der Landſchaft Tſcherdinsk des Permſchen Gubernements ſämmtliche Aerzte ihr Amt niedergelegt und das Landſchaftsgebiet verlaſſen, ſo daß zur Zeit in dieſem Diſtrikt keine Aerzte mehr vorhanden ſind. Die Landſchaftsbehörden ſuchen Aerzte, denen ſie Gehälter von 1500—2000 Rubel anbieten. Die Aerzte haben ſich jedoch ſolidariſch erklärt und lehnen eine Niederlaſſung in dieſem Gebiet ab. Welche Vorgänge die Aerzte zu einem ſo ſcharfen Vorgehen gegen die Landſchaftsbehörden veranlaßt haben, iſt noch nicht bekannt.

Ein großer Schneeſturm wüthete auf Neufundland. Eine Depeſche aus St. Johns beſagt, daß zwei Schnellzüge mit Hunderten von Paſſagieren im Innern der Inſel eingeſchneit ſind. Der eine dieſer Züge war vier Tage lang von allen Nahrungsmitteln abgeſchnitten, und die Paſſagiere ſchwebten, da alle Verſuche, den Zug herauszuſchaffen, fehlſchlugen, in der größten Angſt, Hungers ſterben zu müſſen. Hülfszüge ſind ſofort an die Stelle der Schneeverwehungen abgeſandt worden. Es herrſcht eine grimmige Kälte. Das Thermometer zeigt 40 Grad unter Null.

Aus den Schöffengerichten.

23. Februar.

Theurer Liebesrauſch. In animirter Stimmung ſuchte vor einigen Wochen ein Kaufmann Sch. eines jener Häuſer in der Heinrichſtraße auf, die im polizeitechniſchen Sinne zwar keine Bordelle ſein ſollen, in denen aber die tolerante Polizeibehörde das Beherbergen von „Damen" verſchiedener Altersklaſſen geſtattet. Der luſtige und liebesbedürftige Sch. fand hier Alles, was ſein Herz begehrte. Zwei „Damen" fühlten bald heraus, daß man es hier mit einem „ſchweren Onkel" zu thun habe, der erleichtert werden müſſe. Jedes Mädchen, ein altes und ein junges, bekam ℳ 20, worauf ſich der reichlich Beſchenkten die Sucht bemächtigte, noch mehr von dem Ueberfluß des ſplendiden „Onkels" zu bekommen. Sch. ließ dann einen Hundertmarkſchein wechſeln und gab der alten ſowohl wie der jungen Maid noch je ℳ 10, worauf er einſchlief. Der kurze Schlaf koſtete ihm ℳ 30, denn als er aufwachte, war ſein Portemonnaie um ſo viel erleichtert. Ein Kriminalbeamter, der in das Bordell, pardon, Toleranzhaus ging, ſtellte alsdann feſt, daß das Kontrolmädchen P. die ℳ 30 geſtohlen und davon die Hälfte der Berufsgenoſſin L. gegeben hat. Beide Angeklagte, die ſich heute vor dem Schöffengericht I (Vorſitzender: Amtsrichter Dr. Koch) zu verantworten haben, geben die ihnen zur Laſt gelegten Handlungen zu, worauf die P. wegen Diebſtahls zu 3 und die L. wegen Hehlerei zu 2 Wochen Gefängniß verurtheilt wird. Der Amtsanwalt hatte 6 bezw. 3 Wochen Gefängniß beantragt, wobei er als ſtraferſchwerend in Betracht gezogen wiſſen wollte, daß die Delikte in einem Bordell begangen worden ſind.

Schwer beſtrafter Hausfriedensbruch. Die ſchon wiederholt wegen Hausfriedensbruchs, Sachbeſchädigung und Körperverletzung vorbeſtraften Maurer Gebrüder A. und der Arbeiter Sch. ſkandalirten am 23. Dezember 1902 in einer Gaſtwirthſchaft in der Paulinenallee und geriethen dann mit anderen Gäſten in einen Wortwechſel, der in Thätlichkeiten ausartete. Der Gaſtwirth forderte die Friedensſtörer wiederholt auf, das Lokal zu verlaſſen, und als es ihm endlich gelungen war, ſie aus dem Lokal hinauszudrängen, wurde ſeine ihm zu Hülfe herbeigeeilte Frau von den Skandalmachern bedroht. Am anderen Tage betraten die Gebrüder A. abermals die ihnen verbotene Wirthſchaft und ſtießen wieder Bedrohungen gegen den Lokalinhaber aus. In Rückſicht auf das unqualifizirbare Benehmen der beiden Brüder erkennt das Gericht gegen dieſe auf je ſechs Monate Gefängniß, während der dritte Angeklagte freigeſprochen wird, weil von ihm nicht bekundet werden kann, daß er ſich an den Vorgängen betheiligt hat. In Rückſicht auf die erkannte Höhe der Strafe wird wegen Fluchtverdachtes die Verhaftung der Gebrüder A. angeordnet.

Schuldig oder nichtſchuldig? Eine Waſchfrau K., die ſich von Morgens früh bis Abends ſpät redlich abmüht, um das zum Leben Nothwendigſte für ſich und ihre neunjährige Tochter zu verdienen, ſteht unter der ſchweren Anklage, ihrem Kinde vorſätzlich Speiſen vorgeſetzt zu haben, deren Beſchaffenheit danach angethan geweſen ſein ſoll, die Geſundheit des Kindes zu ſchädigen. Schon einmal iſt gegen Frau K. eine Unterſuchung eingeleitet worden, die reſultatlos verlief. Am 1. November 1902 bemerkte ein Mädchen, das die Tochter der K. zur Schule abholte, daß ſich in dem Frühſtückskorb der K. verſchimmelte und übelriechende Speiſereſte befanden. Die Mutter des Kindes, das dieſe Beobachtung gemacht hatte, ging mit den verdorbenen Nahrungsmitteln zur Polizei, die eine eingehende Unterſuchung anſtellte. Das Ergebniß derſelben war, daß das Kind der K. in einem Waiſenhauſe untergebracht und die K. angeklagt wurde wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgeſetz. Die Angeklagte beſtreitet ganz entſchieden, im Sinne der Anklage ſchuldig zu ſein, und entrollt dann ein düſteres Bild ſozialen Elends. Um ſich und ihr Kind zu ernähren, müſſe ſie hart arbeiten, und trotzdem lange es nicht. Sie waſche in einem Reſtaurant, aus dem ſie ſich ab und zu Speiſereſte mitbringe, die ſie und ihre Tochter gemeinſam verzehren. Auf Befragen erklärte die Angeklagte, ſie bewohne nur eine Stube, in der ſie alle häuslichen Verrichtungen machen müſſe. Die fraglichen Speiſereſte hätten zwei Tage geſtanden, ſie ſelbſt habe davon gegeſſen. Die Sachverſtändigen, welche die Speiſereſte unterſucht haben, halten den Genuß derſelben für geſundheitsſchädlich. Ein Kriminalbeamter, der die Kleine öfter geſehen, ſchildert das Kind als wohlgenährt und geſund ausſehend. Das Gericht verurtheilt die Angeklagte zu 3 Wochen Gefängniß, indem es annimmt, daß die Angeklagte vorſätzlich gehandelt habe.

Vereine und Verſammlungen.

Buchdruckerverein in Hamburg-Altona. Mitgliederverſammlung am 17. Februar bei Schwaff. Der zweite Vorſitzende, Dreier, theilte der Verſammlung mit, daß gegenwärtig 47 Mitglieder (40 Setzer, 6 Drucker, 1 Gießer) arbeitslos ſind. Krank ſind 55 Mitglieder. Sodann wurden die Mitglieder aufgefordert, bei eintretender Arbeitsloſigkeit ihre Namen nicht nur in die Liſte unſeres Arbeitsnachweiſes eintragen zu laſſen, ſondern auch in die Liſte des Arbeitsnachweiſes der Innung. Die Abrechnung über die Weihnachts-Matinée ergab ein Defizit von ℳ 64,55. Herr Profeſſor Dr. Münzel, Direktor der Stadtbibliothek, wird am 4., 11., 18. und 25. März, Abends 8—9 Uhr, im Hörſaale A des Johanneums (Mittelgebäude) Vorträge halten über das Thema: „Erfindung der Buchdruckerkunſt und die neuere Entwicklung des Bibliothekweſens". Die Kollegen werden gebeten, recht zahlreich die Vortragsabende zu beſuchen. Der Eintritt iſt koſtenfrei. — Genoſſe A. v. Elm verſtand es in ſeinem Vortrage: „Gewerkſchaften und Genoſſenſchaften" die gut beſuchte Verſammlung zu feſſeln. Der lebhafte Beifall, den der Redner fand, läßt darauf ſchließen, daß die von ihm vorgetragene Meinung, daß die Genoſſenſchaften berufen ſeien, neben den Gewerkſchaften bei den wirthſchaftlichen Kämpfen der Arbeiter eine große Rolle zu ſpielen, immer mehr an Boden gewinnt. Dreier forderte die Anweſenden auf, dem Konſum-, Bau- und Sparverein „Produktion" beizutreten, der ſeinen Mitgliedern ganz beträchtliche Vortheile bietet. — Schramm theilt mit, daß er ſich in ſeiner Eigenſchaft als Mitglied des Geſellenausſchuſſes der Innung an den Innungsvorſtand gewandt habe mit dem Erſuchen, ihren Einfluß dahingehend geltend zu machen, daß die Firma Verlagsanſtalt A.-G., vorm. Richter, es unterläßt, ihre Lehrlinge über Gebühr zur Ueberarbeit heran-

---

Eigenſchaften nicht weniger merkwürdig ſind als ihr Name. Er liegt zwiſchen den Bergrieſen des Sorata und des Illimani, hat eine Länge von 240 und eine Breite von 185 Kilometern, iſt alſo einer der größten Binnenſeen der Erde und befindet ſich dabei faſt 4000 Meter (genauer 3916) über dem Meeresſpiegel. An beiden Enden des Sees ſind die ziemlich wichtigen Niederlaſſungen Puno in Peru und Chiliaya in Bolivien gelegen, zwiſchen denen die Verbindung bisher nur durch einfache Ruderboote bewerkſtelligt wurde. Da dieſe Verkehrsmittel nicht mehr genügten, ließ eine peruaniſche Transportgeſellſchaft einen großen Dampfer erbauen, der den Namen „Coya" erhalten hat, eine Länge von 51, eine Breite von 8,85 Metern und eine Raumverdrängung von 550 Tonnen beſitzt und 45 Paſſagiere erſter und 30 zweiter Klaſſe aufnehmen kann. Trotz der mannigfachen Schwierigkeiten jeder Art, die ſich der Einrichtung einer Werft und der Beſchaffung der nöthigen Materialien und Maſchinen im Gebiet des ewigen Schnees entgegenſtellten, hat der Bau doch nur 6 Monate gedauert, und 27 Wochen nach der Kiellegung konnten die peruaniſchen Baumeiſter den Dampfer vom Stapel laſſen, der nun zum erſten Mal die friedlichen Gewäſſer des Titicaca-Sees mit ſeiner Schraube aufrühren wird.

Eine zoologiſche Station auf den Tortugas. Das „B. T." ſchreibt: Eine Konkurrenz für die zoologiſche Station in Neapel wird vorausſichtlich an einer ganz anderen Stelle des atlantiſchen Gebiets entſtehen. Die Amerikaner machen nämlich Stimmung für die Errichtung eines großen Laboratoriums auf der Inſelgruppe der Tortugas, die weſtlich von der Südſpitze der Halbinſel Florida gelegen iſt. Nach den Unterſuchungen bedeutender Zoologen, die namentlich von Alexander Agaſſiz veranlaßt worden ſind, dürfte dieſer Platz mit Rückſicht auf die Fülle der marinen Thierwelt und der natürlichen Vortheile für das Studium des tropiſchen Lebens von keiner anderen innerhalb dieſer Breitenzone des Atlantiſchen Ozeans übertroffen werden. Seit 1898 beſteht eine Kohlenſtation für die Vereinigten Staaten auf der Inſelgruppe, und im Anſchluß daran iſt eine häufige Schiffsverbindung mit dem bekannten Platz Key-Weſt geſchaffen worden. Die Inſeln gehören ihrer Entſtehung nach zu den jüngſten Korallenbildungen der Floridariffe und ſind von reinem, tiefem Meereswaſſer umgeben. Namentlich die Tiefſeefauna iſt in unerhörter Fülle vertreten und die Korallenriffe geben die ausgiebigſte Gelegenheit zur Erforſchung thieriſchen Lebens. Die Fiſchzüge, die im Dienſt der Zoologie hier unternommen worden ſind, haben ſogar reichere Ergebniſſe gehabt als die auf den Bahamainſeln. Bei der Leichtigkeit, mit der in Amerika für ſolche wiſſenſchaftlichen Gründungen die nothwendigen Geldmittel zu beſchaffen ſind, iſt wohl anzunehmen, daß auch dieſer Plan verwirklicht wird. Nach einem Aufſatz in der New-Yorker Wochenſchrift „Science" wird beſonders darauf verwieſen, daß es die Leiſtungen der deutſchen zoologiſchen Station in Neapel ſind, die den Ehrgeiz der Amerikaner nach der beſagten Richtung hin anſtacheln.

Zu Forſchungen im Nordpolgebiet treten in dieſem Jahre zwei Expeditionen in Thätigkeit, nämlich eine norwegiſche, die ſich unter der Leitung des Kapt. R. Amundſen dem magnetiſchen Nordpol zuwendet, und die von dem amerikaniſchen Millionär Ziegler vorbereitete neue Expedition, die unter Leitung von Anthony Fiala zum Franz-Joſefsland gehen ſoll, um von hier aus das Werk zu vollbringen, was der vorigen Expedition, die von Baldwin geleitet wurde, nicht gelang, nämlich bis zum Pol vorzudringen. Außerdem ſteht eine franzöſiſche Expedition in Ausſicht, was inſofern bemerkenswerth iſt, als ſich Franzoſen bisher äußerſt ſelten in der Eisregion ſehen ließen. Urheber dieſer Expedition iſt Dr. Charcot, der ein Fahrzeug von 400 Tons, alſo von der gewöhnlichen Größe der Polarſchiffe, bauen laſſen will, um damit Jan Mayen, Spitzbergen, Nowaja Semlja und Franz Joſefsland zu beſuchen. Die Expedition iſt auf ein halbes Jahr berechnet und wird etwa 10 Mann umfaſſen, darunter ſechs wiſſenſchaftliche Theilnehmer. Da aber noch nicht mal alle Mittel beiſammen ſind, ſcheint es fraglich, ob die Expedition ſchon in dieſem Sommer abgehen kann.

Techniſches. In Buenos Aires iſt ein neues Verfahren zur Präparirung und Konſervirung von Häuten und Fellen erfunden worden. Es beſteht nach dem „Reichsanzeiger" darin, daß die Rohwaare den Einwirkungen eines beſonderen Gaſes ausgeſetzt wird, wodurch derartige chemiſche Veränderungen hervorgerufen werden, daß Fäulniß ſowohl als auch die Zerſtörung durch Motten und ſonſtiges Gethier ausgeſchloſſen iſt. Eigenthümerin dieſes Verfahrens — genannt „Robertsſyſtem" — iſt die „Conſervadora Mercantile Company". Ein Fachmann, dem einige nach dem neuen Verfahren präparirte Häute längere Zeit vorgelegen haben, äußert ſich über die neue Erfindung, wie folgt: „Die nach dem „Robertsſyſtem" präparirten Häute zeigen ein bedeutend beſſeres und friſcheres Ausſehen als die nach den ſonſt üblichen Methoden getrockneten oder geſalzenen Häute. Ein weiterer Vortheil des neuen Verfahrens iſt darin zu erblicken, daß es die Felle zur Aufnahme großer Mengen von Gerbſtoffen geeignet macht und in Folge deſſen ein Leder von ſehr großer Feſtigkeit und Waſſerdichtigkeit liefert. Von großer Wichtigkeit für Gerber iſt — beſonders in den Sommermonaten — die ausgezeichnete Haltbarkeit der nach dem neuen Syſtem präparirten Häute. In Folge ihrer Widerſtandsfähigkeit gegen zerſtörende Einflüſſe iſt es auch möglich, Vorräthe davon auf Lager zu halten, ohne befürchten zu müſſen, daß ſie durch Feuchtigkeit, Schwitzen, Mottenfraß uſw. Schaden nehmen. Die Lederausbeute ſoll bei Anwendung des neuen Syſtems bei halbgetrockneten und Trockenhäute mehr als 66 pZt. betragen.

Literatur.

Die Faſtnachtsnummer des **„Wahren Jacob"** iſt ſoeben erſchienen. Sie wird in Inhalt und Ausſtattung der Karnevalszeit gerecht. Das farbige Vorderbild ſchildert den „Faſtnachtfeſtzug der Zollmajorität", während das farbige Rückbild Gruppen „Vom Internationalen Karneval" bringt. Ein großes Bild „Karneval" hat Hans G. Jentzſch gezeichnet; viele kleine Bilder tragen weiter den Faſchingskarakter der Nummer Rechnung, ebenſo die Gedichte „Prinz Karneval" von Ernſt Kreowski, „Maskenfeſt", „Karneval", „Agrariſche Karnevals-Schnadahüpfln" und die „Faſchingsrede des Münchner Metzgermeiſters a. D. Wurſtler". In der Nummer wird ſodann die Porträt-Gallerie „Die Makler des Brotwuchers" durch die Wiedergabe der Bilder Graf Balleſtrems und Graf Stolbergs fortgeführt. In zahlreichen Illuſtrationen und Textbeiträgen wird auf politiſche Vorgänge in ſatyriſcher Weiſe Bezug genommen. Beſonders ſeien noch die Gedichte „Landesſchau in Reinwegnix" von Erich Mühſam (illuſtrirt), „Der gemachte Mann" von Rudolf Lavant, „Mein Freund", „Das Ende" und „Epiſtel an den ſchlichten Mann" erwähnt. Der Preis der zwölf Seiten ſtarken Nummer iſt 10 ₰.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, Dietz' Verlag) iſt ſoeben das 21. Heft des 21. Jahrganges erſchienen. Inhalt: Ultramontaner Sozialismus. — Kartellfragen. Von Heinrich Cunow 2) Kriſe und Kartell. — Der Maſſenſtreik der Eiſenbahner in Holland. Von Hermann Gorter (Buſſum). — Eine Urgeſchichte Amerikas. Von Maximilian Bach (London). — Heinrich Heine als Politiker. Von W. Th. Meyer. (Schluß.) — Literariſche Rundſchau: Der Kampf gegen die Wohnungsnoth. Vorträge. Von H. Fürth. Wiera, Il Divorzio. Von Robert Michels. Die „Neue Zeit" erſcheint wöchentlich ein Mal und iſt durch alle Buchhandlungen, Poſtanſtalten und Kolportöre zum Preiſe von ℳ 3,25 pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungspreisliſte der Poſtanſtalten iſt die „Neue Zeit" unter Nr. 5575 eingetragen, jedoch kann dieſelbe bei der Poſt nur pro Quartal abonnirt werden. Das einzelne Heft koſtet 25 ₰. Probenummern ſtehen jeder Zeit zur Verfügung.

Von der **„Gleichheit"**, Zeitſchrift für die Intereſſen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dietz' Verlag), iſt uns ſoeben die Nr. 5 des 13. Jahrgangs zugegangen. Inhalt: Aufruf der Vertrauensperſon. — Unrecht über Unrecht. — Rückblick auf die Geſchichte der proletariſchen Frauenbewegung in Italien. Anna Maria Mozzoni. Anna Kuliſchoff. Die erſten größeren Lohnbewegungen der italieniſchen Arbeiterinnen. Von Dr. Robert Michels. — Bericht der Berliner Beſchwerdekommiſſion für Arbeiterinnen. Von K. W. — Aus der Bewegung. — Feuilleton: Der Garten. Von Albert Gnutzmann. Autoriſirte Ueberſetzung von Wilhelm Thal. (Schluß.) — Notizentheil: Soziale Geſetzgebung. — Weibliche Fabrikinſpektoren. — Sozialiſtiſche Frauenbewegung im Ausland.

„Vom geruhigen Leben", humoriſtiſche Plaudereien über große und kleine Kinder, von Otto Ernſt, Buchſchmuck von Maximilian Daſio. Im Verlag von L. Staackmann in Leipzig iſt ein neues Buch von Otto Ernſt erſchienen, eine neue Folge humoriſtiſcher Plaudereien unter dem Sammelnamen „Vom geruhigen Leben". Die meiſten Stücke dieſer Sammlung ſind zerſtreut ſchon in Zeitſchriften erſchienen, z. Th. auch ſchon im „Echo" beſprochen, als der Dichter ſie, wie z. B. „Der Pudding" und „Ein Tag aus dem Leben Appelſchnuts" in der hieſigen Literariſchen Geſellſchaft vorgeleſen hatte. In den ſechs Plaudereien „Die Gemeinſchaft der Brüder vom geruhigen Leben", „Was war uns Friedrich Schiller?", „Heimkehr in die Stadt", „Der Pudding", „Ein Tag aus dem Leben Appelſchnuts" und „Appelſchnut und die Philoſophie" finden wir den alten Otto Ernſt wieder, den warmherzigen Poeten, der ſo voller Anſchauungen aus Welt und Leben ſteckt und uns davon mittheilt: bald unter feinen ſatiriſchen Ausfällen auf alles Häßliche und Ungeſunde, bald unterhaltſam plaudernd und ſeine Worte tauchend in den goldigen Humor, der ihm ſo reich aus dem Herzen quillt, und bald ernſthaft philoſophirend, aber ſtets in einem Ton, dem man ſchon am innigen Klange anhört: hier ſpricht Jemand, der ein Recht hat, etwas zu ſagen.

Wie ſchon früher, z. B. in der Plauderei „Die Hoſentaſchen des Erasmus", die in der ebenfalls bei Staackmann erſchienenen Sammlung „Ein frohes Farbenſpiel" enthalten iſt, offenbart Otto Ernſt ſich auch hier wieder als ein ganz hervorragender Erforſcher der Kindesſeele. Wie kaum ein zweiter Poet, weiß er das Kind zu beobachten in den leiſeſten Regungen des Herzens und des erwachenden Verſtandes. Und er weiß dieſe Beobachtungen dichteriſch zu geſtalten. Ausgezeichnet trifft er den Ton des Kindes. Nie hat man das Gefühl: ſo ſprechen Kinder nicht. Stücke wie „Ein Tag aus dem Leben Appelſchnuts" und „Appelſchnut und die Philoſophie" gehören zu dem Beſten, das je über Kinder geſchrieben iſt. Mir wiegt eines von ihnen alle drei Komödien des Dichters auf.

Das Buch, das der Zeichenſtift Maximilian Daſios, eines in letzter Zeit bekannter werdenden talentvollen Illuſtrators, mit hübſchen Bildchen geſchmückt hat, iſt geheftet für ℳ 2,50, gebunden für ℳ 3,50 im Buchhandel zu kaufen.

zuziehen. (Bekanntlich war in letzter Verſammlung Beſchwerde darüber geführt, daß bei genannter Firma ein Lehrling in einer einzigen Woche 42 Ueberſtunden gemacht haben ſoll.) Der Innungsvorſtand hat folgende Antwort ertheilt: „Nach einer uns von der Verlagsanſtalt vorgelegten ausführlichen Liſte beſchäftigt deren Druckerei einen Maſchinenmeiſterlehrling und acht Setzerlehrlinge. Dieſe haben vom 15. November bis zum 15. Dezember des laufenden Jahres zuſammen 9½ Stunden über die übliche tägliche Arbeitszeit Beſchäftigung gefunden. Der Maſchinenmeiſterlehrling, der im vierten Lehrjahre ſteht und über 18 Jahre alt iſt, führt ſelbſtſtändig eine Maſchine. Dieſer Umſtand machte es nach den Mittheilungen des Leiters der Verlagsanſtalt nöthig, den gedachten Lehrling während des außergewöhnlich ſtarken Geſchäftsganges in der Weihnachtszeit vom 28. November bis zum 12. Dezember — alſo 12 Tage hindurch — bis 10 Uhr Abends zu beſchäftigen. In dieſem Vorgehen, bei dem es ſich um ein außergewöhnliches, vorübergehendes Vorkommniß handelt, glaubt der Leiter der Verlagsanſtalt um ſo weniger eine Beſchäftigung von Lehrlingen über Gebühr erblicken zu können, weil es im übrigen Jahre in der Druckerei dieſer Anſtalt überhaupt nicht üblich iſt, Lehrlinge nach Feierabend zu beſchäftigen. Der Vorſtand muß ſich nach Lage der Thatſachen der vorſtehenden Anſicht anſchließen und findet deshalb keine Veranlaſſung, ein Einſchreiten der Beauftragten zu veranlaſſen.“ Fiedler bedauert dieſe Stellungnahme des Innungsvorſtandes. Er habe früher in der Verlagsanſtalt gearbeitet, und während dieſer Zeit ſei es vorgekommen, daß bis Nachts 1 Uhr von den Druckerlehrlingen gearbeitet worden ſei. In einer einzigen Woche hätte z. B. ein Lehrling an Ueberſtunden M. 21 verdient.

Kranken- und Sterbekaſſe der Hamburger Schuhmacher (E. H. Nr. 6), Büreau: Valentinskamp 25. Generalverſammlung am 15. Februar bei Hilmer. Der erſte Vorſitzende J. Köſter gab den Geſchäfts- und Kaſſenbericht, in dem er hervorhob, daß das verfloſſene Geſchäftsjahr gegen das Vorjahr ein recht günſtiges zu nennen iſt; dem Reſervefonds ſind M. 3189,47 zugeführt worden. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 2020 gegen 1905 im Vorjahr; eingetreten ſind im Laufe des Jahres 785, ausgeſchieden 670. Ein Mitglied ſei mit ſeinem Anſpruch an die Kaſſe beim Amtsgericht abgewieſen, weil wir ein Schiedsgericht haben, das alle Streitigkeiten zwiſchen Mitgliedern und Verwaltung zu regeln hat. Auf Antrag des Ausſchuſſes wird dem Vorſtand für ſeine Thätigkeit Decharge ertheilt. Das Schiedsgericht hat 6 Berufungen verhandelt; davon 4 Beſchlüſſe des Vorſtandes beſtätigt, 2 aufgehoben. In den Vorſtand wurden gewählt als 1. Vorſitzender J. Köſter, als 2. Schriftführer G. Noſke; in den Ausſchuß Maddauß, Ginkel, Meiburg und Loſſow, zum Schiedsgericht Mädge, Petezelis, Willmann, Arnold, Enkelmann; als Erſatzmänner G. Schultz und Bötel. Nachdem noch das Verhalten einiger Kaſſenärzte ſowie das unpräziſe Innehalten der Sprechſtunden getadelt, ſchloß der Vorſitzende die gut beſuchte Verſammlung.

Kaſtenſchuten- und Leichterſchiffer. Mitgliederverſammlung am 17. Februar bei A. Vernau. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird das Andenken des verſtorbenen Kollegen von der Zwier in üblicher Weiſe geehrt. Darauf referirte der Genoſſe Kimmel über das Thema: „Der Arbeiter im Kampf um's Daſein und ſeine Kampfesmittel“. Reicher Beifall wurde dem Redner am Schluſſe ſeiner Ausführungen zu Theil. Ueber die Trinkwaſſerangelegenheit im Hafen berichtet Winter: Wir haben Alles verſucht, einen Erfolg herbeizuführen, aber leider vergebens. Im letzten Jahre ſei der Vorſtand wieder beauftragt worden, ſich an den Senat zu wenden. Das ſei geſchehen, und zwar durch das Arbeiterſekretariat, da der Vorſtand glaubte, daß man dann wenigſtens eine Antwort erhalten werde. Obgleich nun ſeit Abſendung dieſes Schreibens bald fünf Monate in's Land gegangen ſind, harren wir noch immer vergebens auf eine Antwort. Es wird hier wohl nicht eher Remedur geſchaffen, bis ſchließlich einmal wieder ein ſolches Unglücksjahr wie 1892 eintritt. Das ſei ſehr zu bedauern, denn alle Diejenigen, die damals ſchon im Hafen beſchäftigt waren, wiſſen, was für ein trauriges Bild der Hafen damals bot; wie ſo mancher brave Kollege nach Ohlsdorf hinausgebracht werden mußte, abgeſehen von den vielen Fällen, wo die Kranken dank ihrer kräftigen Körperkonſtitution noch eben mit dem Leben davon kamen. Hierauf bringt W. den Bericht vom Gewerkſchaftskartell. Ueber Agitation entſpann ſich eine lebhafte Debatte, an der ſich Heinſohn, Scheer, v. Hein, Grebe, Zucker und Winter betheiligten. Dann ſprach Kimmel über den Werth der Arbeiterpreſſe, die Anweſenden auffordernd, auf das „Hamburger Echo“ zu abonniren. Winter fordert die Kollegen auf, der Partei beizutreten; es müſſe ſich Jeder zur Ehre anrechnen, der größten Partei Deutſchlands, welche ſtets die Intereſſen der Arbeiter auf's Beſte vertreten habe, anzugehören. Hierauf Schluß der gut beſuchten Verſammlung.

Sprechſaal.

Zur Beſprechung von Angelegenheiten, welche von allgemeinem Intereſſe ſind, ſteht dem Publikum der Sprechſaal zur Verfügung, ſoweit es der Raum geſtattet, doch lehnt es die Redaktion ab, irgend eine Verantwortung dem Publikum gegenüber für die in Sprechſaalartikeln geäußerten Anſichten zu übernehmen. Bedingung für die Aufnahme von Sprechſaalartikeln iſt es, daß der Verfaſſer der Redaktion Namen und genaue Adreſſe nennt.

Achtung, Werftarbeiter!

Heute, Dienstag Abend 8½ Uhr, findet bei Fick, Thalſtraße 11, 2. Et., eine Mitgliederverſammlung der Werftarbeiter ſtatt, in welcher der Genoſſe Weinheber über die Gegenſätze zwiſchen Gewerkvereinen und freien Gewerkſchaften referiren wird. Da nun auf den Werften, ſpeziell bei Blohm u. Voß, von den Hirſch-Duncker'ſchen Gewerkvereinsmitgliedern verſucht wird, für ihre Verdummungstheorie Anhänger zu gewinnen, iſt es Pflicht eines jeden Werftarbeiters, dieſe Verſammlung zu beſuchen, um ſich Aufklärung über die Gegenſätze beider Richtungen zu verſchaffen. Alſo, alle Mann am Platz, Keiner darf fehlen!

Die Sektionsleitung.
J. A.: **C. Denker.**

Erwiderung auf die Notiz des y-Berichterſtatters von Stellingen-Langenfelde.

Es heißt in der Notiz: „Hierauf wurde die kürzlich ſtattgehabte Kündigung des hieſigen „Echo“-Kolportörs S. von mehreren Rednern einer Kritik unterzogen, wobei beſonders hervorgehoben wurde, daß dem Anſcheine nach ſeitens des Filialleiters die Frauen gegenüber den Männern bevorzugt würden, denn auch in dieſem Falle ſei eine Frau an Stelle des Mannes eingeſtellt, welches aber bei der jetzt herrſchenden Arbeitsloſigkeit vermieden werden müßte. Es wurde hierauf durch einen Beſchluß die Mißbilligung der Kündigung des S. ſeitens des Filialleiters ausgeſprochen.“

Dieſes letzte welterſchütternde Ereigniß giebt mir aber doch Veranlaſſung, näher auf die Sache einzugehen. Von vornherein will ich aber den Stellinger Genoſſen verrathen, daß ich mich in dieſem Falle den Teufel um ihre Mißbilligung ſcheere; denn ſchon ein Mal, und zwar im Jahre 1900, habe ich mir die Mißbilligung der Stellinger Genoſſen zugezogen, und man ertheilte mir eine Rüge. Ich habe den Genoſſen damals gerathen, den Spruch: „Eines Mannes Rede iſt keines Mannes Rede, man ſoll ſie hören alle Beede“ zu beherzigen und dann Rügen zu ertheilen. An dieſe logiſche Forderung glaubt man ſich durchaus nicht kehren zu ſollen, ſondern man hat dort nur nöthig, recht fleißig Rügen zu ertheilen und Mißbilligungen auszuſprechen. Ich will den Stellinger Genoſſen durchaus nicht das Recht der Kritik beſtreiten; im vorliegenden Falle ſcheint ihr Wiſſen aber von keinerlei Sachkenntniß getrübt zu ſein, und ihre Kritik kann deshalb auch keine Berechtigung haben. Im Intereſſe aller Betheiligten hätte ich es für richtiger gehalten, die Sache mit dem Abgang des S. für erledigt zu betrachten, da an anderer Stelle die Angelegenheit auch ſchon verhandelt iſt. Nachdem aber die Angelegenheit durch die Stellinger Verſammlung und den y-Berichterſtatter an die Oeffentlichkeit gebracht, ſo glaube ich es mir ſelbſt, ſowie auch dem Geſchäft ſchuldig zu ſein, die Angelegenheit klar zu legen. Zunächſt einige Fragen an die Beſucher der Stellinger Verſammlung: Kennt man denn in Stellingen den Grund und die dabei mitſprechenden Nebenumſtände, die zur Kündigung und Entlaſſung des Kolportörs S. geführt haben? Iſt man deshalb zu der Mißbilligung gekommen, weil man annimmt, es hätte überhaupt ein Grund zu der Kündigung gefehlt? Ich muß dieſes ſchon annehmen, denn ſobald man zugiebt, es wäre ein Grund vorhanden geweſen, gehört die Mißbilligung in's Reich der Lächerlichkeit. Hält man nun den Grund, der zur Kündigung Veranlaſſung gegeben, nicht für ſtichhaltig — und ich muß doch annehmen, daß die Verſammlung recht unterrichtet geweſen iſt, denn ſonſt würde das wieder auf einen Genoſſen, welcher anweſend war und auch dem Auftritt mit S. beigewohnt und welcher mir gegenüber zugegeben, daß S. zu weit gegangen ſei, ein ganz merkwürdiges Licht werfen — ſo ſcheint man ſich im Laufe der Zeit und durch die ewigen Anrempeleien veranlaßt, auch in Parteigenoſſenkreiſen — wenigſtens in Stellingen — ſchon in die Anſicht hineingelebt zu haben, daß mit dem Amt eines Filialleiters auch zugleich das Amt eines Prügeljungen verbunden ſei, und daß man bei einem Filialleiter das Gefühl der Selbſtſtändigkeit und das Selbſtgefühl nicht aufkommen laſſen dürfe, ſondern dieſer ſich nur Alles gefallen laſſen müſſe, was Andere mit ihm machen wollen. Aber, werthe Genoſſen, „da hapert es“. Nun, Grund zur Kündigung gab das unqualifizirbare, beſchimpfende Auftreten des Kolportörs S. Die Kolportöre der Filiale wollten dann Stellung zu der Kündigung nehmen und event. eine Einigung herbeiführen. Man hatte eine Zuſammenkunft der Kolportöre der Filiale anberaumt, zu welcher auch ich geladen wurde. Die Zuſammenkunft fand ſtatt, aber eine Einigung wurde nicht erzielt. Und warum nicht? Weil der Kolportör S. es nicht für nöthig hielt, zu erſcheinen. Er hat ſeine Kollegen mit ihren Einigungsbeſtrebungen einmal ordentlich hineingelegt. Ich, für meine Perſon, hatte ſchon vor der Zuſammenberufung der Kolportöre meine Bereitwilligkeit, mich mit dem S. zu einigen, nicht nur einem Kolportör, ſondern auch noch anderen Genoſſen zugeſagt, ſo daß es gewiß nicht an mir liegt, daß eine Einigung nicht herbeigeführt wurde. Wozu nun alſo die Mißbilligung? Und ſo wie mit dieſer Frage, ſo geht es auch mit der Bemerkung, daß der Filialleiter dem Anſcheine nach die Frauen den Männern gegenüber bevorzuge, denn auch in dieſem Falle ſei eine Frau an Stelle des Mannes eingeſtellt. Da ich Meldungen von Kolportören für Lokſtedt nicht hatte, ſo erließ ich am Sonntag, 25. Januar, ein Inſerat im „Echo“, da es mir darauf ankam, möglichſt einen Kolportör zu bekommen, der in Lokſtedt wohnhaft iſt. Auf dieſes Inſerat haben ſich nun gemeldet: zwei Frauen aus Lokſtedt und eine Frau von Langenfelde, aber kein Mann. Oder kann man mir das Gegentheil beweiſen? Der Genoſſe, welcher die Abonnenten in Eidelſtedt beſorgt, wollte, wie mir auf meine Anfrage von dem Kolportör Dehn geſagt wurde, die Kolportage für Lokſtedt nicht mit übernehmen. Alſo, da ſich ein Mann nicht gemeldet, kann man mir auch keinen Vorwurf machen, wenn ich eine Frau anſtelle. Thatſächlich iſt aber der vierte Theil der Abonnenten an den männlichen Kolportör von Eidelſtedt gegangen. Ferner wird die jetzt herrſchende Arbeitsloſigkeit angezogen. Ja, glaubt man denn, daß wir damit gut fahren würden, wenn ſich wirklich ein arbeitsloſer Parteigenoſſe gefunden hätte, der die Kolportage übernommen? Dann könnten wir alle acht Tage andere Kolportöre haben; denn ſobald ſie wieder Arbeit bekommen, würden wir einen anderen anſtellen müſſen. Das geht wohl nicht gut. Ich halte die ganze Sache jetzt für eine Mache, die von gewiſſen Perſonen inſzenirt wird, welche nach der Deviſe: „Verleumde luſtig darauf los, es bleibt doch etwas hängen“ arbeiten, welche aber, davon bin ich feſt überzeugt, ſich doch eines Tages feſtlaufen werden. Im Uebrigen iſt es nur eine Fortſetzung von Dem, was man den Filialleitern ſonſt ſchon hat am Zeuge flicken wollen, und man kann ruhig abwarten, welcher Streich nun folgen wird. Wenn aber die Filialleiter bei allen ſolchen Quertreibereien auch einmal aus der Haut fahren, ſo ſoll man es ihnen auch nicht ſo ſehr übelnehmen. Im Uebrigen bin ich jeder Zeit bereit, mich mit den Stellinger Genoſſen perſönlich auszuſprechen.

C. Dreyer, Eimsbüttel.

Frau Zietz

erlaubt ſich in ihrem „Eingeſandt“ vom Sonntag, 22. Februar, mich „bewußter Unwahrheit“ zu zeihen. Wenn mir das aus gegneriſchen Kreiſen paſſirte, würde ich es unter meiner Würde gehalten haben, darauf zu reagiren; aber im „Hamburger Echo“ — vor den Augen der Parteigenoſſen — das geht nicht; ſo widerwärtig das iſt — da muß ich mich doch wehren. Frau Zietz zitirt zunächſt aus dem Bericht über die Generalverſammlung des 3. Hamburger Wahlkreiſes vom 8. Februar einige Sätze, mit welchen der Schriftführer, zuſammenfaſſend, ſelbſtverſtändlich nicht wörtlich, den ungefähren Sinn meiner Ausführungen wiedergegeben hatte. Ich habe nun allerdings nicht geſagt: „Als Frau Zietz im 1. Hamburger Wahlkreiſe auf das Mandat zum Parteitage verzichtete u. ſ. w.“ — ich habe es vielmehr gerügt, daß ſie nicht in ihrem Wahlkreiſe kandidirte! Ich habe es als ungehörig bezeichnet, daß Frau Zietz erklärt habe (wie mir berichtet ſei), „es falle ihr gar nicht ein, im erſten Wahlkreiſe zu kandidiren, den Krach und Skandal wolle ſie nicht wieder erleben, das habe ſie einmal gemacht, aber nicht wieder“. (!) Sodann habe ich über Veranlaſſung und Inhalt, des an Fr. Z. gerichteten Briefes Aufſchluß gegeben, da die Genoſſin Fr. Fahrenwald irrthümlich erklärt hatte, „es ſei doch ſonderbar, daß ich gegen die Frauenorganiſation opponire, während ich in einem Brief, „den wir in Händen haben“, die Frau Zietz gebeten hätte, mir durch die Frauen ein Mandat zum Parteitag (!) nach München übertragen zu laſſen“. Das war ſelbſtverſtändlich Unſinn! Und, um nun einer weiteren etwaigen „Brief-Legende“ und jeder Verdrehung des Thatbeſtandes vorzubeugen, muß ich noch einmal den Inhalt dieſes Schreibens hier herſetzen, ſowie ihn Frau Zietz wiedergegeben hat, ob wörtlich, weiß ich nicht, da ich keine Kopie davon beſitze, aber es kann wohl ſtimmen. „Da ich laut Annonce und Aufruf erſehe, daß Sie Mittwoch, d. . . . . eine öffentliche Frauenverſammlung einberufen haben mit der Tagesordnung: „Stellungnahme zur Frauenkonferenz“, ſo erkläre ich mich bereit, die Vertretung der Hamburger Frauen in München zu übernehmen, falls nicht Sie ein Mandat von auswärts haben ſollten. Sie könnten dann die unverhältnißmäßig hohen Reiſekoſten ſparen, denn ich gehe nach dem Genoſſenſchaftstag in Kreuznach; im Anſchluß daran habe ich eine Reihe von Verſammlungen in Baiern und kann deshalb auch als „Durchgefallene“ dabei ſein. Ich erſuche Sie, der Verſammlung meinen Vorſchlag zu unterbreiten, da ich den Abend wahrſcheinlich nicht anweſend ſein kann.“

Laut Organiſationsſtatut unſerer Partei iſt es den Wahlkreiſen freigeſtellt, wie viel Delegirte ſie zum Parteitag entſenden wollen. Sämmtliche drei Hamburger Wahlkreiſe hatten, den hier gefaßten Beſchlüſſen gemäß, ihre Delegirten gewählt, die ordnungsmäßige Wahlhandlung war für Hamburg geſchloſſen. Ich war in meinem Wahlkreiſe unterlegen, nicht zum Mindeſten durch die Schuld der Frau Zietz, welche, wenn es ihr ernſtlich darum zu thun geweſen wäre, daß eine Genoſſin von Hamburg aus zum Parteitag delegirt würde, zum Mindeſten an dem Tage, da im 3. Wahlkreiſe 13 Parteiverſammlungen ſtattfanden, die öffentliche Frauenverſammlung nicht hätte abhalten dürfen, ſondern es wäre ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit geweſen, Alles aufzubieten, daß die organiſirten Genoſſinnen an jenem Abend in der Parteiorganiſation ihr Wahlrecht ausgeübt hätten! Die Verſammlungen waren acht Tage lang bekannt. Frau Zietz wußte, daß ich auf der Wahlliſte ſtand! Sie hat mitten aus der wichtigſten Parteiaktion heraus die Genoſſinnen in ihre öffentliche Frauenverſammlung, wo Frau Zetkin einen intereſſanten Vortrag hielt, und die von za. 1000 Frauen beſucht war, hingezogen. Als wir dann kurz vor dem Parteitag im „Echo“ laſen, daß Frau Zietz wieder eine öffentliche Frauenverſammlung abhalten wolle mit der Tagesordnung: „Stellungnahme zur Frauenkonferenz“ — da mochte man noch nicht glauben, daß Frau Zietz es wagen würde, ſich von derſelben, entgegen den ausdrücklichen Parteiorganiſationsbeſchlüſſen, ein Extramandat zu erbitten zum Parteitag — die Genoſſen erklärten: „Die Partei zahlt die Koſten dafür nicht!“ Ja, aber aus irgend welchen Taſchen muß das Geld doch genommen werden und wenn's die Frauen durch Extraſammlungen zuſammenbringen ſollen, ſo ſind's doch immer Extraſteuern aus Arbeitertaſchen, ganz abgeſehen von dem unter allen Umſtänden zu verwerfenden Disziplinbruch! Und aus dieſen, mich ſchwer bekümmernden Bedenken heraus, machte ich den letzten Verſuch, Frau Zietz von ihrem durch und durch undemokratiſchen Beginnen abzubringen, indem ich ihr durch obigen Brief mittheilte, daß ich, aus den darin angeführten Gründen, in der Lage ſei, die Vertretung der Hamburger Genoſſinnen auf der Frauenkonferenz zu übernehmen, wenn ſie nicht ein Mandat von auswärts habe. Selbſtverſtändlich hätte ich ſowohl auf der Frauenkonferenz wie nachher bei der Berichterſtattung meinen Standpunkt bezüglich der weiblichen Sonderorganiſation mit aller Schärfe und Energie vertreten. Wenn ich ein Zuſammentreten der Genoſſinnen zu einer Konferenz im Anſchluſſe an den Parteitag, in Rückſicht auf die politiſche und vereinsgeſetzliche Rechtloſigkeit der Frauen in einer ganzen Reihe von Bundesſtaaten, billige, ſo giebt das den Genoſſinnen in denjenigen Staaten, wo ſie politiſche und vereinsgeſetzliche Schranken nicht zwingen, außerhalb des Rahmens der Parteiorganiſation ſtehen zu müſſen, wie in erſter Linie hier in Hamburg, kein Recht, gegen die ausgeſprochenen Beſtimmungen unſeres Organiſationsſtatuts ſich zu vereinigen und Extrabeſchlüſſe zu faſſen!

Frau Zietz hatte kein Mandat von einem auswärtigen Wahlkreiſe bekommen, ſie hat meinen Brief der Frauenverſammlung nicht vorgelegt, es iſt nicht bei der Wahl zur Frauenkonferenz geblieben, ſie hat ſich ein Mandat außerhalb der zuſtändigen Organiſation „erobert“, hat es, trotz des ausdrücklichen Proteſtes ſämmtlicher Hamburger Delegirten, der allerdings in denkbar unzulänglichſter Weiſe dem ſtark ermüdeten Parteitage vorgetragen worden iſt, „galanter Weiſe“ beſtätigt bekommen und — wird natürlich auch fortfahren — ſo lange es geht — den Frauen das Empfinden einzuprägen, daß es nothwendig ſei, ſie erſt „unter ſich zu präpariren, ehe ſie reif ſeien, ſich den Geboten einer demokratiſchen Organiſation zu fügen! Auch die „Demokratie abſolut, wenn ſie meinen Willen thut!“

Bei der Wahl der Frau Zietz zur „Vertrauensperſon“ für Hamburg, nach Mainz, hielt ich die ganze Geſchichte für eine Namenſpielerei, legte ihr keine Bedeutung bei. Ich glaubte am beſten und wirkſamſten dagegen zu proteſtiren, wenn ich mich abſolut von jedem Mitthun fernhielt, und halte das auch heute noch für das allein prinzipiengemäße; die Vernunft muß von ſelber ſiegen. Hübſch finde ich es aber, wenn Frau Zietz mir vorhält, ich hätte ſie ſogar vertheidigt, als ſie ſich in der vorletzten Generalverſammlung des 3. Wahlkreiſes gegen die von allen Seiten vorgebrachten Anklagen wegen ihrer krampfhaften, prinzipienwidrigen Frauen-Sonderbündelei verantworten mußte, gegen den Vorwurf „widerlichſter Süßholzraspelei“. Damals dauerte ſie mich faſt — nun lohnt ſie mir die Güte ſo — bewußte Unwahrheit! Louiſe Zietz — geh' in Dich.

H. Steinbach.

Angeordnete Aufgebote.

Standesamt Nr. 1.

Wenceslaus Jaromir Weſſely mit Auguſte Maria Valenthin. — Carl Heinrich Jacob Möller mit Emma Maria Henriette Stegmann. — Carl Hans Theodor Cayé mit Joſephine Charlotte Emma Voſs.

Standesamt Nr. 2.

Erdmann Paul Roſenkranz mit Anna Mathilde Caroline Luiſe Kleinſorge. — Johann Hermann Tietje mit Dora Alma Knoocke. — Carl Friedrich Hugo Mieliſch mit Johanna Caroline Martha Groth. — Friedrich Carl Rudolf Giſſel mit Anne Lucie Karele Henriette Auguſte, geb. Mohrbutter, verw. Mölln. — Carl Friedrich Robert Johannes Möhrs mit Henriette Friederike Juliane Burmeſter. — Peter Detlef Reimers mit Roſa Krüger.

Standesamt Nr. 3.

Juan Enrique Hermann Föſch mit Frieda Hermine Elſe Goerlich. — Eduard Marcellus Edmund Keller, Dr. phil., mit Marie Eliſabeth Hünlinghof. — Auguſt Studt mit Wilhelmine Johanna Mathilde Drenckberg. — Leopold Leffmann Weinberg mit Paula Plaut. — Wilhelm Blitz, Dr. jur., mit Helene Heimann.

Standesamt Nr. 20.

Emil Friedrich Wilhelm Hänsgen mit Bertha Wilhelmine Abel. — Adolph Leopold Auguſt Detlef Glamann mit Bertha Margareta Catharina Koops. — Johann Peter Hinrich Edler mit Ida Louiſe Wilhelmine Böll. — Wilhelm Carl Heinrich Brandt mit Johanna Margaretha Eliſabeth Hasfeld. — Robert Julius Emil Haaſe mit Sophie Henriette Adolphine Hagemann. — Max Theilheimer mit Emma Johanna Mathilde Caroline Böcker. — Auguſt Wilhelm Eduard Naſt mit Agnes Margot Borgwardt. — Max Hermann Goltzſche mit Julie Caroline Friederike Peterſen. — Johannes Paul Ferdinand Simon mit Hermine Schöne. — Guſtav Albert Bieler mit Anna Maria Bongartz.

Hamburg, den 21. Februar 1903.

Standesamt Nr. 21.

Johann Dietrich Louis Mertens mit Caroline Sophie Klara Brüſt. — Franz Hermann Max Schneider mit Henriette Adrienne Wilhelmine Laura Bove. — Alfred Georg Obſt mit Marie Luiſe Dieſtel. — Karl Wilhelm Auguſt Hermann Bolte mit Dorothea Eliſabeth Benthien. — Hans Georg Guſtav Bitterlich mit Olga Clotilde Thusnelde Burgarth.

Standesamt Nr. 21a.

Carl Heinrich Wilhelm Ludwig Trümper mit Wilhelmine Chriſtine Dorothee Timm.

Standesamt Nr. 22.

Friedrich Wilhelm Robert Seiler mit Anna Auguſte Wilhelmine Gloede.

Hamburg, den 20. Februar 1903.

Schiffs-Nachrichten.

In Cuxhaven ein- und auslaufende Schiffe
(Deutſcher Reichstelegraph.)

(Nachdruck verboten.)

Cuxhaven, 23. Februar, Vormittags.

Angekommen am 23. Februar.	Kapt.	Von
V. 6,— Bruno (D.)	Lawſon	Hull

Ferner auf: 7 Uhr Schlepper Unterweſer. — 9 Uhr 45 Min.: Dampfer in Sicht.

In See gegangen am 23. Februar.	Nach
Nachts Nereus (D.)	Amſterdam
V. 8,10 Föhr (D.)	Methil
8,45 Mercator (D.)	Newcaſtle
„ Cyclop (Schlepper)	Bremen.
„ Handelsblatt (Leichter)	do.
9,— Athlet (Schlepper)	do.
„ Börſenhalle (Leichter)	do.
„ Aſſecuradeur (Schlepper)	do.
„ Daheim (Leichter)	do.
„ Free Lance (D.)	Newcaſtle
9,25 Arana (D.)	Spanien
9,45 Reiter (Schlepper)	Bremerhaven
„ Nr. 60 u. 21 (Kähne)	do.

Ferner ſeewärts: Schlepper Hercules. — Abwärts gekommen bis Altenbruch: Schiff Suſanna im Tau des Schl. Gladiator, Suſanna verlor daſelbſt einen Anker und 38 Faden Kette.

Wind: WSW., mäßig, böig. Wetter: bedeckt. — Barometer: 751,5. Thermometer: + 7° (R.).

Holtenau meldet: In den Kanal eingelaufen:

23. Februar.	Kapt.	Von
V. 8,— Hamburg (F.-D.)	Eggerſtedt	Skagen

Helgoland meldet: Wind: SW., ſtark. Wetter: bedeckt. See: unruhig.

Cuxhaven, 23. Februar, Nachmittags.

Angekommen am 23. Februar.	Kapt.	Von
V. 10,— Orion (D.)	Welſen	Amſterdam
„ Breslau (D.)	Browne	Leith
11,35 Maas (D.)	Giezen	Rotterdam
12,— Valdivia (P.-D.)	Niſs	Colon
„ Emma (D.)	Mallet	Havre
N. 12,15 Helene Sauber (D.)	Kruſe	Boneß
12,30 Afrikander (D.)	Smith	Newcaſtle
12,50 Saga (D.)	—	Haugeſund
1,20 Chelſea (D.)	—	—
1,40 Flensburg (D.)	Suhr	Adelaide
2,10 Lucent (D.)	Martin	Blyth
2,50 Nereus (D.)	Frazer	Newcaſtle
3,40 Thalia (D.)	Kuniſch	Köln
Prinz Wilhelm (D.)	Ridder	

Ferner auf: 2 Uhr 45 Min. Fiſcherfahrzeug H. F. 85. — Eingekommen: Fiſcherfahrzeuge H. F. 223, 189, 212, 211, 37, 38, 199, 69, 190, 31, 49, 229, 195 und 152. — Dampfer Flensburg iſt hier geankert. — Schlepper Athlet kehrte aus See zurück und ging auf derſelbe hat ſeinen Leichter an Schlepper Hercules abgegeben. — Dampfer Emma iſt letzte Nacht nicht aufpaſſirt. — 4 Uhr: Nichts in Sicht.

In See gegangen am 23. Februar.	Nach
V. 10,15 Argentina (Schl.)	Bremen
„ M (Kahn)	do.
10,30 Ajax (Schl.)	do.
„ Schalk (Leicht.)	do.
11,45 Motala (D.)	do.
N. 2,10 James Cameron (D.)	Newcaſtle

Abwärts gekommen bis Altenbruch: Dampfer Brunette, Uno und Eduard. — **Aus See zurück:** Schlepper Reiher.

Wind: WSW., ſteif, böig. Wetter: bedeckt. Barometer: 752. Thermometer: + 7° (R.).

Helgoland meldet: Wind: WSW., ſtark. Wetter: bedeckt. See: unruhig.

Ueberſeeiſche Schiffsbewegungen.

„Prinzeſſin Victoria Luiſe“, Kapt. R. Sauermann, auf der Vergnügungsfahrt nach Weſtindien, iſt am 22. d. in Kingstown angekommen. — „Auguſte Victoria“, Kapt. E. Kaempff, auf der Orientfahrt, iſt am 22. d. in Nizza angekommen. — „Patricia“, Kapt. H. Leithäuſer, nach New-York beſtimmt, iſt am 22. d. von Boulogne ſur Mer weitergegangen. — „Graf Walderſee“, Kapt. E. Kopff, iſt am 21. d. von New-York via Plymouth und Cherbourg nach Hamburg abgegangen. — „Phoenicia“, Kapt. H. Schmidt, iſt am 21. d. in Genua angekommen. — „Bengalia“, Kapt. H. Knuth, iſt am 21. d. von Baltimore nach Hamburg abgegangen. — „Artemiſia“, Kapt. E. Gronmeyer, iſt am 22. d. von Boſton nach Philadelphia weitergegangen. — „Acilia“, Kapt. A. Rörden, iſt am 22. d. in Galveſton angekommen. — „Galicia“, Kapt. W. Kuhls, nach Weſtindien, iſt am 22. d. in Antwerpen angekommen. — „Caſtilia“, Kapt. M. Lorentzen, von Weſtindien kommend, iſt am 22. d. in Havre angekommen. — „Hercynia“, Kapt. W. Müller, von Weſtindien kommend, iſt am 23. d. in Bremen angekommen. — „Valeſia“, Kapt. G. Boldt, iſt am 21. d. in St. Thomas angekommen. — „Canadia“, Kapt. A. Wagner, iſt am 20. d. in St. Thomas angekommen. — „Prinz Eitel Friedrich“, Kapt. M. Dugge, von Santos ꝛc., iſt am 22. d. in Rotterdam angekommen. — „Etruria“, Kapt. E. Breckenfelder, iſt am 21. d. in Bahia Blanca angekommen. — „Granada“, Kapt. C. Steffan, iſt am 20. d. von Buenos Aires via St. Vincent nach Deptford, Dünkirchen und Hamburg abgegangen. — „Karthago“, Kapt. Rörden II, iſt am 22. d. von Buenos Aires nach Montevideo weitergegangen. — „Kiautſchou“, Kapt. F. Behrens, auf der Ausreiſe nach Oſtaſien, iſt am 21. d. in Antwerpen angekommen. — „Ambria“, Kapt. M. Duckſtein, von Oſtaſien, iſt am 22. d. in Rangoon angekommen. — „Belgrano“, Kapt. W. Schweer, iſt ausgehend am 22. d. von Antwerpen nach Leixoes weitergegangen. — „Mendoza“, Kapt. F. Behrmann, iſt am 21. d. von Montevideo nach Dünkirchen und Hamburg weitergegangen. — „Taquary“, Kapt. A. v. Ehren, iſt ausgehend am 22. d. in Liſſabon angekommen. — „Tucuman“, Kapt. H. Hanſen, paſſirte Dover ausgehend am 22. d. — „Antonina“, Kapt. H. Schütterow, iſt rückkehrend am 21. d. von Teneriffe nach Genua weitergegangen. — „La Plata“, Kapt. W. Fohl, iſt rückkehrend am 20. d. von Santos nach Genua weitergegangen. — „Paranagua“, Kapt. A. Bunck, iſt rückkehrend am 21. d. von Leixoes nach Havre weitergegangen. — „Neko“, Kapt. Krauſe, iſt rückkehrend am 21. d. von Guatemala weitergegangen. — „Oſiris“, Kapt. P. Beelendorf, hat am 21. d. ſeine Rückreiſe von Valparaiſo via Montevideo nach Hamburg angetreten. — „Pentaur“, Kapt. Peterſen, iſt rückkehrend am 21. d. in Teneriffe eingetroffen. — „Totmes“, Kapt. Köhler, iſt ausgehend am 22. d. in San Francisco eingetroffen. — „Kurt Woermann“, Kapt. Haken, iſt auf der Ausreiſe am 21. d. in Madeira eingetroffen. — „Ascan Woermann“, Kapt. Milz, iſt auf der Heimreiſe am 21. d. in Accra eingetroffen. — „Eleonore Woermann“, Kapt. Jenſen, iſt auf der Heimreiſe am 22. d. in Lagos eingetroffen. — „Bellaggio“, Kapt. H. Buß, iſt am 21. d. von Bahia nach Barbados abgegangen. — „Wellgunde“, Kapt. Kuhlmann, iſt am 21. d. von Arzew nach Malta weitergegangen. — „Paros“, Kapt. Konow, iſt am 23. d. in Smyrna angekommen. — „Samos“, Kapt. Buß, hat am 21. d. die Ausreiſe von Swanſea fortgeſetzt. — „Siegfried“, Kapt. Strecker, iſt am 22. d. in Konſtantinopel angekommen. — „Volos“, Kapt. Krohn, hat am 22. d. die Ausreiſe von Antwerpen angetreten. — „Umea“, Kapt. Münſtermann, iſt am 22. d. von Valencia nach Hamburg weitergegangen. — „Argos“, Kapt. Mahnke, iſt am 22. d. in Valencia angekommen. — „Skyros“, Kapt. Keil, hat am 22. d. die Heimreiſe von Novoroſſisk angetreten. — „Pylos“, Kapt. Menſſen, iſt am 22. d. von Laurium nach Smyrna weitergegangen. — „Andros“, Kapt. Bradhering, paſſirte ausgehend am 21. d. Gibraltar. — „Milos“, Kapt. Biblic, iſt am 22. d. von Batum nach Konſtantinopel weitergegangen. — „Gunther“, Kapt. Niemann, iſt am 21. d. von Blyth nach Malta weitergegangen. — „Fiume“, Kapt. C. Schloenbach, iſt am 21. d. von San Nicolas (Argentinien) in Antwerpen angekommen. — „Heimfeld“, Kapt. Giſſeld, iſt am 21. d. rückkehrend von Funchal abgegangen. — „Marienfels“, Kapt. Tegge, iſt am 21. d. in Antwerpen angekommen. — „Ockenfels“, Kapt. Hartzog, iſt am 21. d. in Karachi angekommen. — „Tannenfels“, Kapt. Meyer, iſt am 21. d. Suez paſſirt. — „Goldenfels“ iſt ausgehend am 20. d. von Genua nach Madras abgegangen. — „Tanger“, Kapt. Schumacher, iſt am 21. d. von Gibraltar nach Hamburg weitergegangen. — „Portimao“, Kapt. Niemann, iſt am 20. d. von Huelva nach Hamburg abgegangen. — „Faro“, Kapt. Löding, iſt am 20. d. in Gibraltar angekommen. — „Gretchen Bohlen“, Kapt. Michelſen, iſt auf der Ausreiſe am 21. d. in Rotterdam eingetroffen. — „Kanzler“, Kapt. Weißkam, iſt auf der Heimreiſe am 22. d. in Liſſabon eingetroffen. — „Kurfürſt“, Kapt. Weſt, iſt auf der Heimreiſe am 22. d. von Majunga abgegangen. — „Augsburg“, Kapt. Koch, iſt auf der Ausreiſe am 22. d. von Kapſtadt weitergegangen. — „Bielefeld“, Kapt. Krauſe, iſt auf der Heimreiſe am 23. d. in Suez angekommen. — „Sommerfeld“, Kapt. Orgel, iſt auf der Heimreiſe am 23. d. in Macaſſa angekommen. — „Margaretha“, Kapt. Fretwurſt, iſt auf der Ausreiſe von Hamburg nach Havana dortſelbſt angekommen. — „Caſſius“, Kapt. Gerlach, iſt am 22. d. von Manila nach Woofung abgegangen. — „Mannheim“, Kapt. Ockelmann, iſt am 20. d. in New-York angekommen. — „Eliſe Marie“, Kapt. Siege, iſt am 22. d. in Philadelphia angekommen. — „Wilkommen“, Kapt. Schau, iſt am 22. d. in Shields angekommen. — „Kaiſerin Maria Thereſia“, Kapt. Wettin, hat am 21. d. die Reiſe von Algier nach Valetta fortgeſetzt. — „Crefeld“, Kapt. v. Bardeleben, von Braſilien kommend, iſt am 22. d. in Liſſabon angekommen. — „Main“, Kapt. v. Borell, iſt am 22. d. in New-York angekommen. — „Chemnitz“, Kapt. Jantzen, iſt am 21. von Baltimore nach der Weſer abgegangen. — „Prinz Regent Luitpold“, Kapt. Oeſſelmann, von Auſtralien kommend, iſt am 22. d. in Colombo angekommen. — „Norderney“, Kapt. Werner, nach dem La Plata beſtimmt, iſt am 21. d. Dover paſſirt. — „Neckar“, Kapt. Haraſſowitz, iſt am 21. d. von New-York via Gibraltar nach Neapel abgegangen. — „Stuttgart“, Kapt. Groſch, von Oſtaſien kommend, iſt am 22. d. in Singapore angekommen. — „Preußen“, Kapt. Prehn, von Oſtaſien kommend, iſt am 22. d. in Kobe angekommen. — „Prinz Heinrich“, Kapt. Heintze, nach Oſtaſien beſtimmt, iſt am 21. d. in Colombo angekommen.

Meteorologiſche Beobachtungen.

W. Campbell & Co. Nachfolger.
Hamburg, 23. Februar, 12 Uhr Mittags.

Thermometer (° C)			Barom. (mm)	Wind	Atmoſph.
Mittags	Maxim.	Minim.			
+ 10,0	+ 11,2	+ 7,1	750,0	SW	wolkig

Eintritt der Fluth und Ebbe in Hamburg

am 24. Februar:
Fluth: 11 Uhr — Min. | Ebbe: 3 Uhr 30 Min.

Waſſerſtand der Oberelbe.

In Auſſig	21. Februar	+ 0,48	m
„ Dresden	21. „	+ 0,95	m
„ Barby	21. „	+ 2,35	m
„ Magdeburg	23. „	+ 1,74	m
„ Wittenberge	21. „	+ 3,02	m
„ Dömitz	20. „	+ 2,51	m
„ Lauenburg	21. „	+ 2,47	m

Allgemeine Prognoſen der Wetterkarten der Seewarte.

Am 24. Februar.

Nordweſtdeutſchland: Mildes, veränderliches Wetter mit Regenfällen und ſtark böigen Winden aus weſtlichen Richtungen.

Auktionen.

24. Februar.

10 Uhr:	Paſtorenſtr. 16, Pfänder (Gerichtsv.).
10 „	Bei den Mühren 52, I., Pianos, Oelgemälde, Teppiche, div. Mobilien, 1 gepolſterte Telephonzelle (Arthur Landjunk).
10½ „	Brook 9, 5. Boden, 9 Ballen Schaffelle (Ernſt Krüger.)
10½ „	Aſiakai, Schuppen 35, Palmkerne, Palmöl, Gummi, Stäbe und Böden von Fäſſern (H. Gompertz).
10½ „	Neuer Wandrahm 3, II., Santos-Kaffee (Wilh. Erler).
10½ „	Düſternſtr. 49, Manufakturwaaren, Herren- und Knabenkonfektion (S. Schenk).
10 „	Stiftſtr. 21, Mobilien, Hausſtandsſachen ꝛc. (Gerichtsv.).
10 „	Herrengraben 19, Hausſt., Einr., Kontor-Einricht. f. Juweliere ꝛc. (H. Glaſow).
10½ „	Ellernthorsbrücke 5, Manufakturw., Anzüge, Hoſen, Buckſkins (Herm. Prieß).
10½ „	Michaelisſtr. 32, Mobilien, Hausſtandsſachen, Einrichtungen ꝛc. (Th. Dreyer).
11½ „	Flints Werft, Ellerholzdamm, Steinwärder, Kohlen (Louis Israel).
2¼ „	An der Börſe, hinter Pfeiler 33/34, 50 Ballen Hanf (Siegm. del Banco).

Verſammlungs-Anzeiger.

Unter dieſer Rubrik veröffentlichen wir alle Verſammlungen, von denen uns Kenntniß gegeben wird.

Vereine:

Dienstag, den 24. Februar, Abends 8½ Uhr: **Freidenker,** bei Ellerbrock, Hamburgerſtr. 134, Barmbek. — **Volksverſammlung in Wilhelmsburg,** bei Sievert, Reiherſtieg. — **Speicherarbeiter,** bei Bahlſen, Roſenſtr. 37. — **Werftarbeiter,** bei Fick, Thalſtr. 11. — **Heizungsfacharbeiter,** bei Hilmer, Gänſemarkt 35. — **Klempnerhülfsarbeiter,** bei Klages, Ecke Alſterthor u. Hermannſtr. — **Metallarbeiter, Altona,** bei Chriſtianſen, Blumenſtr. 41.

Mittwoch, den 25. Februar, Abends 8½ Uhr: **Maler ꝛc.,** bei v. Salzen, Caſſamacherreihe 15/17. — **Gewerbegerichtsbeiſitzer,** bei Hilmer, Gänſemarkt 35. — **Naturheilverein Altona (Oeffentlicher Vortrag),** im Bürgerverein, Königſtr. 154. — **Frauenverſammlung,** im „Marienhof“, Grünerdeich. — **Frauenverſammlung,** bei Struck, Fruchtallee 70. — **Plattenanſetzer,** bei Weſtedt, Langergang 41. — Abends 9 Uhr: **Gewerkſchaftskartell,** bei Springborn, Valentinskamp. — **Fabrikarbeiter, St. Georg,** bei Hommel, Nagelsweg 31.

Donnerstag, den 26. Februar, Abends 8½ Uhr: **Oeffentliche Verſammlung ſämmtlicher baugewerblichen Arbeiter,** bei Stockmann, Gr. Rooſenſtraße 93/95, Altona. — **Maurer,** bei Hilmer, Gänſemarkt 35. — **Naturheilverein,** bei Horn, Hohe Bleichen.

Krankenkaſſen:

Dienstag, den 24. Februar, Abds. 8½ Uhr: **Kranken- und Sterbekaſſe „Verein der Stuhlmacher“,** bei Horn, Hohe Bleichen 30.

Mittwoch, den 25. Februar, Abends 8½ Uhr: **Hamburger allgem. freie Kranken- und Sterbekaſſe (E. H. 19) Bezirk Veddel, Reiherſtieg ꝛc.,** bei Tiemann, Sieldeich 125. — Abends 9 Uhr: **Kranken- und Sterbekaſſe „Die blühende Hoffnung“,** bei Horn, Hohe Bleichen 30.

Donnerstag, den 26. Februar, Nachmittags 5 Uhr: **Kranken- u. Sterbekaſſe der Bäcker ꝛc. (E. H. 49),** bei Hilmer, Gänſemarkt 35. — Abends 8½ Uhr: **Allgemeine Sterbekaſſe zu Hamburg, Bezirks-Verſammlungen.** 1. Bezirk: bei Meyer u. Erbſt, Schulterblatt 94, St. P. — 2. Bezirk: bei C. Kröger, Brennerſtraße 53, St. G. — 3. Bezirk: bei Goſſow, Schauenburgerſtr. 14, Hamburg. — 4. Bezirk: bei Hagelſtein, Schlachterſtraße 43, Hamburg. — 5. Bezirk: bei Seidel, Gr. Rooſenſtr. 32, Altona. — 6. Bezirk: bei Ebler, Norderſtr. 37, Altona. — 7. Bezirk: bei Reverey, Gr. Brunnenſtr. 21/23, Ottenſen.

Anzeigen.

(Für den Anzeigentheil iſt die **Redaktion** dem Publikum nicht verantwortlich.)

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann
Carl Eichenberg
im 54. Lebensjahre am Sonnabend, den 21. Februar, geſtorben iſt.
Tief betrauert von ſeiner lieben Gattin
Fr. Eichenberg Wwe.
Beerdigung: Mittwoch, den 25. Februar, Nachm. 2 Uhr, vom Eppendorfer Krankenhauſe.

Lotterie-Klub „Martha“.

Hierdurch den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unſer Mitglied
C. Eichenberg
am Sonnabend verſtorben iſt.
Ehre ſeinem Andenken!
Beerdigung: Mittwoch, den 25. Februar, Nachm. 2 Uhr. Die Mitglieder verſammeln ſich um 1 Uhr bei **Loop,** Marthaſtr. 4.

Sparklub „Unter uns“ von 1903.

Todes-Anzeige.
Hierdurch die traurige Mittheilung, daß unſer treues Mitglied Frau **Lina Friederica Catharina Meyer,** geb. **Geese,** am 21. Febr. nach kurzem, ſchwerem Leiden ſanft entſchlafen iſt.
Ehre ihrem Andenken!
Beerdigung: Heute, Dienstag, 24. Februar, Nachm. 2 Uhr, vom Krankenhauſe Lohmühlenſtraße. **Der Vorſtand.**

Todes-Anzeige.

Hiermit die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der Küper
Wilhelm Schönhardt,
nach langen, ſchweren Leiden ſanft entſchlafen iſt.
Tief betrauert von ſeiner Frau und Kindern.
W. Schönhardt, geb. **Bruhns.**
Beerdigung am Mittwoch, 25. d. M., 2 Uhr, vom Sterbehauſe, Schmalenbekerſtraße 20, III.

Zentral-Verein deutscher Böttcher.

(Filiale Hamburg.)

Todes-Anzeige.
Am Sonnabend, den 21. Februar, ſtarb nach langer, ſchwerer Krankheit unſer langjähriges Mitglied
Wilhelm Schönhardt
im Alter von 46 Jahren.
Ehre ſeinem Andenken!
Der Vorſtand.
Die Beerdigung findet ſtatt am Mittwoch, den 25. Februar, Mittags 2 Uhr, vom Sterbehauſe, Schmalenbekerſtraße 20.

Todes-Anzeige.

Am Montag Morgen entſchlief ſanft nach langem, ſchwerem Leiden im 69. Lebensjahre unſere liebe, unvergeßliche Mutter und Großmutter **A. Schön,** geb. **Wraage.**
Tief betrauert von ihren
Kindern, Schwiegerkindern und Enkeln.
Beerdigung am Donnerstag, 26. Februar, Nachm. 3 Uhr, vom Sterbehauſe, Adolfſtr. 12, 2.

Todes-Anzeige.

Hierdurch Freunden und Bekannten die traurige Mittheilung, daß unſer Kollege, der Matroſe
Heinrich Martschin,
aus Altona, am Dienstag, 17. Februar, Nachmittags 2 Uhr 40 Minuten, vom Dampfer „Liſſabon“ auf der Reiſe von Palermo nach Hamburg im Biscayaſchen Meerbuſen in Folge eines Unfalles über Bord gefallen iſt und ſeinen Tod in den Wellen gefunden hat.
Ehre ſeinem Andenken!
Seine Kollegen u. Freunde.

Verspätet.

Todes-Anzeige.

Hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unſere gute Mutter, Großmutter und Urgroßmutter
Johanna Antoinette Schönfeldt
geb. **Bargmann,**
am Donnerstag, 19. d. M., im 77. Lebensjahre geſtorben iſt, und geſtern, am 23. d. M., beerdigt wurde.
Möge ſie ſanft ruhen!
Tief betrauert von den
Hinterbliebenen.

Dankſagung.

Für die herzliche Theilnahme und reiche Kranzſpende bei der Beerdigung meines lieben Mannes ſage ich allen Verwandten, Freunden und Nachbarn, ſowie ſeinen Kollegen bei der Firma M. A. Hentschel und J. Wegers meinen herzlichen Dank.
Frau Frida Schümann Wwe., geb. **Mahnke,** nebſt Kindern.
Altona, den 23. Februar 1903.

Danksagung.

Allen lieben **Freunden, Nachbarn, Bekannten,** ſowie dem **Staatsarbeiter-Verband** für die rege Betheiligung und freundliche Kranzſpende bei der Beerdigung meines mir unvergeßlichen Gatten und Vaters unſeren allerherzlichſten Dank.
Dora Fehland Wwe., geb. **Hagen,** und Tochter.

Dankſagung.

Für die reiche Kranzſpende und rege Betheiligung bei der Beerdigung meines lieben und unvergeßlichen Mannes ſpreche ich hiermit allen Verwandten, Bekannten, ſowie dem Schützenverein und dem Sozialdemokratiſchen Verein von Geeſthacht hiermit meinen herzlichſten Dank aus.
Frau Dietze Wwe., geb. **Schult.**

Dankſagung.

Für die rege Betheiligung und reiche Kranzſpende bei der Beerdigung des Herrn **Fr. Thessen** ſagen hiermit allen Leidtragenden und Betheiligten, insbeſondere dem Verbande der Tabakarbeiter, Zahlſtelle Barmbek, ſeinen Mitarbeitern und dem Kontorperſonal der Firma Juſtus, ſowie der Frau Juſtus ihren herzlichſten Dank.
Frau M. Oldenburg nebſt Familie.

Bill. Kranzbinderei. Düſternſtraße 4.

Durch Unterzeichnete iſt zu beziehen:
„Der wahre Jacob“ . . . . —,10
„Süddeutſcher Poſtillon“ . . . . —,10
„Die Gleichheit“ . . . . —,10
Preczang, Lieder eines Arbeitsloſen . —,20
Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanſtalt Auer & Co.
Fehlandſtraße 11.

Verband der Bauarbeiter Deutſchlands.

Zahlſtelle Hamburg und Umgegend.
Den Mitgliedern zur Kenntniß, daß die Sperre bei **Ehrigs** Bau, belegen Schellingſtraße, fortbeſteht und nachſtehende ausgeſchloſſen ſind: **Claus Siem, L. Sauerbier, A. Hempel, E. Rohr.** Die Ortsverwaltung.

Arbeitsmarkt

Modelltiſchler.

Wir ſuchen einen tüchtigen, fleißigen Modelltiſchler bei gutem Lohn. Derſelbe muß **ſelbſtſtändig** arbeiten können; bei zufriedenſtellender Leiſtung dauernde Beſchäftigung.
Schriftliche Offerten erbeten.
Steen & Kaufmann,
Eiſengießerei u. Maſchinenfabrik, **Elmshorn.**

Geſ. e. alleinſt. Frau zur Führung des Hausſtandes. Weideſtr. 14, p., Barmb.

Reparatör für Nähmaſchinen.

Gef. Off. unt. **F. 2970** an **Heinr. Eisler,** **Alter Steinweg 24.**

3 tüchtige Hohlſchleifer
auf alte Meſſer zum ſofortigen Eintritt geſucht.
Stückarbeit: M. 9,20 pr. Dtz. hohl.
Gefl. Offerten an
The Britannia Hollow Grinding Works,
37, Britannia Str., London, W.C.

Geſ. e. Schneider a. Alles, a. Reparat., a. d. Hauſe. Bahrenfelderſtr. 97, Ott.

Geſ. guter Rockſchneider. Gr. Brunnenſtr. 38, Ottenſen.

Perf. Schneiderin empf. ſich a. d. Hauſe. Barmbek, Hamburgerſtr. 109, prt. l.

Schneider k. h. Pl. erh. Fuhlentwiete 39, 4.

Schneider k.h.Pl.erh., Gasb. **A. Weiss,** Wexſtr. 7, 3.

Geſ. per ſof. e. geübter Stepper u. Vorrichter bei gutem Lohn. **C. B. Knoll,** Pferdemarkt 66, III.

Fleißig. Schneid. k. h. Pl. erh. Fuhlentwiete 39, III. l.

Geſucht verh. Rockſchneider. Capellenſtr. 28, III.

Schneid. k. hell. Platz erh. **Wiemer,** Wexſtr. 42, III.

Schneider kann hellen Platz erhalten. Pfeiffer, Thalſtr. 67 a, Haus 8, I.

E. Frau w. Tab. i. H. z. ſtreif. Friedrichſtr. 75, K., Alt.

E. Frau w. Tab. i. H. z. ſtreif. Am Soob 2a, I., Ottenſ.

Frau ſ. Beſchäftigung i. Tabakſtreifen. Große Freiheit 55, Hs. 2, Altona.

Hamburg.

G.Z.=A.kl.ſchr.13,50. Barmb., Meſterkamp 20, 1. r.
Geſ. Z.=A.a.H. ℳ 12,75. Freiligrathſtr. 14, H. 7, 2.
Geſ. Z.=A. ℳ 18. Bartelsſtr. 56, 1. r.
Geſ. Z.=A. a. kl. Bauchz. ℳ 15. Marthaſtr. 1, 1. l.
Geſ. Z.=A.a.H. ℳ 16. Stellingerweg 41, 1. l., Eimsb.

Altona.

Geſ. Z.=A.a.Sum. ℳ 13,50. Lohmühlenſtr. 73, 2. l.
Geſ. Z.=A. a. F. ℳ 10. Sedanſtr. 26, 3. l.
Geſ. Z.=A. a. Pen. ℳ 19,50. Weidenſtr. 91, p. l.
Geſ. Z.=A.a.H. 16, Zur.a.g.T. 11. Zirkusſtr. 8, 2. l.
Geſ. Zur. a. ¼ T. ℳ 3. Adolfſtr. 170, p.

Ottenſen.

G.Z.=A.a.kl.ſchr.H. ℳ 15. Bahrenfelderſtr. 11, 2. r.
Geſ. Zig.=Arb. ℳ 14,50. Gr. Brunnenſtr. 124, pt. l.
Geſ. Zig.=Arb. a. H. ℳ 12. Friedens=Allee 10, 3. l.
G.Z.=A.a.H. Torpedos ℳ 17. Papenſtr. 50, 2. Mitte
G. Zurichter ½ T. 5,50 o. ℔ 10 ₰ f. Arnoldſtr. 54, 2. r.

Geſ. Zurichter ½ T. 5,50 Mg. Bahrenfelderſtr. 11, 3. l.
Geſ. Zurichter a. ½ T. ℳ 6. Gr. Brunnenſtr. 20, p. l.
Geſ. Zurichter. ½ T. ℳ 5, Morg. Goebenſtr. 8, 1. l.
Geſ. Blattzur. ½ T. ℳ 6. Roonſtr. 10, 2., Mitte.
Geſ. Rapperſtr. a. g. T. ℔ 11 ₰. Schulſtr. 9, 4. l.

Zigarren,

Partien und reguläre Waare, zu enorm billigen Preiſen,
1000 Stück ſchon von ℳ 15 an bis zu den feinſten. Zigaretten per 1000 Stück von ℳ 6 an. Zur Probe lief. 100 Zigarren, 10 Sort., je 10 Stück, ℳ 4 franko allen Poſtſtationen. Billigſte Bezugsquelle für Wiederverkäufer, Wirthe und Private.

Paul Schmidt & Co.,
Hamburg, Steinſtraße 34.
Man achte bitte a. Firma u. Hausnummer.

Tabakſt. w. gek. u. abgeh., **100 ℔ ℳ 5,50.**
Ebke, Schulterblatt 24, H. 1, p. r.
Daſ. **deutſcher Tabak, ℔ 10 ₰, zu verk.**

Achtung! Achtung!

Frauen=Verſammlung.

Die Verſammlung in Eimsbüttel findet **nicht Dienstag**, ſondern **Mittwoch**, den 25. Februar, ſtatt.

Die Einberuferin.

Deutſcher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsſtelle Altona.

Extra=Mitglieder=Verſammlung

heute, Dienstag, den 24. Februar, Abends 8½ Uhr, bei P. Christiansen.

Tages=Ordnung:
1) Stellungnahme zum Bauarbeiterſchutz=Kongreß in Berlin. 2) Die Einführung der Krankenunterſtützung im Verbande. 3) Verſchiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Allgemeine Sterbekaſſe zu Hamburg

(früher Sterbekaſſe der Mitglieder der Allgemeinen Krankenkaſſe E. H. 32 und deren Frauen).

Büreau: **Hamburg, St. Pauli, Roſenhofſtraße 20.**
Fernſprecher: Amt II, Nr. 1238.

Mitgliederzahl am 1. Januar 1903: 19012. Vermögensbeſtand: ℳ 111276,—. Eintrittsgeld: 75 ₰. **Dreizehnwöchentlicher Beitrag: 80 ₰.** Sterbegeld: ℳ 150,—.

Bezirksverſammlungen

finden in Gemäßheit § 12 Ziffer 4, 5 und 6 des Kaſſenſtatuts in folgenden Lokalen **am Donnerstag, den 26. Februar cr., Abends 8½ Uhr,** ſtatt:

1. **Bezirk: bei Meyer und Erbst, Schulterblatt 94, Hamburg, St. P.**
2. „ „ **C. Kröger, Brennerſtraße 53, St. Georg.**
3. „ „ **A. Gossow, Schanenburgerſtraße 14, Hamburg.**
4. „ „ **H. Hagelstein, Schlachterſtraße 43, Hamburg.**
5. „ „ **J. Seidel, Große Rooſenſtraße 32, Altona.**
6. „ „ **J. D. Ebler Wwe., Norderſtraße 37, Altona.**
7. „ „ **C. Reverey, Große Brunnenſtraße 21—23, Ottenſen.**

Tagesordnung in allen Verſammlungen:
1) Unſere am 15. März cr. tagende Generalverſammlung. 2) Wahl der Delegirten zur Generalverſammlung. 3) Verſchiedenes.

Die Mitglieder werden erſucht, beſonders den § 12 Ziffer 6 des Statuts zu beachten, da in demſelben die Abgrenzung der einzelnen Wahlabtheilungen feſtgelegt iſt.

☞ **Mitgliedsbuch legitimirt.** ☜

Zu zahlreichem Beſuch ladet ein

Der Vorſtand.

Hamburger allgemeine freie Kranken- und Sterbe-Kaſſe (E. H. Nr. 19).

Verſammlung
der in Hamburg=Altſtadt, St. Georg, Hammerbrook, Hohenfelde, Borgfelde und Umgegend wohnhaften Mitglieder
am Montag, den 2. März, Abends 9 Uhr,
im Lokale des Herrn Schmalbauch, Pferdemarkt 17.

Verſammlung
der in St. Pauli und Hamburg=Neuſtadt wohnhaften Mitglieder
am Mittwoch, den 4. März, Abends 8½ Uhr,
im Lokale des Herrn Petersen, Ecke Poolſtraße und Neuſtädterſtraße.

Verſammlung
der auf der Veddel, Reiherſtieg und Umgegend wohnhaften Mitglieder
am Mittwoch, den 25. Februar, Abends 8½ Uhr,
im Lokale des Herrn Tiemann, Veddel, Sieldeich 125.

Verſammlung
der in Barmbek, Uhlenhorſt, Eilbek, Wandsbek und Umgegend wohnhaften Mitglieder
am Sonntag, den 1. März, Nachmittags 5 Uhr,
im Lokale des Herrn Balke, Barmbek, Hamburgerſtraße 170.

Verſammlung
der in Eppendorf, Winterhude, Groß=Borſtel und in den umliegenden Dörfern wohnhaften Mitglieder
am Dienstag, den 3. März, Abends 8½ Uhr,
im Lokale des Herrn Hagen, Eppendorf, Marktplatz 21.

Verſammlung
der in Ottenſen und Umgegend wohnhaften Mitglieder
am Dienstag, den 3. März, Abends 8½ Uhr,
im Lokale des Herrn Glissmann, Ottenſen, Bahrenfelderſtraße 74.

Verſammlung
der in Eimsbüttel wohnhaften Mitglieder
am Dienstag, den 3. März, Abends 9 Uhr,
im Lokale des Herrn Schmidt, Fruchtallee 45.

Die Tagesordnung iſt in den durch ſämmtliche Diſtriktskaſſirer an die Mitglieder verbreiteten gedruckten Verſammlungszetteln bekannt gemacht.
Um ein recht zahlreiches Erſcheinen der Mitglieder zu obigen Verſammlungen erſucht

Der Vorſtand.

Verein zur Förderung des Naturheilverfahrens von 1884

zu Hamburg.

Vortrag

am Donnerstag, den 26. Februar, im „Hammonia-Geſellſchaftshauſe“, Hohe Bleichen 30, von Herrn W. Siegert aus Bremen
über:

Wie entſtehen Herzleiden und wie beſeitigen wir ſie?

(Mit Abbildungen.)
Saalöffnung 8½ Uhr.
☞ **Anfang präziſe 9 Uhr.** ☜
Mitglieder frei. Gäſte 20 ₰.

Mitglieder werden aufgenommen: beim Präſes **H. Ferro,** Henriettenſtr. 16, I.; Kaſſenverwalter **J. Willing,** Alſterdorferſtr. 12, Winterhude; **Trapp,** Hammerbrookſtraße 106, und in den Hamburg=Altonaer Naturheilanſtalten.

Extra-Preiſe

für

Stangen-Spargel

			1/1	1/2 Dose
dünn	50—60	Stangen, per Kilo	105	58
mittel	40—44	" " "	120	65
stark	34—36	" " "	135	72
sehr stark	28—32	" " "	145	78
extra stark	20—24	" " "	155	82

Schnittspargel ✲ Erbsen ✲ Bohnen ✲ Compot-Früchte

und sonstige

Conserven

zu äusserst billigen Preisen.

Waarenhaus

Hermann Tietz,

Gr. Burstah 12/14.

Russischer

Zirkus Beketow

im Zirkus Busch-Gebäude, Altona.
Dienstag, 24. Februar, Abends 8 Uhr:

Klown- u. Komiker-Vorstellung.

Nur noch 5 Tage!
Auftreten des Domptörs
SAWADE

mit seiner Raubthiergruppe, besteh. aus **6 Königstigern, 3 männl. Löwen, 2 Eisbären, 3 Kragenbären, 2 Doggen,** zusammen dressirt im Zentralkäfig. Ferner Auftr. all. grossen **Attraktionen** u. **Spezialitäten.** Vorführen d. besten **Schul- u. Freiheitspferde.** Die vorzüglichsten **Klowns** und **Auguste.**

ff. Pries Bitters! Theaterstr. 12.

Brot-Laden.

Für junge ſtrebſame Leute habe ich einen Laden Umſtände halber billig mit Kundſchaft abzugeben.
Ecke Defeniſſtraße und Schützenhof.
C. Seyffarth.

✲✲✲✲✲✲✲✲✲✲✲✲✲✲✲

Soeben erſchien:

Der wahre Jacob

Nr. 433.
☞ Preis **10** Pfennig. ☜
Wiederverkäufern hoher Rabatt.

Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanſtalt Auer & Co.,
Fehlandſtraße 11.

✲✲✲✲✲✲✲✲✲✲✲✲✲✲✲

Wegzugsh. m. ſof. geräumt werd. Plüſchg. 85, Spiegelſchrk. m. Spl. 34, Fantaſieſchr. 44, Bettſt., Kldſchr., Betten, Küche, Gard., v. Geſchirr. Gertrudenkirchhof 4, I., b. d. Roſenſtr. Händl. verb.

Feine getragene

Herren=, Damen= u. Kinder=Garderoben. bill. z. verk. Schaarmarkt 24, Ecke Eichholz.

Das Gute bricht sich Bahn.

Den ſteten **enormen Aufſchwung** meines ſeit za. **16 Jahren beſtens renommirten**

Möbel- u. Aussteuer-Magazins

verdanke ich namentlich meinem **treu** gebliebenen **Prinzip: in allen Möbel= und Ausſteuer=Artikeln**

vom Beſten — das Beſte

zu bringen. Unter Verwendung von wirklich **prima Material** haben die in meinen **eigenen Werkſtätten** hergeſtellten Möbel eine **der Neuzeit anpaſſende, durchaus moderne und ſaubere Ausführung.** Ich **garantire** für wirklich **ſolide** und **gediegene Arbeit** und bewillige trotz der **äußerſt billigen Preiſe** reellen Leuten ſowohl bei **einzelnen Möbeln** als auch bei **ganzen Wohnungs=Einrichtungen**

☞ **bequeme Theilzahlung.** ☜

Anſicht meiner Läger iſt **ohne** jeden Kaufzwang geſtattet.

S. Jareslawski,

Möbel-Ausstellung und Dekoration,
Kaiſer Wilhelmſtraße 67, I. und II. Etage (kein Laden).

Keine Hauswirths=Anzeige. ● Auf Wunſch **keine** Kaſſirer.
Freie Lieferung auch nach **auswärts.**

Allcock's

PORÖSE PFLASTER

HABEN WELTRUF SEIT 40 JAHREN.

Bei winterlichem Wetter sind

RHEUMATISMUS,
ERKÄLTUNGEN,
HUSTEN,
BRONCHITIS
HÜFTWEH

an der Tagesordnung. Dagegen sollten

ALLCOCK'S PORÖSE PFLASTER

angewandt werden. Die Erfahrung hat gelehrt, dass dieselben allen anderen überlegen sind und empfiehlt es sich, stets eins als Vorbeugungsmittel über der schwachen Stelle zu tragen.

Bestandtheile: Weihrauch 10%, Kampher 5%, Pech 30%, Colombo Harz 40%, rother Pfeffer 5%, mit 10% Gummi combinirt.

Dummheit iſt es, wenn der **Deutſche** — amerikaniſche kauft.
Nähmaſchinen **Deutſche Singer** und **alle anderen** Syſteme kauft man **am beſten** in
Leifermann's **Nähmaſchinen=Großhandlung, Stadthausbrücke 19—21.**

Stenographie-Kurſus

(Stolze=Schrey) eröffnet Sten.=Verein **„Wiſſen iſt Macht“** Montag, **2. März,** Abds. **8½** Uhr, Kirchenallee 49. Honorar ℳ **6** inkl. Lehrm.

Zu verm. z. 1. April **kl. helle Wohnung,** Mitte der Stadt, pro Jahr ℳ 230. Näheres **Grindelallee 168, p. l.**

Sophaaufpolſt. ℳ 5, Bettrahm. ℳ 3, in u. auß. d. Hauſe **Myhrsch,** Bartelsſtr. 97, H. 2.

Gut erh. Kinderw. z. vk. Weidenſtr. 24, II., Alt.

Opel=Damenrad ℳ 60, Naumann=Rad ℳ 40. Gr. Allee 51, p.

Bettſtelle m. Federr. ℳ 25, 1thüriger Kleiderſchrk. ℳ 28, 2th. Kleiderſchrk. ℳ 40, Moquettegarnit. u. Ausziehtiſch ſof. zu verk. Schleuſenſtr. 15, part.

St. Georg Pfand-Leihhaus

Brennerſtraße 31.
☞ **Höchſter Vorſchuß** ☜
auf Werthgegenſtände aller Art
☞ **zu mäßigen Zinſen.** ☜

Bett, kompl., faſt neu, ℳ 11, Bettſtelle ℳ 4 zu verk. Drehbahn 27, pt. r. **Transportör.**

Spottb. elg. Garnit. 65, Chaiſel. 16, Sopha 15. **Hohenfelderſtraße 20 a, pt.**

Eleg. Fahrrad ℳ 30. Mühlenſtr. 36.

Gelegenheitskauf! Stark. Kleiderſchrk. **22,** Muſchelbettſt. m. Federr. **28,** ff. Taſchengarn. **130,** ff. Plüſchg. m. Säul. ℳ **98** 2c. **Pedersen, Lindenſtr. 52, St. G.**

Zu verk. e. Waldzither v. C. Bohm f. ℳ 25, Werth ℳ 45. Schwabenſtr. 54, **Appelhof.**

Aus meinem diesjährigen

Ausverkauf

offerire wie folgt:

Abschnittspargel für Suppen	1	Pfd.-Dosen	**—,30** ₰
" " "	2	"	**—,50** "
Brechspargel, dicke Waare, ohne Köpfe,	1	"	**—,40** "
" " "	2	"	**—,65** "
Brechspargel mit Köpfen	1	"	**—,42** "
"	2	"	**—,61** "
Brechspargel, mittelstark	1	"	**—,50** "
" "	2	"	**—,88** "
Stangenspargel,	1	"	**—,60** "
"	2	"	**1,10** "

	1 ℔	2 ℔	3 ℔	4 ℔	5 ℔
Junge Brech- und Schnittbohnen	**18** ₰	**25** ₰	**36** ₰	**45** ₰	**55** ₰
Junge Stangen-, Brech- und Schnittbohnen	**24** ₰	**36** ₰	**48** ₰	—	**74** ₰
Junge Perlbohnen (türk. Erbsen, ff. Stangenbohn.)	**25** ₰	**42** ₰	**60** ₰	**70** ₰	**83** ₰

	½ ℔	1 ℔	2 ℔
Pfefferlinge (Rehpfötchen)	**28** ₰	**37** ₰	**63** ₰

Stachelbeeren	1	Pfd.-Dose	**—,40** ₰
"	4	"	**1,30** "
Huhn mit Reis	1	"	**1,05** "
"	2	"	**2,—** "
Sardellen, 1898er, ca. 1¼ Pfd. Glas brutto			**—,90** "

Sämmtliche anderen Delikatessen und Konserven laut Ausverkaufsliste.

Martin Gans Nachfolger

Gr. Theaterstr. 25. Fernspr. 539, Amt I.

Alkoholfreier Apfelsaft.
Pomril
geschützt
Norddeutsche G.m.b.H. Pomril Co. Hamburg 15.

Ueberall zu haben.

Deutsches Schauspielhaus.

Dienstag, den 24. Februar 1903:
König Lear,
ein Trauerſpiel in 5 Aufzügen, von Shakeſpeare.
Anfang 7 Uhr. Ende nach 11 Uhr.

Mittwoch: **Der blinde Paſſagier.**
Donnerstag: **Elektra=Salome.**
Freitag: **Monna Vanna.**
Den Freitag=Abonnenten ſteht das Recht zu, ihre Billets für dieſe Vorſtellung gegen Interimskarten bis Dienstag, den 24. Febr., Nachmittags 2½ Uhr, an der Tageskaſſe umzutauſchen.
Sonnabend: **Der blinde Paſſagier.**
Sonntag, Nachmittags 3 Uhr, zu ermäßigten Preiſen: **Alt=Heidelberg.** — Abends 7½ Uhr: **Der blinde Paſſagier.**

Theater.

Dienstag, den 24. Februar:

Stadt-Theater. Der fliegende Holländer. Große Preiſe. Anfang 7½ Uhr.

Thalia-Theater. Maria von Magdala, Drama in 5 Akten, von Paul Heyſe. Anfang 7½ Uhr.

Altonaer Stadt-Theater. Der Hüttenbeſitzer, Schauſpiel in 4 Akten, von G. Ohnet. Mittel=Preiſe. Anfang 7½ Uhr.

Carl Schultze-Theater. Anfang 7½ Uhr. **Das ſüße Mädel,** Operette in 3 Akten, von Heinrich Reinhardt.
Mittwoch: Benefiz für Frl. **Jella Schreiter. Der Vogelhändler.** (Kurfürſtin: Marie Ottmann. Adam: Dir. Max Monti.)
Donnerstag: **Farinelli.**
Sonntag Nachmittag: Zu ermäßigten Preiſen: **Farinelli.**

Ernst Drucker-Theater. Anfang 7½ Uhr. **Theaterdirektor Dannenberg,** oder: **Aus Hamburgs luſtigſter Zeit. Ungeheurer Heiterkeits=Erfolg!**

Mittwoch, den 25. Februar:

Stadt-Theater. Die Fledermaus. Große Preiſe. Anfang 7½ Uhr.

Thalia-Theater. Der Opernball, Operette in 3 Akt., von Richard Heuberger. Anfang 7½ Uhr.

Altonaer Stadt-Theater. Genoveva, Tragödie in 5 Akten und 1 Nachſpiel, von F. Hebbel. Ermäßigte Preiſe. Anfang 7 Uhr.

Centralhallen-Theater

☞ Alle Abende 7½ Uhr: ☜
Sensations-Erfolg!
Das neue Seitenstück zu „Geisha“.

Ein Honigmond in China.

Operette in 3 Akten, v. G. Dance.
☞ **In London über 1000 Mal zur Aufführung gelangt.** ☜
Kolossaler, durchschlagender Erfolg, wie ihn keine Operette in den letzten 20 Jahren erlebte!

Kostüme direkt aus Peking!

Victoria-Theater

Barmbek. Dienstag, den 24. Februar:
Lumpaci Vagabundus,
Zauberpoſſe in 5 Akten, von Neſtroy.

HANSA-THEATER.

Noch **5** Tage:
Heinrich Bruns, Lene Land, Lotte Marga, Adrienne Larive, The great Everhart, Gusti Zimmermann, Egger-Rieser
und das grosse

FEBRUAR-PROGRAMM.

Anfang Wochentags 8, Ende 10,55 Uhr.
Vorverkauf bei Käse u. im Theaterbüreau.
Vorverkaufskarten zu ermässigten Preisen:
10 Sperrsitz 10 ℳ — 10 Rangbillets 3 ℳ.

Henry Loebel's

Gemischter

Ausschank in den meisten Wirthschaften.

Druck und Verlag: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanſtalt Auer & Co. in Hamburg.